

# Durchführungsanweisung Kinderzuschlag (DA-KiZ)

Stand: 1. April 2024



**Familienkasse**  
Direktion

## Wesentliche Änderungen

In anliegender Übersicht werden die Änderungen der DA-KiZ ab der Fassung vom Januar 2020 aufgeführt.

### DA-KiZ vom 01.04.2024

- Die Ausgabe zum 01.04.2024 berücksichtigt die angepassten Regelungen zum Kinderzuschlag im Bundeskindergeldgesetz (BKGG) und die mit dem Inflationsausgleichsgesetz (InflAusG) festgelegte Höhe des Kindergeldes, des Höchstbetrages für den Kinderzuschlag seit 01.01.2024, sowie die zum 01.01.2023 und 01.07.2023 in Kraft getretenen Regelungen aufgrund der Einführung des Bürgergeldes zur Reformierung der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Zwölftes Gesetz zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze – Einführung eines Bürgergeldes (Bürgergeld-Gesetz) vom 16.12.2022 – BGBl 2022, Teil I Nr. 51, S. 2328 ff., verkündet am 20.12.2022)

Neue und wesentlich geänderte Textpassagen sind im Text fettgedruckt hervorgehoben.

### DA-KiZ vom 15.06.2022

- Anpassung der DA-KiZ an die aktuelle Gesetzes- und Verfahrenslage
- Klarstellungen: Ermittlung der Regel- und Mehrbedarfe; Wohngeld bei erweitertem Zugang; rückwirkende Antragstellung; vorläufige Zahlungseinstellung
- Ergänzungen: temporäre Bedarfsgemeinschaft, Berücksichtigung von Erstattungen zwischen Leistungsträgern bei der Einkommensermittlung; erneute Antragstellung im laufenden Verfahren
- Neu: Verfahren bei Antragstellung von nicht verheirateten Eltern mit jeweils eigenen Kindern („Patchworkfamilien“); Ausführungen zum Kurzantrag; Verzicht

Neue und wesentlich geänderte Textpassagen sind im Text fettgedruckt hervorgehoben.

### DA-KiZ vom 01.01.2020

- Mit der Version zum 01.01.2020 wurde die DA-KiZ neu strukturiert. Die Struktur folgt der Prüfreihefolge eines KiZ-Anspruchs. Weiterhin berücksichtigt die aktualisierte DA-KiZ die zum 01.01.2020 in Kraft tretenden Regelungen aufgrund des Gesetzes zur zielgenauen Stärkung von Familien und ihren Kindern durch die Neugestaltung des Kinderzuschlags und die Verbesserung der Leistungen für Bildung und Teilhabe (Starke-Familien-Gesetz - StaFamG vom 29.04.2019 - BGBl. 2019, Teil I Nr. 16, S. 530 ff., verkündet am 03.05.2019).

## Inhaltsverzeichnis<sup>1</sup>



<b>A</b>	<b>Einleitung.....</b>	<b>3</b>
<b>B</b>	<b>Anspruchsberechtigung .....</b>	<b>5</b>
<b>B.1</b>	<b>Berechtigte .....</b>	<b>5</b>
<b>B.1.1</b>	<b>Kindergeldbezug .....</b>	<b>5</b>
<b>B.1.2</b>	<b>Leistungsberechtigung nach dem SGB II.....</b>	<b>7</b>
<b>B.2</b>	<b>Kinder .....</b>	<b>10</b>
<b>B.3</b>	<b>Bedarfsgemeinschaft (BG) .....</b>	<b>12</b>
<b>C</b>	<b>Berücksichtigung von Einkommen und Vermögen .....</b>	<b>16</b>
<b>C.1</b>	<b>Mindesteinkommensgrenze .....</b>	<b>16</b>
<b>C.2</b>	<b>Gesamtkinderzuschlag .....</b>	<b>18</b>
<b>C.2.1</b>	<b>Monatlicher Höchstbetrag .....</b>	<b>18</b>
<b>C.2.2</b>	<b>Minderung des Kinderzuschlags durch das Einkommen und Vermögen des Kindes.....</b>	<b>19</b>
<b>C.2.2.1</b>	<b>Einkommen des Kindes.....</b>	<b>19</b>
<b>C.2.2.2</b>	<b>Vermögen des Kindes.....</b>	<b>24</b>
<b>C.2.2.2.1</b>	<b>Vermögensbegriff .....</b>	<b>24</b>
<b>C.2.2.2.2</b>	<b>Maßgeblicher Bemessungszeitraum für das Vermögen.....</b>	<b>24</b>
<b>C.2.2.2.3</b>	<b>Minderung des Kinderzuschlags durch Vermögen des Kindes.....</b>	<b>24</b>
<b>C.3</b>	<b>Minderung des Gesamtkinderzuschlags durch Einkommen und Vermögen der Eltern.....</b>	<b>26</b>
<b>C.3.1</b>	<b>Gesamtbedarf der Eltern .....</b>	<b>26</b>
<b>C.3.1.1</b>	<b>Regel- und Mehrbedarfe .....</b>	<b>26</b>
<b>C.3.1.2</b>	<b>Bedarfe für Unterkunft und Heizung.....</b>	<b>28</b>
<b>C.3.1.2.1</b>	<b>Maßgeblicher Bemessungszeitraum für Bedarfe der Unterkunft bei Miete .....</b>	<b>30</b>
<b>C.3.1.2.2</b>	<b>Maßgeblicher Bemessungszeitraum für Bedarfe der Unterkunft bei Wohneigentum .....</b>	<b>31</b>
<b>C.3.2</b>	<b>Berücksichtigung von Einkommen und Vermögen der Eltern.....</b>	<b>32</b>
<b>C.3.2.1</b>	<b>Einkommen der Eltern .....</b>	<b>33</b>
<b>C.3.2.1.1</b>	<b>Einkommensbegriff.....</b>	<b>33</b>
<b>C.3.2.1.2</b>	<b>Maßgeblicher Bemessungszeitraum für das Einkommen.....</b>	<b>37</b>

<sup>1</sup> Ausführungen zur Auslegung des BKGG in diesem Dokument gehen als Spezialvorschrift den allgemeinen Ausführungen der DA-BKGG vor.

C.3.2.1.3	Minderung des Gesamtkinderzuschlags durch Elterneinkommen.....	39
C.3.2.2	Vermögen der Eltern.....	42
C.3.2.2.1	Vermögensbegriff .....	42
C.3.2.2.2	Maßgeblicher Bemessungszeitraum für das Vermögen.....	43
C.3.2.2.3	Minderung des Gesamtkinderzuschlags durch Vermögen der Eltern.....	43
C.4	Keine Hilfebedürftigkeit nach dem SGB II.....	44
C.4.1	Hilfebedürftigkeitsbegriff.....	44
C.4.2	Erweiterter Zugang.....	50
C.4.3	Ergänzender SGB II-Bezug.....	51
D	Sonderfälle .....	52
D.1	Auszubildende/Studierende .....	52
D.2	Rentnerinnen und Rentner .....	54
E	Allgemeine Verfahrensregelungen .....	58
E.1	Bewilligung.....	58
E.1.1	Bewilligungszeitraum .....	58
E.1.1.1	Sechs-Monatszeitraum .....	58
E.1.1.2	Abweichender Bewilligungszeitraum .....	59
E.1.2	Beginn des Bewilligungszeitraums .....	60
E.1.3	Rückwirkende Antragstellung.....	61
E.1.4	Erneute Antragstellung während der laufenden Bearbeitung.....	63
E.1.5	Antragstellung von nicht verheirateten Eltern, mit jeweils eigenen Kindern („Patchworkfamilien“).....	64
E.1.6	Kurzantrag.....	66
E.2	Änderungen während des Bewilligungszeitraums .....	68
E.2.1	Erhöhung des Höchstbetrags des Kinderzuschlags .....	69
E.2.2	Änderungen der Zusammensetzung der BG.....	70
E.2.2.1	Aufhebung der Bewilligung.....	70
E.2.2.2	Verfahren bei gleichzeitigem neuem Antrag .....	71
E.2.2.3	Beginn des neuen Bewilligungszeitraums bei Änderungen der BG.....	72
E.3	Ablehnung .....	75
E.4	Auszahlung des Kinderzuschlags .....	76
E.5	Verzicht.....	76
F	Aufhebungs- und Erstattungsverfahren.....	78
F.1	Rücknahme von Verwaltungsakten nach § 44 SGB X .....	78
F.2	Aufhebung von Verwaltungsakten nach § 45 SGB X.....	79
F.3	Aufhebung von Verwaltungsakten nach § 48 SGB X.....	80
F.4	Erstattungsverzicht.....	80

<b>F.5</b>	<b>Vorläufige Zahlungseinstellung .....</b>	<b>82</b>
<b>F.6</b>	<b>Erstattungsansprüche .....</b>	<b>84</b>
<b>G</b>	<b>Anwendungsvorschrift .....</b>	<b>85</b>
<b>H</b>	<b>Sonstiges.....</b>	<b>85</b>
<b>H.1</b>	<b>Zusatzleistungen.....</b>	<b>85</b>
<b>H.1.1</b>	<b>Leistungen für Bildung und Teilhabe .....</b>	<b>85</b>
<b>H.1.2</b>	<b>Befreiung von den KiTa-Gebühren .....</b>	<b>86</b>
<b>H.2</b>	<b>Keine Anwendung der zweiseitigen Abkommen über soziale Sicherheit .....</b>	<b>86</b>
	<b>Anlage 1: SGB II-Leistungen bei Auszubildenden und Studenten .....</b>	<b>1</b>
	<b>Anlage 2: Abkürzungsverzeichnis .....</b>	<b>4</b>

# Gesetzestexte

## Auszug BKG

### § 3 Zusammentreffen mehrerer Ansprüche

(1) Für jedes Kind werden nur einer Person Kindergeld, Kinderzuschlag und Leistungen für Bildung und Teilhabe gewährt.

(2) <sup>1</sup>Erfüllen für ein Kind mehrere Personen die Anspruchsvoraussetzungen, so werden das Kindergeld, der Kinderzuschlag und die Leistungen für Bildung und Teilhabe derjenigen Person gewährt, die das Kind in ihren Haushalt aufgenommen hat. <sup>2</sup>Ist ein Kind in den gemeinsamen Haushalt von Eltern, von einem Elternteil und dessen Ehegatten oder Lebenspartner, von Pflegeeltern oder Großeltern aufgenommen worden, bestimmen diese untereinander den Berechtigten. <sup>3</sup>Wird eine Bestimmung nicht getroffen, bestimmt das Familiengericht auf Antrag den Berechtigten. <sup>4</sup>Antragsberechtigt ist, wer ein berechtigtes Interesse an der Leistung des Kindergeldes hat. <sup>5</sup>Lebt ein Kind im gemeinsamen Haushalt von Eltern und Großeltern, werden das Kindergeld, der Kinderzuschlag und die Leistungen für Bildung und Teilhabe vorrangig einem Elternteil gewährt; sie werden an einen Großelternanteil gewährt, wenn der Elternteil gegenüber der zuständigen Stelle auf seinen Vorrang schriftlich verzichtet hat.

(3) <sup>1</sup>Ist das Kind nicht in den Haushalt einer der Personen aufgenommen, die die Anspruchsvoraussetzungen erfüllen, wird das Kindergeld derjenigen Person gewährt, die dem Kind eine Unterhaltsrente zahlt. <sup>2</sup>Zahlen mehrere anspruchsberechtigte Personen dem Kind Unterhaltsrenten, wird das Kindergeld derjenigen Person gewährt, die dem Kind laufend die höchste Unterhaltsrente zahlt. <sup>3</sup>Werden gleich hohe Unterhaltsrenten gezahlt oder zahlt keiner der Berechtigten dem Kind Unterhalt, so bestimmen die Berechtigten untereinander, wer das Kindergeld erhalten soll. <sup>4</sup>Wird eine Bestimmung nicht getroffen, so gilt Absatz 2 Satz 3 und 4 entsprechend.

### § 5 Beginn und Ende des Anspruchs

(1) Das Kindergeld, der Kinderzuschlag und die Leistungen für Bildung und Teilhabe werden vom Beginn des Monats an gewährt, in dem die Anspruchsvoraussetzungen erfüllt sind; sie werden bis zum Ende des Monats gewährt, in dem die Anspruchsvoraussetzungen wegfallen.

(2) ...

(3) <sup>1</sup>Der Kinderzuschlag wird nicht für Zeiten vor der Antragstellung gewährt. <sup>2</sup>§ 28 des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch gilt mit der Maßgabe, dass der Antrag unverzüglich nach Ablauf des Monats, in dem die Ablehnung oder Erstattung der anderen Leistungen bindend geworden ist, nachzuholen ist.

## § 6a Kinderzuschlag

(1) <sup>1</sup>Personen erhalten für in ihrem Haushalt lebende unverheiratete oder nicht verpartnerte Kinder, die noch nicht das 25. Lebensjahr vollendet haben, einen Kinderzuschlag, wenn

1. sie für diese Kinder nach diesem Gesetz oder nach dem X. Abschnitt des Einkommensteuergesetzes Anspruch auf Kindergeld oder Anspruch auf andere Leistungen im Sinne von § 4 haben,
2. sie mit Ausnahme des Wohngeldes, des Kindergeldes und des Kinderzuschlags über Einkommen im Sinne des § 11 Absatz 1 Satz 1 **und 2** des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch in Höhe von mindestens 900 Euro oder, wenn sie alleinerziehend sind, in Höhe von mindestens 600 Euro verfügen, wobei Beträge nach § 11b des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch nicht abzusetzen sind und
3. bei Bezug des Kinderzuschlags keine Hilfebedürftigkeit nach § 9 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch besteht, wobei die Bedarfe nach § 28 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch außer Betracht bleiben. <sup>2</sup>Bei der Prüfung der Hilfebedürftigkeit ist das für den Antragsmonat bewilligte Wohngeld zu berücksichtigen. <sup>3</sup>Wird kein Wohngeld bezogen und könnte mit Wohngeld und Kinderzuschlag Hilfebedürftigkeit vermieden werden, ist bei der Prüfung Wohngeld in der Höhe anzusetzen, in der es voraussichtlich für den Antragsmonat zu bewilligen wäre.

(1a) Ein Anspruch auf Kinderzuschlag besteht abweichend von Absatz 1 Nummer 3, wenn

1. bei Bezug von Kinderzuschlag Hilfebedürftigkeit besteht, der Bedarfsgemeinschaft zur Vermeidung von Hilfebedürftigkeit aber mit ihrem Einkommen, dem Kinderzuschlag und dem Wohngeld höchstens 100 Euro fehlen,
2. sich bei der Ermittlung des Einkommens der Eltern nach § 11b Absatz 2 **bis** 3 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch wegen Einkommen aus Erwerbstätigkeit Absetzbeträge in Höhe von mindestens 100 Euro ergeben und
3. kein Mitglied der Bedarfsgemeinschaft Leistungen nach dem Zweiten oder nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch erhält oder beantragt hat.

(2) <sup>1</sup>Der monatliche Höchstbetrag des Kinderzuschlags deckt zusammen mit dem für ein erstes Kind nach § 66 Einkommensteuergesetz zu zahlenden Kindergeld ein Zwölftel des steuerfrei zu stellenden sächlichen Existenzminimums eines Kindes für das jeweilige Kalenderjahr mit Ausnahme des Anteils für Bildung und Teilhabe. <sup>2</sup>Steht dieses Existenzminimum eines Kindes zu Beginn eines Jahres nicht fest, ist insoweit der für das Jahr geltende Betrag für den Mindestunterhalt eines Kindes in der zweiten Altersstufe nach der Mindestunterhaltsverordnung maßgeblich. <sup>3</sup>Als Höchstbetrag des Kinderzuschlags in dem jeweiligen Kalenderjahr gilt der Betrag, der sich zu Beginn des Jahres nach den Sätzen 1 und 2 ergibt, mindestens jedoch ein Betrag in Höhe des Vorjahres. <sup>4</sup>Der Betrag nach Satz 3 erhöht sich ab 1. Juli 2022 um einen Sofortzuschlag in Höhe von 20 Euro.

(3) <sup>1</sup>Ausgehend vom Höchstbetrag mindert sich der jeweilige Kinderzuschlag, wenn das Kind nach den §§ 11 bis 12 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch zu berücksichtigendes Einkommen oder Vermögen hat. <sup>2</sup>Bei der Berücksichtigung des Einkommens bleiben das Wohngeld, das Kindergeld und der Kinderzuschlag außer Betracht. <sup>3</sup>Der Kinderzuschlag wird um 45 Prozent des zu berücksichtigenden Einkommens des Kindes monatlich gemindert. <sup>4</sup>Ein Anspruch auf Zahlung des Kinderzuschlags für ein Kind besteht nicht, wenn zumutbare Anstrengungen unterlassen wurden, Ansprüche auf Einkommen des Kindes geltend zu machen. <sup>5</sup>§ 12 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch **ist mit der Maßgabe anzuwenden, dass Vermögen nur berücksichtigt wird, wenn es erheblich ist.** <sup>6</sup>Ist das zu berücksichtigende Vermögen höher als der nach den Sätzen 1 bis 5 verbleibende monatliche Anspruch auf Kinderzuschlag, so dass es den Kinderzuschlag für den ersten Monat des Bewilligungszeitraums vollständig mindert, entfällt der Anspruch auf Kinderzuschlag. <sup>7</sup>Ist das zu berücksichtigende Vermögen niedriger als der monatliche Anspruch



auf Kinderzuschlag, ist der Kinderzuschlag im ersten Monat des Bewilligungszeitraums um einen Betrag in Höhe des zu berücksichtigenden Vermögens zu mindern und ab dem folgenden Monat Kinderzuschlag ohne Minderung wegen des Vermögens zu zahlen.

(4) Die Summe der einzelnen Kinderzuschläge nach den Absätzen 2 und 3 bildet den Gesamtkinderzuschlag.

(5) <sup>1</sup>Der Gesamtkinderzuschlag wird in voller Höhe gewährt, wenn das nach den §§ 11 bis **11b** des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch mit Ausnahme des Wohngeldes und des Kinderzuschlags zu berücksichtigende Einkommen der Eltern einen Betrag in Höhe der bei der Berechnung des **Bürgergeldes** zu berücksichtigenden Bedarfe der Eltern (Gesamtbedarf der Eltern) nicht **übersteigt und kein zu berücksichtigendes Vermögen der Eltern nach § 12 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch vorhanden ist.** <sup>2</sup>Als Einkommen oder Vermögen der Eltern gilt dabei dasjenige der Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft mit Ausnahme des Einkommens oder Vermögens der in dem Haushalt lebenden Kinder. <sup>3</sup>**Absatz 3 Satz 5 gilt entsprechend.** <sup>4</sup>Zur Feststellung des Gesamtbedarfs der Eltern sind die Bedarfe für Unterkunft und Heizung in dem Verhältnis aufzuteilen, das sich aus den im 12. Bericht der Bundesregierung über die Höhe des Existenzminimums von Erwachsenen und Kindern festgestellten entsprechenden Bedarfen für Alleinstehende, Ehepaare, Lebenspartnerschaften und Kinder ergibt

(6) <sup>1</sup>Der Gesamtkinderzuschlag wird **um** das zu berücksichtigende Einkommen der Eltern **gemindert, soweit es** deren **Bedarf** übersteigt. <sup>2</sup>Wenn das zu berücksichtigende Einkommen der Eltern nicht nur aus Erwerbseinkünften besteht, ist davon auszugehen, dass die Überschreitung des Gesamtbedarfs der Eltern durch die Erwerbseinkünfte verursacht wird, wenn nicht die Summe der anderen Einkommensteile für sich genommen diesen maßgebenden Betrag übersteigt. <sup>3</sup>Der Gesamtkinderzuschlag wird um 45 Prozent des Betrags, um den die monatlichen Erwerbseinkünfte den maßgebenden Betrag übersteigen, monatlich gemindert. <sup>4</sup>Anderes Einkommen oder Vermögen der Eltern mindern den Gesamtkinderzuschlag in voller Höhe. <sup>5</sup>**Bei der Berücksichtigung des Vermögens gilt Absatz 3 Satz 6 und 7 entsprechend.**

(7) <sup>1</sup>Über den Gesamtkinderzuschlag ist jeweils für sechs Monate zu entscheiden (Bewilligungszeitraum). <sup>2</sup>Der Bewilligungszeitraum beginnt mit dem Monat, in dem der Antrag gestellt wird, jedoch frühestens nach Ende eines laufenden Bewilligungszeitraums. <sup>3</sup>Änderungen in den tatsächlichen oder rechtlichen Verhältnissen während des laufenden Bewilligungszeitraums sind abweichend von § 48 des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch nicht zu berücksichtigen, es sei denn, die Zusammensetzung der Bedarfsgemeinschaft oder der Höchstbetrag des Kinderzuschlags ändert sich. <sup>4</sup>Wird ein neuer Antrag gestellt, unverzüglich nachdem der Verwaltungsakt nach § 48 des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch wegen einer Änderung der Bedarfsgemeinschaft aufgehoben worden ist, so beginnt ein neuer Bewilligungszeitraum unmittelbar nach dem Monat, in dem sich die Bedarfsgemeinschaft geändert hat.

(8) <sup>1</sup>Für die Ermittlung des monatlich zu berücksichtigenden Einkommens ist der Durchschnitt des Einkommens aus den sechs Monaten vor Beginn des Bewilligungszeitraums maßgeblich. <sup>2</sup>Bei Personen, die den selbst genutzten Wohnraum mieten, sind als monatliche Bedarfe für Unterkunft und Heizung die laufenden Bedarfe für den ersten Monat des Bewilligungszeitraums zugrunde zu legen. <sup>3</sup>Bei Personen, die an dem selbst genutzten Wohnraum Eigentum haben, sind als monatliche Bedarfe für Unterkunft und Heizung die Bedarfe aus den durchschnittlichen Monatswerten des Kalenderjahres vor Beginn des Bewilligungszeitraums zugrunde zu legen. <sup>4</sup>Liegen die entsprechenden Monatswerte für den Wohnraum nicht vor, soll abweichend von Satz 3 ein Durchschnitt aus den letzten vorliegenden Monatswerten für den Wohnraum zugrunde gelegt werden, nicht jedoch aus mehr als zwölf Monatswerten. <sup>5</sup>Im Übrigen sind die tatsächlichen und rechtlichen Verhältnisse zu Beginn des Bewilligungszeitraums maßgeblich.



## § 6b Leistungen für Bildung und Teilhabe

(1) <sup>1</sup>Personen erhalten Leistungen für Bildung und Teilhabe für ein Kind, wenn sie für dieses Kind nach diesem Gesetz oder nach dem X. Abschnitt des Einkommensteuergesetzes Anspruch auf Kindergeld oder Anspruch auf andere Leistungen im Sinne von § 4 haben und wenn

1. das Kind mit ihnen in einem Haushalt lebt und sie für ein Kind Kinderzuschlag nach § 6a beziehen oder
2. im Falle der Bewilligung von Wohngeld sie und das Kind, für das sie Kindergeld beziehen, zu berücksichtigende Haushaltsmitglieder sind.

<sup>2</sup>Satz 1 gilt entsprechend, wenn das Kind, nicht jedoch die berechtigte Person zu berücksichtigendes Haushaltsmitglied im Sinne von Satz 1 Nummer 2 ist und die berechtigte Person Leistungen nach dem Zweiten oder Zwölften Buch Sozialgesetzbuch bezieht. <sup>3</sup>Wird das Kindergeld nach § 74 Absatz 1 des Einkommensteuergesetzes oder nach § 48 Absatz 1 des Ersten Buches Sozialgesetzbuch ausgezahlt, stehen die Leistungen für Bildung und Teilhabe dem Kind oder der Person zu, die dem Kind Unterhalt gewährt.

(2) <sup>1</sup>Die Leistungen für Bildung und Teilhabe entsprechen Leistungen zur Deckung der Bedarfe nach § 28 Absatz 2 bis 7 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch. § 28 Absatz 1 Satz 2 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch gilt entsprechend. <sup>2</sup>Für die Bemessung der Leistungen für die Schülerbeförderung nach § 28 Absatz 4 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch sind die erforderlichen tatsächlichen Aufwendungen zu berücksichtigen, soweit sie nicht von Dritten übernommen werden. <sup>3</sup>Die Leistungen nach Satz 1 gelten nicht als Einkommen oder Vermögen im Sinne dieses Gesetzes. § 19 Absatz 3 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch findet keine Anwendung.

(2a) Ansprüche auf Leistungen für Bildung und Teilhabe verjähren in zwölf Monaten nach Ablauf des Kalendermonats, in dem sie entstanden sind.

(3) Für die Erbringung der Leistungen für Bildung und Teilhabe gelten die §§ 29, 30 und 40 Absatz 6 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch entsprechend.

## § 6c Unterhaltspflichten

Unterhaltspflichten werden durch den Kinderzuschlag nicht berührt.

## § 11 Gewährung des Kindergeldes und des Kinderzuschlags

(1) Das Kindergeld und der Kinderzuschlag werden monatlich gewährt.

(2) Auszahlende Beträge sind auf Euro abzurunden, und zwar unter 50 Cent nach unten, sonst nach oben.

(3) § 45 Absatz 3 des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch findet keine Anwendung.

(4) Ein rechtswidriger nicht begünstigender Verwaltungsakt ist abweichend von § 44 Absatz 1 des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch für die Zukunft zurückzunehmen; er kann ganz oder teilweise auch für die Vergangenheit zurückgenommen werden.

(5) Wird ein Verwaltungsakt über die Bewilligung von Kinderzuschlag aufgehoben, sind bereits erbrachte Leistungen abweichend von § 50 Absatz 1 des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch nicht zu erstatten, soweit der Bezug von Kinderzuschlag den Anspruch auf Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch ausschließt oder mindert.

(6) Entsprechend anwendbar sind die Vorschriften des Dritten Buches Sozialgesetzbuch über

1. die Aufhebung von Verwaltungsakten (§ 330 Absatz 2, 3 Satz 1) sowie

2. die vorläufige Zahlungseinstellung nach § 331 mit der Maßgabe, dass die Familienkasse auch zur teilweisen Zahlungseinstellung berechtigt ist, wenn sie von Tatsachen Kenntnis erhält, die zu einem geringeren Leistungsanspruch führen.

## § 13 Zuständige Stelle

(1) <sup>1</sup>Für die Entgegennahme des Antrages und die Entscheidungen über den Anspruch ist die Familienkasse (§ 7 Absatz 2) zuständig, in deren Bezirk der Berechtigte seinen Wohnsitz hat. <sup>2</sup>Hat der Berechtigte keinen Wohnsitz im Geltungsbereich dieses Gesetzes, ist die Familienkasse zuständig, in deren Bezirk er seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat. <sup>3</sup>Hat der Berechtigte im Geltungsbereich dieses Gesetzes weder einen Wohnsitz noch einen gewöhnlichen Aufenthalt, ist die Familienkasse zuständig, in deren Bezirk er erwerbstätig ist. <sup>4</sup>In den übrigen Fällen ist die Familienkasse Bayern Nord zuständig.

(2) Die Entscheidungen über den Anspruch trifft die Leitung der Familienkasse.

(3) Der Vorstand der Bundesagentur kann für bestimmte Bezirke oder Gruppen von Berechtigten die Entscheidungen über den Anspruch auf Kindergeld und Kinderzuschlag einheitlich einer anderen Familienkasse übertragen.

(4) Für die Leistungen nach § 6b bestimmen abweichend von den Absätzen 1 und 2 die Landesregierungen oder die von ihnen beauftragten Stellen die für die Durchführung zuständigen Behörden.

## § 19 Übergangsvorschriften

(1) ...

(2) ...

(3) Wird Kinderzuschlag vor dem 1. Juli 2019 bewilligt, finden die Regelungen des Bundeskindergeldgesetzes in der bis zum 30. Juni 2019 geltenden Fassung weiter Anwendung, mit Ausnahme der Regelung zum monatlichen Höchstbetrag des Kinderzuschlags nach § 20 Absatz 3.

## § 20 Anwendungsvorschrift

(1) sowie (8) – (13) ...

(2) **(aufgehoben)**

(3) Abweichend von § 6a Absatz 2 beträgt für die Zeit vom 1. Juli 2019 bis zum 31. Dezember 2020 der monatliche Höchstbetrag des Kinderzuschlags für jedes zu berücksichtigende Kind 185 Euro.

**(3a) Abweichend von § 6a Absatz 2 beträgt der monatliche Höchstbetrag des Kinderzuschlags im Kalenderjahr 2023 für jedes zu berücksichtigende Kind 250 Euro.**

(4) Wird einer Person Kinderzuschlag für einen nach dem 30. Juni 2019 und vor dem 1. Juli 2021 beginnenden Bewilligungszeitraum bewilligt und wird ihr der Verwaltungsakt erst nach Ablauf des ersten Monats des Bewilligungszeitraums bekannt gegeben, endet dieser Bewilligungszeitraum abweichend von § 6a Absatz 7 Satz 1 am Ende des fünften Monats nach dem Monat der Bekanntgabe des Verwaltungsaktes.

(5) <sup>1</sup>Abweichend von § 6a Absatz 7 Satz 1 wird in Fällen, in denen der höchstmögliche Gesamtkinderzuschlag bezogen wird und der sechsmonatige Bewilligungszeitraum in der Zeit vom 1. April 2020 bis zum 30. September 2020 endet, der Bewilligungszeitraum von Amts wegen einmalig

um weitere sechs Monate verlängert. <sup>2</sup>Satz 1 gilt entsprechend, wenn der ursprüngliche Bewilligungszeitraum in Anwendung des § 20 Absatz 4 mehr als sechs Monate umfasst.

(6) <sup>1</sup>Abweichend von § 6a Absatz 8 Satz 1 ist für Anträge, die in der Zeit vom 1. April 2020 bis zum 30. September 2020 eingehen, bei der Ermittlung des monatlich zu berücksichtigenden Einkommens der Eltern nur das Einkommen aus dem letzten Monat vor Beginn des Bewilligungszeitraums maßgeblich. <sup>2</sup>In diesen Fällen wird abweichend von § 6a Absatz 3 Satz 1 und Absatz 5 Satz 1 Vermögen nach § 12 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch nicht berücksichtigt. <sup>3</sup>Satz 2 gilt nicht, wenn das Vermögen erheblich ist; es wird vermutet, dass kein erhebliches Vermögen vorhanden ist, wenn die Antragstellerin oder der Antragsteller dies im Antrag erklärt.

(6a) <sup>1</sup>Abweichend von § 6a Absatz 3 Satz 1 und Absatz 5 Satz 1 wird für Bewilligungszeiträume, die in der Zeit vom 1. Oktober 2020 bis 31. März 2022 beginnen, Vermögen nach § 12 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch nicht berücksichtigt. <sup>2</sup>Satz 1 gilt nicht, wenn das Vermögen erheblich ist; es wird vermutet, dass kein erhebliches Vermögen vorhanden ist, wenn die Antragstellerin oder der Antragsteller dies im Antrag erklärt. <sup>3</sup>Macht die Bundesregierung von ihrer Verordnungsermächtigung nach § 67 Absatz 5 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch Gebrauch und verlängert den in § 67 Absatz 1 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch genannten Zeitraum, ändert sich das in Satz 1 genannte Datum, bis zu dem die Regelung Anwendung findet, entsprechend.<sup>2</sup>

(7) <sup>1</sup>In Fällen, in denen der Bewilligungszeitraum vor dem 1. April 2020 begonnen hat, kann im April oder Mai 2020 einmalig während des laufenden Bewilligungszeitraums ein Antrag auf Überprüfung gestellt werden. <sup>2</sup>Bei der Überprüfung ist abweichend von § 6a Absatz 8 Satz 1 als monatlich zu berücksichtigendes Einkommen der Eltern nur das Einkommen aus dem Monat vor dem Überprüfungsantrag zugrunde zu legen. <sup>3</sup>Im Übrigen sind die bereits für den laufenden Bewilligungszeitraum nach Absatz 8 ermittelten tatsächlichen und rechtlichen Verhältnisse zugrunde zu legen. <sup>4</sup>Die Voraussetzung nach § 6a Absatz 1 Nummer 3, dass bei Bezug des Kinderzuschlags keine Hilfebedürftigkeit besteht, ist nicht anzuwenden. <sup>5</sup>Ergibt die Überprüfung einen höheren Kinderzuschlag, wird für die restlichen Monate des Bewilligungszeitraums Kinderzuschlag in der neuen Höhe bewilligt; anderenfalls ist der Antrag abzulehnen. <sup>6</sup>Ist ein Bewilligungsbescheid für einen Bewilligungszeitraum, der vor dem 1. April 2020 beginnt, noch nicht ergangen, gelten die Sätze 1 bis 5 entsprechend. <sup>7</sup>In den Fällen nach den Sätzen 1 bis 6 ist die Verlängerungsregelung nach Absatz 5 nicht anzuwenden.

---

<sup>2</sup> Die Bundesregierung hat von ihrer Verordnungsermächtigung Gebrauch gemacht (Verordnung zur Verlängerung von Regelungen im Zweiten Buch Sozialgesetzbuch, im Bundesausbildungsförderungsgesetz und anderen Gesetzen aus Anlass der COVID-19-Pandemie vom 10.03.22, BGBl I, S. 426). Die Sätze 1 und 2 sind daher anzuwenden auf Bewilligungszeiträume, die bis 31.12.2022 beginnen.

## Weitere Gesetzestexte

Bundeskindergeldgesetz (BKGG)	<a href="#">BKGG</a>
Zweites Buch Sozialgesetzbuch (SGB II)	<a href="#">SGB II</a> <a href="#">§ 7 Leistungsberechtigte</a> <a href="#">§ 9 Hilfebedürftigkeit</a> <a href="#">§ 11 Zu berücksichtigendes Einkommen</a> <a href="#">§ 11a Nicht zu berücksichtigendes Einkommen</a> <a href="#">§ 11b Absetzbeträge</a> <a href="#">§ 12 Zu berücksichtigendes Vermögen</a> Siehe dazu <a href="#">Fachliche Weisungen SGB II</a> <sup>3</sup>
Erstes Buch Sozialgesetzbuch (SGB I)	<a href="#">SGB I</a>
Drittes Buch Sozialgesetzbuch (SGB III)	<a href="#">SGB III</a> <a href="#">§ 330 Sonderregelung zur Aufhebung von Verwaltungsakten</a> <a href="#">§ 331 Vorläufige Zahlungseinstellung</a> Siehe dazu <a href="#">Fachliche Weisungen SGB III</a> <sup>4</sup>
Zehntes Buch Sozialgesetzbuch (SGB X)	<a href="#">SGB X</a> Siehe dazu <a href="#">Fachliche Weisungen SGB X</a> <sup>5</sup>
Einkommensteuergesetz (EStG)	<a href="#">EStG</a> Siehe dazu <a href="#">DA-KG</a>

<sup>3</sup> Die Weisungen der DA-KiZ gehen den Fachlichen Weisungen SGB II vor.

<sup>4</sup> Die Weisungen der DA-KiZ gehen den Fachlichen Weisungen SGB III vor.

<sup>5</sup> Die Weisungen der DA-KiZ gehen den Fachlichen Weisungen SGB X vor.

Verordnung zur Berechnung von Einkommen sowie zur Nichtberücksichtigung von Einkommen und Vermögen beim <b>Bürgergeld (Bürgergeld-Verordnung - Bürgergeld-V)</b>	<a href="#">Bürgergeld-V</a>
Bundesgesetz über individuelle Förderung der Ausbildung (Bundesausbildungsförderungsgesetz - BAföG)	<a href="#">BAföG</a>
Bürgerliches Gesetzbuch	<a href="#">BGB</a>
Asylbewerberleistungsgesetz	<a href="#">AsylbLG</a>
Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet (Aufenthaltsgesetz - AufenthG)	<a href="#">AufenthG</a>

## A Einleitung

(1) <sup>1</sup>Den Kinderzuschlag erhalten Eltern, die den Bedarf der gesamten Familie durch eigenes Einkommen oder eigenes Vermögen nicht oder nur knapp decken können. <sup>2</sup>Dadurch sollen Familien mit kleinem Einkommen zielgenau unterstützt werden. <sup>3</sup>Bei entsprechend hohen Wohnkosten oder einer entsprechenden Anzahl von Kindern kann der Kinderzuschlag auch bis in mittlere Einkommensbereiche hineinwirken.

(2) <sup>1</sup>Der Kinderzuschlag ist eine bedarfs- und einkommensabhängige Sozialleistung, die zusätzlich zum Kindergeld gewährt wird. <sup>2</sup>Zusammen mit dem Kindergeld und dem auf das Kind entfallenden Wohngeldanteil deckt er den durchschnittlichen Bedarf von Kindern in Höhe der Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II). <sup>3</sup>Anspruchsberechtigte Familien können daher mit dem Kinderzuschlag regelmäßig Hilfebedürftigkeit nach dem SGB II vermeiden. <sup>4</sup>Der Kinderzuschlag ist gegenüber den Leistungen nach dem SGB II eine vorrangige Leistung. <sup>5</sup>Sofern mit dem Kinderzuschlag Hilfebedürftigkeit der Familie im Sinne des SGB II für einen zusammenhängenden Zeitraum von mindestens drei Monaten vermieden werden kann, besteht somit die Pflicht, vorrangig Kinderzuschlag zu beantragen.

(3) <sup>1</sup>Im Rahmen der Prüfung des Anspruchs auf Kinderzuschlag finden vielfach die Vorschriften des SGB II Anwendung. <sup>2</sup>Zum Beispiel ermitteln sich das zu berücksichtigende Einkommen und die zugrunde zulegenden Bedarfe im Wesentlichen nach den Vorschriften des SGB II. <sup>3</sup>Auch die Frage, wer Kinderzuschlag erhalten kann, richtet sich maßgeblich nach der Leistungsberechtigung nach dem SGB II. <sup>4</sup>Für welche Kinder die Leistung bezogen werden kann, ist abhängig davon, ob diese Mitglieder der sogenannten Bedarfsgemeinschaft (BG) sind. <sup>5</sup>Aus diesem Grund wird vielfach auf die Fachlichen Weisungen der Bundesagentur für Arbeit zum SGB II verwiesen. <sup>6</sup>Häufig folgt der Kinderzuschlag jedoch auch den spezielleren Regelungen des BKGG.

(4) <sup>1</sup>Ein Anspruch auf Kinderzuschlag kommt für Kinder in Betracht, die unter 25 Jahre alt sind, im Haushalt der oder des Berechtigten leben und weder verheiratet noch verpartnert sind. <sup>2</sup>Für diese Kinder muss zudem Kindergeld bezogen werden. <sup>3</sup>Da sich der Kinderzuschlag an Familien richtet, die ihren Lebensunterhalt zu einem erheblichen Teil aus eigenen Mitteln decken können, müssen die Familien außerdem über Einkommen verfügen, das die sogenannte Mindesteinkommensgrenze erreicht. <sup>4</sup>Verfügen die Kinder über eigenes Einkommen oder erhebliches Vermögen, mindert es den Kinderzuschlag. <sup>5</sup>Das Einkommen wird jedoch nicht vollständig, sondern nur zu einem Teil angerechnet. <sup>6</sup>Auch Einkommen und Vermögen der Eltern mindern den Kinderzuschlag. <sup>7</sup>Handelt es sich um Einkommen aus Erwerbstätigkeit, mindert es den Kinderzuschlag jedoch nur zu einem Teil. <sup>8</sup>Letztlich muss für den Anspruch auf Kinderzuschlag gewährleistet sein, dass mit dem Kinderzuschlag und einem ggf. bestehendem Wohngeldanspruch der Bedarf der Familie gedeckt ist. <sup>9</sup>So-

## Sinn und Zweck

## Vorrangige Leistung

## Verweis auf SGB II

## Überblick über die Anspruchsvoraussetzungen

mit darf mit Kinderzuschlag und ggf. Wohngeld keine Hilfebedürftigkeit nach dem SGB II bestehen. <sup>10</sup>Eine Ausnahme hiervon gibt es, wenn lediglich bis zu 100 EUR fehlen, um den Bedarf vollständig zu decken. <sup>11</sup>In diesem Fall kann unter bestimmten zusätzlichen Voraussetzungen der sogenannte erweiterte Zugang zum Kinderzuschlag in Anspruch genommen werden.

(5) Während des Bezugs von Kinderzuschlag können ergänzend SGB II-Leistungen bezogen werden, wenn trotz des Kinderzuschlags der Bedarf der Familie nicht (mehr) gedeckt werden kann.

(6) <sup>1</sup>Mit dem Kinderzuschlag sind weitere Leistungen bzw. Vergünstigungen, wie z. B. die Bildungs- und Teilhabeleistungen und die Befreiung von KiTa-Gebühren, verbunden. <sup>2</sup>Für die Familien kann sich somit auch ein vergleichsweise kleiner Anspruch auf Kinderzuschlag lohnen.



## B Anspruchsberechtigung

<sup>1</sup>Für die Anspruchsberechtigung kommt es zum einen darauf an, ob die Antragstellenden zu dem Personenkreis gehören, der Kinderzuschlag erhalten kann. <sup>2</sup>Zum anderen kommt es darauf an, ob die Kinder der Antragstellenden grundsätzlich berücksichtigt werden können. <sup>3</sup>Außerdem ist entscheidend, ob die Antragstellenden und die Kinder gemeinsam eine BG bilden.

### B.1 Berechtigte

#### B.1.1 Kindergeldbezug

(1) <sup>1</sup>Kinderzuschlag erhält, wer nach dem X. Abschnitt des EStG oder dem BKGG Anspruch auf Kindergeld hat oder eine andere Leistung im Sinne von § 4 Absatz 1 BKGG bzw. § 65 Absatz 1 EStG bezieht. <sup>2</sup>Zu den anderen Leistungen im Sinne von § 4 BKGG bzw. § 65 EStG gehören auch Leistungen für Kinder, die außerhalb Deutschlands gewährt werden und dem Kindergeld vergleichbar sind. <sup>3</sup>Danach können grundsätzlich auch Personen, die derartige Leistungen beziehen, Kinderzuschlag erhalten.

(2) <sup>1</sup>Nach § 3 Absatz 1 BKGG wird nur einer Person Kindergeld und Kinderzuschlag gewährt. <sup>2</sup>Der Wortlaut von § 3 Absatz 2 BKGG regelt den Fall einer einheitlichen Berechtigtenbestimmung für Kindergeld und Kinderzuschlag. <sup>3</sup>Haben zwei gleichrangig anspruchsberechtigte Personen eine Berechtigtenbestimmung für das Kindergeld nach § 64 EStG oder § 3 Absatz 2 BKGG getroffen, hat diese aufgrund der gesetzlichen Regelung des § 6a Absatz 7 Satz 3 BKGG für den Kinderzuschlag eine Bindungswirkung für den gesamten BWZ, es sei denn es liegt ein Aufhebungstatbestand vor (siehe DA [E.2.2.1.](#)). <sup>4</sup>Das heißt, wird während eines laufenden BWZ die Berechtigtenbestimmung geändert, ohne dass ein Aufhebungstatbestand vorliegt, kann der neue Kindergeldberechtigte erst nach Ablauf des BWZ einen Antrag auf Kinderzuschlag stellen. <sup>5</sup>Bis dahin muss er sich die Zahlung des Kinderzuschlags an den vorherigen Kindergeldberechtigten entgegenhalten lassen (§ 3 Absatz 1 BKGG). <sup>6</sup>Das heißt, trotz des vorrangigen Kindergeldanspruchs besteht kein Anspruch auf Kinderzuschlag.

### Kindergeldberechtigung als Anspruchsvoraussetzung

#### Beispiel:

Die Berechtigte bezieht für ihre zwei Kinder Kinderzuschlag für den BWZ vom 1. August 2023 bis 31. Januar 2024. Die Betreuung der Kinder teilen sich die Eltern nahezu zur Hälfte. Für das ältere Kind beschließen die getrenntlebenden Eltern einen Berechtigtenwechsel im Kindergeld ab November 2023. Die Berechtigte erhält somit ab November 2023 nur noch für ein Kind Kindergeld. Es wird aber weiterhin für zwei Kinder Kinderzuschlag bis Januar 2024 gezahlt. Ab Februar 2024 kann die Berechtigte (nur noch) für ein Kind Kinderzuschlag beantragen. Der Vater kann Kinderzuschlag für das Kind beantragen, für das er Kindergeld bezieht, allerdings auch erst ab Februar 2024. Für die Zeit von November 2023 bis Januar 2024 wird für dieses Kind bereits Kinderzuschlag an die Mutter gezahlt. Dies muss sich der Vater entgegenhalten lassen (§ 3 Absatz 1 BKGG).

<sup>7</sup>Können sich die Eltern nicht einigen, wer Kindergeld und Kinderzuschlag beziehen soll, hat nach § 3 Absatz 2 Satz 3 BKGG das Familiengericht zu entscheiden (siehe auch [DA-KG A 25.1](#)).

<sup>8</sup>Auch wenn ein Kind zeitweise bei seinen beiden getrenntlebenden Elternteilen in zwei Haushalten wohnt, ist zu beachten, dass nur der kindergeldberechtigte Elternteil Kinderzuschlag für dieses Kind beziehen kann. <sup>9</sup>Das Kind, für das der andere Elternteil kein Kindergeld bezieht, ist aber in seiner BG bei der Berechnung des Kinderzuschlags für weitere Kinder zu berücksichtigen (siehe [DA C.4.1 Absatz 3](#) zur temporären BG).

(3) <sup>1</sup>Für über 18 Jahre alte Kinder wird oft erst rückwirkend festgestellt, ob ein Anspruch auf Kindergeld besteht oder nicht. <sup>2</sup>Insbesondere bei Arbeits- oder Ausbildungsplatz suchenden Kindern wechseln sich häufig Monate mit Kindergeldanspruch und Monate ohne Kindergeldanspruch ab. <sup>3</sup>Bei der Entscheidung über den Anspruch auf Kinderzuschlag ist immer auf die tatsächlichen und rechtlichen Verhältnisse zu Beginn des ersten Monats des BWZ abzustellen. <sup>4</sup>Liegt ein Anspruch auf Kindergeld im ersten Monat des BWZ vor, wird dieser für den gesamten BWZ zu Grunde gelegt. <sup>5</sup>Dies gilt auch dann, wenn ein Kind im BWZ das 18. Lebensjahr vollendet und ein Anspruch auf Kindergeld über das 18. Lebensjahr hinaus erst noch zu prüfen ist. <sup>6</sup>Soweit zum Zeitpunkt der Beantragung von Kinderzuschlag über einen Antrag auf Kindergeld noch nicht entschieden wurde, ist über den Antrag auf Kinderzuschlag regelmäßig erst zu entscheiden, wenn die Entscheidung über den Antrag auf Kindergeld vorliegt. <sup>7</sup>Das gilt auch, wenn der Antrag für mehrere Kinder gestellt wird und lediglich über den Kindergeldanspruch eines Kindes noch nicht entschieden worden ist. <sup>8</sup>Besteht im ersten Monat des BWZ kein Anspruch auf Kindergeld, ist der Anspruch auf Kinderzuschlag mit dem Hinweis abzulehnen, dass ab dem Folgemonat erneut ein Antrag gestellt werden kann, wenn die Voraussetzungen dann vorliegen. <sup>9</sup>Besteht nur für ein Kind von mehreren Kindern kein Anspruch auf Kindergeld, ist der Antrag für dieses Kind mit dem Hinweis abzulehnen, dass erst nach Ablauf des BWZ für dieses Kind erneut ein Antrag gestellt werden kann (siehe auch Kapitel [E.3](#)).

(4) <sup>1</sup>Wird bei Ehegatten im gemeinsamen Haushalt der Antrag auf Kinderzuschlag von der nichtkindergeldberechtigten Person gestellt, ist in Anwendung des § 13 Absatz 1 Satz 3 SGB X zu vermuten, dass diese bevollmächtigt ist, wenn nicht Anhaltspunkte vorliegen, die einer solchen Vermutung entgegenstehen. <sup>2</sup>Adressat/in des Bescheides über den Kinderzuschlag ist weiterhin die kindergeldberechtigte Person. <sup>3</sup>Nach § 37 SGB X kann die Bekanntgabe auch an die bevollmächtigte Person einer BG erfolgen. <sup>4</sup>Dabei muss aus dem Bescheid erkennbar sein, wer Adressat/in des Verwaltungsaktes ist. <sup>5</sup>Soweit die BG aus zwei unverheirateten bzw. nicht verpartnerten Personen besteht, die jeweils Kinder haben, zu denen die Partnerin oder der Partner in keinem Kindschaftsverhältnis steht, ist jede Person nur für ihre Kinder kindergeld- und damit auch kinderzuschlagsberechtigigt (vergleiche hierzu auch [DA C.3.2.1.3](#)).

## B.1.2 Leistungsberechtigung nach dem SGB II

(1) <sup>1</sup>Kinderzuschlagsberechtigten können zunächst nur Personen sein, die Leistungsberechtigte im Sinne des § 7 SGB II sind. <sup>2</sup>Hierzu zählen grundsätzlich alle erwerbsfähigen Personen im Alter von 15 bis zum Erreichen der maßgeblichen Altersgrenze nach § 7a SGB II (seit 2012 gestaffelter Anstieg von 65 auf 67 Jahre) und nicht erwerbsfähige Personen, die mit einer erwerbsfähigen Person in einer BG leben.

(2) <sup>1</sup>Ein Anspruch auf SGB II-Leistungen ist für folgende Personen ausgeschlossen (§ 7 Absatz 1 Satz 2 SGB II):

- Ausländerinnen und Ausländer, die weder in der Bundesrepublik Deutschland Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmer, Selbstständige oder aufgrund des § 2 Absatz 3 des Freizügigkeitsgesetzes/EU freizügigkeitsberechtigten sind (Fortwirkung der Arbeitnehmer-/Selbstständigeneigenschaft), und ihre Familienangehörigen für die ersten drei Monate ihres Aufenthalts,
- Ausländerinnen und Ausländer und ihre Familienangehörigen,
  - die kein Aufenthaltsrecht haben,
  - deren Aufenthaltsrecht sich ausschließlich aus dem Zweck der Arbeitsuche ergibt,
- Leistungsberechtigte nach § 1 AsylbLG.

<sup>2</sup>Drittstaatsangehörige, die

- eine Aufenthaltserlaubnis nach
  - § 23 Absatz 1 oder § 24 AufenthG wegen Krieges in ihrem Heimatland bzw.
  - § 25 Absatz 4 Satz 1 oder Absatz 5 AufenthG (sofern die Entscheidung über die Aussetzung und Abschiebung noch keine 18 Monate zurückliegt),
- eine Duldung nach § 60a AufenthG oder eine Fiktionsbescheinigung nach § 81 Absatz 3 Satz 2 AufenthG besitzen bzw.
- vollziehbar ausreisepflichtig sind,

haben Anspruch auf Leistungen nach dem AsylbLG. <sup>3</sup>Sie sind daher nach § 7 Absatz 1 Satz 2 Nr. 3 SGB II vom Anspruch auf Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts ausgeschlossen. <sup>4</sup>Ausländer, die einen Aufenthaltstitel nach § 23 Absatz 1 AufenthG aus anderen Gründen als wegen Krieges in ihrem Heimatland erhalten haben, gehören nicht zum Personenkreis des § 1 AsylbLG und sind damit weder von den Leistungen nach dem SGB II noch von einem Anspruch auf Kinderzuschlag ausgeschlossen. <sup>5</sup>Grundsätzlich ist bei Antragstellung zu prüfen, ob ein Ausschluss vorliegt. <sup>6</sup>Dazu ist bei Personen, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit oder die Staatsangehörigkeit eines EU-/EWR-Staates bzw. der Schweiz haben, eine Kopie des Aufenthaltstitels anzufordern. <sup>7</sup>Dies gilt vor allem bei der erstmaligen Antragstellung. <sup>8</sup>Bei darauffolgenden Anträgen ist darauf zu

### Leistungsausschluss für ausländische Staatsangehörige

### Aufenthaltstitel zur Anspruchsberechtigung nach dem AsylbLG

achten, ob sich ein noch gültiger Aufenthaltstitel in den Akten befindet. <sup>9</sup>In diesem Fall ist der Aufenthaltstitel nicht erneut anzufordern. <sup>10</sup>Zur Hilfestellung wird auf das [Praxishandbuch „Leistungsansprüche ausländischer Staatsbürgerinnen und Staatsbürger nach dem SGB II“](#) verwiesen. <sup>11</sup>Weitere Hilfen zur Prüfung der Anspruchsvoraussetzungen für ausländische Staatsangehörige sind im Intranet zu den §§ 7 und 8 SGB II in den Fachlichen Weisungen und Arbeitshilfe unter SGB II » Geldleistungen und Recht SGB II » Leistungserbringung » [Fachliches zum SGB II](#) zu finden.

(3) <sup>1</sup>Auszubildende und Studierende, deren Ausbildung dem Grunde nach im Rahmen des BAföG förderungsfähig ist, sind ebenfalls von SGB II-Leistungen ausgeschlossen, § 7 Absatz 5 SGB II. <sup>2</sup>Es sind lediglich ergänzende Leistungen nach § 27 SGB II möglich. <sup>3</sup>Der Leistungsausschluss gilt jedoch nur für den Regelbedarf und Bedarfe für Unterkunft und Heizung der Auszubildenden selber (teilweiser Leistungsausschluss). <sup>4</sup>Aus besonderen Umständen hervorgehende Bedarfe (Bedarf für eigene Kinder, Mehrbedarfe) werden von der Ausschlusswirkung nicht erfasst (vergleiche [FW § 7 SGB II](#)). <sup>5</sup>Unabhängig davon, ob ein Bedarf nach § 27 SGB II anzuerkennen ist, werden Auszubildende/Studierende nicht aus der BG nach § 7 Absatz 3 SGB II ausgeschlossen. <sup>6</sup>Daraus folgt, dass nach § 6a BKGG ein Anspruch auf Kinderzuschlag für Kinder der Auszubildenden/Studierenden bestehen kann. <sup>7</sup>Bei der Berechnung der Bedarfe der Eltern sind jedoch Besonderheiten zu beachten, siehe [D.1.](#) <sup>8</sup>Bei der Berechnung des elterlichen Bedarfes sind für die ausgeschlossene Person nur eventuell Mehrbedarfe zu berücksichtigen, da die Regelbedarfe und die Wohnkosten bereits über die BAföG-Leistungen abgedeckt sind. <sup>9</sup>Auch Auszubildende, deren Bedarf sich nach § 61 Absatz 2 und 3, § 62 Absatz 3, § 123 Absatz 1 Nr. 2 und 3 sowie § 124 Absatz 1 Nr. 3 und Absatz 3 SGB III bemisst, sind ausgeschlossen (§ 7 Absatz 5 Satz 2 SGB II). <sup>10</sup>Dies betrifft insbesondere Auszubildende (auch behinderte Auszubildende) in einer Berufsausbildung oder berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahme bei auswärtiger Unterbringung und Vollverpflegung. <sup>11</sup>Auszubildende, deren Ausbildung dagegen nach den §§ 51 SGB III (Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen), 57 SGB III (Förderungsfähige Berufsausbildung) und 58 SGB III (Förderung im Ausland) dem Grunde nach förderfähig ist, sind nicht von den Leistungen nach dem SGB II ausgeschlossen. <sup>12</sup>Diese können unter Anrechnung ihres Einkommens ergänzende Leistungen nach dem SGB II beziehen (§§ 7 Absatz 5, 11, 11a Nr. 4 SGB II). <sup>13</sup>Ein Anspruch auf SGB II-Leistungen besteht auf der Grundlage der Rückausnahmen des § 7 Absatz 6 SGB II zudem für folgende Auszubildende und Studierende (siehe dazu auch [FW § 7 SGB II](#)):

- Auszubildende, die nicht bei ihren Eltern wohnen, die weiteren Voraussetzungen nach § 2 Absatz 1 Nr. 1, Absatz 1a BAföG nicht erfüllen und deshalb keinen Anspruch auf Ausbildungsförderung haben
- Auszubildende und Studierende, deren Bedarf

## Auszubildende als Berechtigte

- sich nach §§ 12, 13 Absatz 1 Nr. 1 in Verbindung mit Absatz 2 Nr. 1 und Nr. 2 BAföG oder
- sich nach § 13 Absatz 1 Nr. 2 in Verbindung mit Absatz 2 Nr. 1 BAföG bemisst (Schüler/Fachschüler/Studierende im Haushalt der Eltern) und die BAföG-Leistungen tatsächlich erhalten oder nur wegen der Anrechnung von Einkommen und Vermögen nicht erhalten oder das zuständige Amt für Ausbildungsförderung noch nicht über den Antrag auf BAföG-Leistungen entschieden hat - wurde der Antrag auf Ausbildungsförderung abgelehnt, besteht ein Leistungsausschluss. Der Ausschluss gilt ab dem Ersten des Folgemonats nach der Bekanntgabe der ablehnenden Entscheidung (bei postalischer Zustellung Datum des Bescheids + 3 Tage),
- Auszubildende, die eine Abendhauptschule, Abendrealschule oder ein Abendgymnasium besuchen und aufgrund § 10 Absatz 3 BAföG (Altersgrenze durch Vollendung des 45. Lebensjahres erreicht) keinen Anspruch auf Ausbildungsförderung haben.

<sup>14</sup>Im Ergebnis sind Auszubildende in einer beruflichen Ausbildung damit nur noch vom Leistungsbezug nach dem SGB II ausgeschlossen, wenn sie während der Ausbildung in einem Internat oder Wohnheim mit voller Verpflegung untergebracht sind. <sup>15</sup>Ausgeschlossen sind weiterhin Studierende an höheren Fachschulen, Hochschulen und Akademien, wenn sie nicht im Haushalt der Eltern leben. <sup>16</sup>Alle anderen Schülerinnen/Schüler und Studierenden sind ausgeschlossen, wenn sie aufgrund des Nichterfüllens der persönlichen Anspruchsvoraussetzungen keinen Anspruch auf BAföG-Förderung haben. <sup>17</sup>Welche Auszubildenden während ihrer Ausbildung einen Anspruch auf SGB II-Leistungen haben, ist der Anlage 1 zu entnehmen.

(4) <sup>1</sup>Personen, die zwar selbst nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte im Sinne von § 7 Absatz 1 SGB II sind (z. B. Bezieher einer Rente wegen voller Erwerbsminderung auf Dauer) und nach § 7 Absatz 1, 4, 4a SGB II vom Leistungsbezug ausgeschlossen sind, können dennoch kinderzuschlagsberechtigt sein, wenn sie über eine andere Person einer BG im Sinne von § 7 Absatz 3 SGB II angehören (siehe [DA B.3](#)).

**Kinderzuschlagsberechtigung trotz Leistungsausschluss nach dem SGB II als Mitglied einer BG**

<sup>2</sup>Das betrifft z. B.

- nicht erwerbsfähige bzw. stationär untergebrachte Personen, die aber über ausreichendes Einkommen im Sinne von § 6a Absatz 1 Nr. 2 BKGG verfügen,
- Personen, die die Grenze für die Regelaltersrente (vgl. § 7a SGB II) erreicht haben,
- Leistungsberechtigte nach dem AsylbLG (Zu beachten ist hier jedoch, dass ausländische Ehegatten, Lebenspartner und minderjährige Kinder von nach § 1 Absatz 1 Nr. 1 – 5 AsylbLG Leistungsberechtigten auch selbst leistungsberechtigt nach AsylbLG sein können. Besteht eine Anspruchsberechtigung

nach dem AsylbLG, können die Anerkennungsverfahren zeitlich auseinanderlaufen.)

<sup>3</sup>Von den Leistungen nach dem SGB II ausgeschlossene Personen können zu einer BG gehören, da die Zugehörigkeit zu einer BG davon unabhängig ist, ob die einbezogenen Personen selbst leistungsberechtigt nach dem SGB II sind. <sup>4</sup>Daher können auch die nach § 7 SGB II ausgeschlossenen Personen Mitglieder der BG sein, wenn die Voraussetzungen der Einbeziehungsnorm erfüllt sind (§ 7 Absatz 3 SGB II). <sup>5</sup>Sie können nur nicht selbst eine BG begründen; Ausnahme: Studierende/Auszubildende mit eigenen Kindern können eine BG bilden, da die Ausschlusswirkung nach § 7 Absatz 5 (siehe Absatz 3) SGB II nur den Normalbedarf, also den Regelbedarf, die Bedarfe für Unterkunft und Heizung und einmalige Bedarfe für die Studierenden/Auszubildenden selbst umfasst. <sup>6</sup>Aus besonderen Umständen hervorgehende Bedarfe (Bedarf für eigene Kinder, Mehrbedarfe) werden von der Ausschlusswirkung nicht erfasst (vergleiche [FW § 7 SGB II](#)). <sup>7</sup>Unabhängig davon, ob ein Bedarf nach § 27 SGB II anzuerkennen ist, werden Auszubildende/Studierende nicht aus der BG nach § 7 Absatz 3 SGB II ausgeschlossen. <sup>8</sup>Daraus folgt, dass nach § 6a BKGG ein Anspruch auf Kinderzuschlag für Kinder der Auszubildenden/Studierenden bestehen kann. <sup>9</sup>Ist keine erwerbsfähige leistungsberechtigte Person vorhanden, ist die Bildung einer BG nicht möglich.

#### Beispiel 1

Ein erwerbsunfähiger Vater ist der Kindergeldberechtigte für die beiden im Haushalt lebenden Kinder. Die Mutter ist arbeitslos. Den Antrag auf Kinderzuschlag kann auch der Vater stellen, da er über die erwerbsfähige Mutter der BG im Sinne von § 7 Absatz 3 SGB II angehört. Ein Berechtigtenwechsel ist somit nicht erforderlich.

#### Beispiel 2

Eine alleinerziehende Mutter, die Rente wegen voller Erwerbsminderung bezieht, beantragt für ihre beiden im Haushalt lebenden Kinder im Alter von 10 und 15 Jahren Kinderzuschlag. Die Anspruchsvoraussetzungen sind zu prüfen, da die Mutter über das 15-jährige Kind der BG angehört.

## **B.2 Kinder**

(1) <sup>1</sup>Kinderzuschlag erhalten Kindergeldberechtigte für ihre im Haushalt lebenden, unverheirateten oder nicht verpartnerten Kinder bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres. <sup>2</sup>Zu berücksichtigen sind leibliche Kinder, adoptierte Kinder und Kinder von Ehegatten/Lebenspartnern im Sinne der §§ 32 Absatz 1 Nr. 1 und 63 Absatz 1 Satz 1 Nr. 2 EStG bzw. der §§ 1 Absatz 1, 2 Absatz 1 Nr. 1 BKGG. <sup>3</sup>Voraussetzung für den Bezug von Kinderzuschlag ist, dass die Kinder im Haushalt der Berechtigten leben und zu derselben BG im Sinne von § 7 Absatz 3 SGB II gehören wie die Berechtigten (siehe [DA B.3](#)).



Gemeinschaft	Erklärung
Bedarfsgemeinschaft (BG) <a href="#">Fachliche Weisungen § 7 SGB II</a> (FW § 7 SGB II)	Welche Personen einer BG zuzuordnen sind, ergibt sich abschließend aus § 7 Absatz 3 SGB II.
Haushaltsgemeinschaft	Zur Haushaltsgemeinschaft gehören alle Personen, die in einem Haushalt zusammenleben. Hierzu können auch Personen gehören, die nicht nach § 7 SGB II einer BG zuzuordnen sind.

<sup>4</sup>Unter einer Haushaltsgemeinschaft ist das örtlich verbundene Zusammenleben in einer gemeinsamen Familienwohnung zu verstehen. <sup>5</sup>Das Kind muss ferner in diesem Haushalt seine persönliche Versorgung und Betreuung finden. <sup>6</sup>Von der Zugehörigkeit zur Haushaltsgemeinschaft kann ausgegangen werden, wenn das Kind dort seinen Lebensmittelpunkt hat. <sup>7</sup>Die Prüfung der Haushaltsgemeinschaft ist entsprechend der Regelungen im Kindergeldrecht vorzunehmen, soweit dort nicht bereits geprüft.

### Haushaltsgemeinschaft

(2) <sup>1</sup>Auch bei räumlicher Trennung lebt das Kind weiter im Haushalt der Berechtigten, wenn die auswärtige Unterbringung nur von vorübergehender Natur ist. <sup>2</sup>Von einem vorübergehenden Zustand kann im Allgemeinen ausgegangen werden, wenn das Kind im Rahmen seiner Möglichkeiten regelmäßig in den Haushalt zurückkehrt. <sup>3</sup>Durch eine zeitweilige auswärtige Unterbringung zur Schul- oder Berufsausbildung wird die Haushaltszugehörigkeit in der Regel nicht unterbrochen.

(3) <sup>1</sup>Es ist im Einzelfall zu prüfen, ob eine Haushaltszugehörigkeit noch gegeben ist. <sup>2</sup>Ist ein Kind außerhalb des Haushalts der Eltern untergebracht, ist festzustellen, ob es sich bei der Unterbringung um eine stationäre Einrichtung handelt, wodurch ein Leistungsanspruch ausgeschlossen wäre (§ 7 Absatz 4 SGB II). <sup>3</sup>Zu den stationären Einrichtungen gehören insbesondere therapeutische Wohngemeinschaften, Arbeiterkolonien, Blindenheime, Erholungsheime, Heilstätten, SOS-Kinderdörfer und Krankenhäuser. <sup>4</sup>Im Einzelfall zählen auch Mütterhäuser und Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe nach §§ 67 - 69 SGB XII dazu ([FW § 7 SGB II](#), Rz. 7.104). <sup>5</sup>Bei Kindern mit einem Aufenthalt in einer Werkstatt für behinderte Menschen und täglicher Rückkehr in den Haushalt der Eltern wird die Haushaltszugehörigkeit nicht unterbrochen. <sup>6</sup>Diese gehören auch weiterhin der BG an. **<sup>7</sup>Minderjährige Kinder, die an Maßnahmen im Eingangverfahren oder Berufsbildungsbereich einer Werkstatt für Menschen mit Behinderung teilnehmen, haben** entweder einen Anspruch auf Bürgergeld nach §§ 19 Absatz 1 Satz 2, 23 SGB II oder auf Kinderzuschlag. **<sup>8</sup>Ab Vollendung des 18. Lebensjahres besteht Anspruch auf Leistungen der Grundsicherung bei voller Erwerbsminderung nach dem 4. Kapitel des SGB XII, so dass kein Anspruch auf Kinderzuschlag besteht ([FW § 7 SGB II, Rz. 7.181](#)).**



<sup>9</sup>Im Falle einer Internatsunterbringung des Kindes mit regelmäßiger Rückkehr in den Haushalt der Eltern (z. B. an den Wochenenden und während der Ferien) kann eine entsprechende Zugehörigkeit zur BG begründet werden (zur Berechnung vergleiche [DA C.4.1 Absatz 4](#)).

### B.3 Bedarfsgemeinschaft (BG)

(1) <sup>1</sup>Für die Prüfung der Anspruchsberechtigung, der zu berücksichtigenden Bedarfe für Unterkunft und Heizung und des zu berücksichtigenden Einkommens ist zu entscheiden, welche Personen eine gemeinsame BG bilden bzw. wer Mitglied dieser BG ist. <sup>2</sup>Zur BG gehören nach § 7 Absatz 3 SGB II unter anderem:

### Bildung der BG

a. Berechtigte im Sinne der [DA B.1](#).

b. die Partner/innen; dies können sein:

- die/der nicht dauernd getrenntlebende Ehegattin/Ehegatte. Das Getrenntleben beurteilt sich dabei nicht nach dem bürgerlichen Recht, sondern danach, ob zwischen den Ehegatten eine Lebens- und Wirtschaftsgemeinschaft besteht. Getrenntleben liegt nicht schon bei jeder räumlichen Trennung vor. Vielmehr muss hinzukommen, dass nach den tatsächlichen Verhältnissen die Wirtschafts- und Lebensgemeinschaft nicht nur vorübergehend aufgehoben ist. Leben die Ehegatten weiterhin in der ehelichen Wohnung zusammen, so ist ein Getrenntleben nur dann anzunehmen, wenn der Wille mindestens eines Ehegatten nach außen erkennbar wird, mit dem anderen Ehegatten nicht mehr zusammenleben zu wollen; getrenntes Schlafen und getrenntes Essen reichen insoweit regelmäßig nicht aus. Selbst wenn die Ehegatten nicht mehr zusammenleben, so ist ein Getrenntleben dann noch nicht ohne weiteres anzunehmen, wenn und solange mit der Fortführung der Wirtschafts- und Lebensgemeinschaft zu rechnen ist.
- die/der nicht dauernd getrenntlebende Lebenspartner/in. Eine Lebenspartnerschaft konnte begründet werden, wenn zwei Personen gleichen Geschlechts gegenseitig persönlich und bei gleichzeitiger Anwesenheit vor der zuständigen Behörde erklären, miteinander eine Partnerschaft auf Lebenszeit führen zu wollen (Lebenspartnerinnen und Lebenspartner). Die Lebenspartner/innen sind einander zu Fürsorge und Unterstützung sowie zur gemeinsamen Lebensgestaltung verpflichtet. Eine Lebenspartnerschaft kann nur durch gerichtliches Urteil aufgehoben werden. Die Schließung einer neuen eingetragenen Lebenspartnerschaft ist seit dem 1. Oktober 2017 nicht mehr möglich, zu diesem Zeitpunkt bereits bestehende Lebenspartnerschaften bleiben wirksam.
- eine Person, die mit der/dem erwerbsfähigen Leistungsberechtigten in einem gemeinsamen Haushalt so zusam-

menlebt, dass nach verständiger Würdigung der wechselseitige Wille anzunehmen ist, Verantwortung füreinander zu tragen und füreinander einzustehen. Eine Verantwortungs- und Einstehensgemeinschaft ist eine auf Dauer angelegte Lebensgemeinschaft zwischen zwei Personen, die so eng ist, dass sie von den Partnern ein gegenseitiges Entstehen im Bedarfsfall erwarten lässt. Neben der Ehe und der eingetragenen Lebenspartnerschaft bildet auch jede Einstehensgemeinschaft (eheähnliche oder gleichgeschlechtliche partnerschaftsähnliche Gemeinschaft) im Sinne dieser Vorschrift eine BG. Es ist allein auf den Willen dieser Gemeinschaften abzustellen, füreinander Verantwortung zu tragen und füreinander einzustehen zu wollen.

<sup>3</sup>Ein wechselseitiger Wille, Verantwortung füreinander zu tragen und füreinander einzustehen, wird vermutet, wenn die Partner/innen

- länger als ein Jahr zusammenleben,
- mit einem gemeinsamen Kind zusammenleben,
- Kinder oder Angehörige im Haushalt versorgen oder
- befugt sind, über Einkommen oder Vermögen des anderen zu verfügen.

<sup>4</sup>Eine Verantwortungs- und Einstehensgemeinschaft kann z. B. als aufgelöst angesehen werden, wenn das Zusammenleben in einer Wohnung tatsächlich beendet wird. <sup>5</sup>Das Vorliegen einer Verantwortungs- und Einstehensgemeinschaft kann immer dann unterstellt werden, wenn im Antrag auf Kinderzuschlag die Anschrift der Antragstellerin/des Antragstellers und des anderen Elternteils eines gemeinsamen Kindes übereinstimmen.

c. unverheiratete oder nicht verpartnerte Kinder der/des Berechtigten oder ihres/seines Partners bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres, soweit sie nicht aus eigenem Einkommen oder Vermögen die Leistungen zur Sicherung ihres Lebensunterhalts beschaffen können. Damit sind Kinder, die sich selbst unterhalten können, nicht Teil der BG, auch wenn sie im Haushalt der Eltern leben. Auch verheiratete oder verpartnerte Kinder, die vom bisherigen Partner/Ehegatten getrennt leben und im Haushalt der Eltern wohnen, sind nicht Teil der BG.

(2) <sup>1</sup>Unter 25-jährige unverheiratete Kinder, die im Haushalt ihrer Eltern leben, gehören grundsätzlich zu deren BG. <sup>2</sup>Leben sie mit eigenem Kind oder einer Partnerin oder einem Partner in einer eheähnlichen Gemeinschaft im Haushalt der Eltern, entsteht eine Konkurrenzsituation, da sie grundsätzlich auch mit ihrem Kind oder der Partnerin oder dem Partner eine BG bilden (siehe auch [FW § 7 SGB II](#)). <sup>3</sup>Unter 25 Jahre alte unverheiratete Kinder sind der BG ihrer Eltern zuzuordnen, wenn sie

## Kinder in der BG

- mit ihren erwerbsfähigen Eltern oder einem erwerbsfähigen Elternteil im gemeinsamen Haushalt wohnen,
- nicht erwerbsfähig sind und mit ihrem eigenen Kind im Haushalt der Eltern leben (das eigene Kind gehört nicht zur BG; es hat dem Grunde nach Anspruch auf Leistungen nach dem SGB XII) oder
- selbst erwerbsfähig, also mindestens 15 Jahre alt sind, und mit ihren nicht erwerbsfähigen Eltern oder mit nur einem nicht erwerbsfähigen Elternteil im gemeinsamen Haushalt wohnen (durch das Kind über § 7 Absatz 3 Nr. 2 SGB II gebildete BG).

<sup>4</sup>Ein Kind gehört nicht mehr zur BG der Eltern, wenn es

- verheiratet oder verpartnert ist,
- das 25. Lebensjahr vollendet,
- mit einer Partnerin/einem Partner im Haushalt der Eltern lebt,
- mit einer Partnerin/einem Partner und mit ihrem/seinem oder dem Kind der Partnerin/des Partners im Haushalt der Eltern lebt oder

erwerbsfähig ist und selbst ein Kind hat.

<sup>5</sup>Anders als im SGB II bleibt ein Kind ggf. auch dann ein Mitglied der BG im Sinne des Kinderzuschlags, wenn es mit dem Kindergeld und seinem nach SGB II zu berücksichtigenden Einkommen seinen eigenen Bedarf voll decken kann. <sup>6</sup>Denn beim Kinderzuschlag ist entscheidend, ob das Kind seinen Lebensunterhalt mit seinem nach § 6a Absatz 3 Satz 3 BKGG anrechenbaren Einkommen und dem Kindergeld bestreiten kann. <sup>7</sup>Das heißt: Nur, wenn das Kind mit 45 Prozent seines eigenen Einkommens und dem Kindergeld seinen eigenen Bedarf voll decken kann, kann für das Kind kein Kinderzuschlag bewilligt werden. <sup>8</sup>Kann das Kind seinen eigenen Bedarf mit 45 Prozent seines eigenen Einkommens und dem Kindergeld nicht voll decken, bleibt es für den Kinderzuschlag Mitglied der BG. <sup>9</sup>Das heißt zunächst, dass für dieses Kind überhaupt Kinderzuschlag bezogen werden kann. <sup>10</sup>Daraus folgt außerdem, dass das Kind sowohl bei der Ermittlung des Wohnanteils der Eltern für deren Gesamtbedarf als auch bei etwaigen anderen Regelungen, die darauf abstellen, ob sich ein Kind in der BG befindet (z. B. Erwerbstätigenfreibeträge), zu berücksichtigen ist. <sup>11</sup>Bei der ebenfalls notwendigen Prüfung, ob mit dem Kinderzuschlag für die Familie insgesamt keine Hilfebedürftigkeit besteht, bestimmt sich die Zugehörigkeit des Kindes zur BG und die Einkommensanrechnung allein nach den SGB II-Vorschriften (siehe [DA C.4.1 Absatz 2 Satz 9](#)).

#### Beispiel 1:

In der Familie leben zwei Kinder. Das ältere Kind (5 Jahre) hat einen SGB II-Bedarf in Höhe von 507 EUR (Regelbedarf 357 EUR und 150 EUR Wohnkosten). Es bezieht monatlich 400 EUR Unterhalt vom Vater.

Nach § 6a Absatz 3 Satz 3 BKGG sind davon 45 %, also 180 EUR auf den Kinderzuschlag anzurechnen. Hinzu kommt das Kindergeld in Höhe von 250 EUR.

## **Ausschluss Kind aus BG**

## **Kinder mit bedarfsdeckendem Einkommen**

Zusammen sind dem Bedarf des Kindes also 430 EUR Einkommen (180 EUR + 250 EUR) gegenüber zu stellen. Damit kann das Kind seinen SGB II-Bedarf nicht eigenständig decken, so dass für das Kind Kinderzuschlag beantragt und ggf. bewilligt werden kann.

Bei der Prüfung, ob mit Kinderzuschlag keine Hilfebedürftigkeit besteht, ist auf die BG nach dem SGB II abzustellen. Da das Kind mit dem monatlich zu berücksichtigenden Einkommen in Höhe von 650 EUR (400 EUR + 250 EUR) seinen eigenen Bedarf decken kann, ist es kein Mitglied der BG nach dem SGB II, sondern lediglich ein Mitglied der Haushaltsgemeinschaft.

Beispiel 2:

Wie oben, nur dass Unterhalt in Höhe von 600 EUR bezogen wird.

Nach § 6a Absatz 3 Satz 3 BKGG sind davon 45 %, also 270 EUR auf den Kinderzuschlag anzurechnen. Hinzu kommt das Kindergeld in Höhe von 250 EUR.

Zusammen sind dem Bedarf des Kindes also 520 EUR Einkommen (270 EUR + 250 EUR) gegenüber zu stellen. Damit kann das Kind seinen SGB II-Bedarf vollständig decken, so dass das Kind für den Kinderzuschlag nicht berücksichtigt werden kann.

Bei der Prüfung, ob mit Kinderzuschlag keine Hilfebedürftigkeit besteht, ist dieses Kind nicht als Mitglied der BG zu betrachten.

(3) Wohnt ein Kind jeweils (nur) zeitweise in beiden Haushalten seiner getrenntlebenden Elternteile, wird bei beiden Elternteilen eine entsprechende Zugehörigkeit in Form der sogenannten temporären BG begründet (zur Berechnung vergleiche [DA C.4.1 Absatz 3](#)).

## C Berücksichtigung von Einkommen und Vermögen

(1) Für die Berechnung des Kinderzuschlags ist zunächst eine Mindesteinkommensgrenze von 900 EUR für Paare bzw. 600 EUR für Alleinerziehende zu erreichen.

(2) Der Anspruch auf Kinderzuschlag für ein Kind (Höchstbetrag) verringert sich, wenn dieses Kind über zu berücksichtigendes Einkommen oder Vermögen verfügt.

(3) <sup>1</sup>Einkommen der Eltern, das ihren Gesamtbedarf übersteigt, wird auf den Gesamtkinderzuschlag angerechnet und reduziert den Anspruch somit langsam, bis er vollständig ausgelaufen ist und sich ein Zahlbetrag von „null“ ergibt. <sup>2</sup>Der Kinderzuschlag kann somit auch in kleinen Beträgen ausgezahlt werden (siehe [DA E.4. Absatz 3](#)).

(4) Für die Berechnung des Kinderzuschlags ist die KiZ-Berechnungshilfe zu nutzen.

### C.1 Mindesteinkommensgrenze

(1) <sup>1</sup>Nach § 6a Absatz 1 Nr. 2 BKGG besteht ein Anspruch auf Kinderzuschlag, wenn mit Ausnahme des Wohngeldes, des Kindergeldes und des Kinderzuschlags Brutto-Einkommen im Sinne des § 11 Absatz 1 Satz 1 **und 2** SGB II in Höhe von mindestens 900 EUR bei Paaren oder bei Alleinerziehenden in Höhe von mindestens 600 EUR vorhanden ist (Mindesteinkommensgrenze). <sup>2</sup>Die Mindesteinkommensgrenze dient einerseits dem Zweck, dass Eltern einfacher erkennen können, ob für sie der Kinderzuschlag in Betracht kommt. <sup>3</sup>Andererseits dient sie dem Ziel, dass insbesondere Eltern, die einen erheblichen Beitrag zur Deckung ihres Lebensunterhalts leisten und mit dem Kinderzuschlag, dem Kindergeld und dem Wohngeld den Gesamtbedarf der BG decken können, den Kinderzuschlag erhalten und somit keine SGB II-Leistungen mehr beantragen müssen.

<sup>4</sup>Für das Erreichen des Mindesteinkommens sind mit Ausnahme des Wohngeldes, des Kindergeldes und des Kinderzuschlags alle Einkommen zu berücksichtigen, also neben einem Bruttolohn aus Erwerbstätigkeit auch Einkünfte aus selbstständiger Tätigkeit und Transferleistungen wie z. B. Alg, BAföG oder Renten sowie sonstige Einkommen, wie z. B. Unterhaltsleistungen, Mieten und Pachten.

(2) <sup>1</sup>Das zur Erreichung der Mindesteinkommensgrenze maßgebliche Einkommen beurteilt sich nach anderen Maßstäben, als das im Übrigen im Rahmen der Anspruchsprüfung zu berücksichtigende Einkommen.

<sup>2</sup>Es sind insbesondere folgende Besonderheiten zu beachten:

- Beträge nach § 11b SGB II sind nicht abzusetzen.
- Das Elterngeld ist im Rahmen der Mindesteinkommensgrenze in voller Höhe zu berücksichtigen.

**Mindesteinkommensgrenze  
Elterneinkommen**

**Anrechnung Kindes-  
einkommen**

**Anrechnung Eltern-  
einkommen**

**Definition:  
Einkommen**

**Besonderheiten**

- Für die Prüfung der Mindesteinkommensgrenze sind bei Studierenden/Auszubildenden die tatsächlich gezahlten Leistungen (BAföG inklusive Darlehensanteil/BAB) zu Grunde zu legen.
- Für das Erreichen der Mindesteinkommensgrenze sind bei Selbstständigen die Betriebseinnahmen ohne vorherige Bereinigung um Ausgaben und gesetzliche Abzüge maßgeblich.
- Bei Bezieherinnen und Beziehern einer Regelaltersrente oder einer Rente wegen voller Erwerbsminderung, die mit einer erwerbsfähigen leistungsberechtigten Person in einer BG leben, wird zur Prüfung der Mindesteinkommensgrenze die gesamte Rente inklusive der Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung herangezogen.
- Bezieht ein Elternteil Unterhaltszahlungen für sich und das Kind (z. B. Ehegattenunterhalt und Kindesunterhalt), wird zur Prüfung der Mindesteinkommensgrenze nicht nach den verschiedenen Unterhaltsarten unterschieden.
- Wird lediglich Kindesunterhalt bezogen, ist dieser nicht zu berücksichtigen.

(3) <sup>1</sup>Für die Prüfung, ob die Mindesteinkommensgrenze von monatlich 900 EUR bzw. 600 EUR erreicht ist, ist das durchschnittliche Brutto-Einkommen der letzten sechs Monate vor Antragstellung<sup>6</sup> zu bilden. <sup>2</sup>Bei diesem Sechs-Monats-Zeitraum handelt es sich um einen festen Bemessungszeitraum (BMZ) nach § 6a Absatz 8 Satz 1 BKGG.

### Durchschnitts- einkommen

#### Beispiel:

Am 25. Oktober 2023 wird ein Antrag auf Kinderzuschlag gestellt. Der BWZ umfasst die Monate Oktober 2023 bis März 2024. Der BMZ umfasst die Monate April 2023 bis September 2023.

<sup>3</sup>Es ist auch dann auf den BMZ von sechs Monaten abzustellen, wenn in diesem Zeitraum kein Einkommen erzielt wurde. <sup>4</sup>Das betrifft u. a. Fälle, in denen lediglich SGB II-Leistungen bezogen wurden und keine Erwerbstätigkeit ausgeübt wurde. <sup>5</sup>In Fällen, in denen der SGB II-Bezug durch Aufnahme einer Beschäftigung überwunden wird, ist daher weder der BMZ auf die Monate der Erwerbstätigkeit zu beschränken noch auf das zu erwartende Einkommen abzustellen. <sup>6</sup>Maßgeblich sind auch hier die sechs Monate vor dem Monat der Antragstellung, so dass ein Anspruch auf Kinderzuschlag ggf. erst nach einigen Monaten der Erwerbstätigkeit in Betracht kommt.

(4) <sup>1</sup>Für das Erreichen der Mindesteinkommensgrenze ist das Einkommen maßgeblich, das in dem festen BMZ zugeflossen ist. <sup>2</sup>Das in den einzelnen Monaten zugeflossene Einkommen wird addiert und

---

<sup>6</sup> Der Monat der Antragstellung entspricht hier und im Folgenden dem 1. Monat des Bewilligungszeitraumes bzw. dem Monat, auf den die Antragstellung wirkt.

das Gesamteinkommen durch sechs geteilt, um einen Durchschnittsbetrag zu ermitteln. <sup>3</sup>Im BMZ zugeflossene einmalige Einnahmen sind ebenfalls zu berücksichtigen. <sup>4</sup>Sie werden zu dem Gesamteinkommen addiert und zusammen damit geteilt. <sup>5</sup>Leistungen nach dem SGB II sind dagegen nach § 6a Absatz 5 Satz 1 BKGG in Verbindung mit § 11a SGB II nicht als Einkommen zu berücksichtigen.

(5) Ausländische Währungen sind zum Kurswert zum Zeitpunkt des Zuflusses der Einnahmen in EUR umzurechnen.

## C.2 Gesamtkinderzuschlag

<sup>1</sup>Der Gesamtkinderzuschlag setzt sich aus der Summe der für jedes Kind einzeln berechneten Kinderzuschläge zusammen, § 6a Absatz 4 BKGG. <sup>2</sup>Bei Berechtigten mit einem Kind entspricht der Kinderzuschlag für dieses Kind dem Gesamtkinderzuschlag. <sup>3</sup>Für die Berechnung des Gesamtkinderzuschlags ist damit zunächst für jedes Kind der individuelle Anspruch auf Kinderzuschlag zu ermitteln. <sup>4</sup>Dazu wird der gesetzlich festgelegte Höchstbetrag um anzurechnendes Einkommen und Vermögen des Kindes gemindert. <sup>5</sup>Danach werden die einzelnen - ggf. wegen Kindeseinkommens oder -vermögens geminderten - Kinderzuschläge addiert. <sup>6</sup>Der dadurch ermittelte Gesamtkinderzuschlag wird anschließend um Einkommen und Vermögen der Eltern gemindert. <sup>7</sup>Der Gesamtkinderzuschlag wird für volle Kalendermonate gezahlt (**vgl. § 5 Absatz 1 BKGG**).

### C.2.1 Monatlicher Höchstbetrag

(1) <sup>1</sup>Der monatliche Höchstbetrag des Kinderzuschlags soll zusammen mit dem Kindergeld einen typisierten einheitlichen Bedarf des Kindes sichern. <sup>2</sup>Er wird entsprechend der Entwicklung des steuerfrei zu stellenden Existenzminimums regelmäßig angepasst.

(2) Abweichend davon war der monatliche Höchstbetrag des Kinderzuschlags für die Zeit vom 1. Juli 2019 bis zum 31. Dezember 2020 festgeschrieben und betrug für jedes zu berücksichtigende Kind 185 EUR (§ 20 Absatz 3 BKGG); **für das Jahr 2023 betrug er 250 EUR (§ 20 Absatz 3a BKGG)**.

(3) Steht das steuerfrei zu stellende Existenzminimum für ein Kalenderjahr zu Beginn des Jahres nicht fest, wird hilfsweise auf die Mindestunterhaltsverordnung für das jeweilige Kalenderjahr abgestellt.

(4) <sup>1</sup>Der jeweilige Höchstbetrag wird der Familienkasse zu Beginn des Jahres mitgeteilt. <sup>2</sup>Eine eigene Berechnung ist nicht vorzunehmen.

(5) <sup>1</sup>Der Höchstbetrag wird nur einmal zu Beginn des Jahres errechnet und festgelegt. <sup>2</sup>Er sinkt nicht unter den Vorjahresbetrag. <sup>3</sup>Ergibt sich aus dem Existenzminimumbericht oder der Mindestunterhaltsverordnung für das aktuelle Kalenderjahr ein geringerer Betrag als im Vorjahr, wird der höhere Betrag des Vorjahres weiterhin als monatli-

## Allgemeines

## Mindestunterhaltsverordnung

## Einmalige Festsetzung



cher Höchstbetrag des Kinderzuschlags angesetzt. <sup>4</sup>Auch unterjährige Änderungen haben auf den Höchstbetrag keinen Einfluss, da die Festsetzung einmalig zum Jahresanfang erfolgt.

(6) <sup>1</sup>Ergibt sich zu Beginn des Kalenderjahres ein höherer Höchstbetrag, ist bei einem laufenden BWZ der Betrag, um den der Höchstbetrag angehoben worden ist, für den restlichen BWZ zusätzlich auszahlbar. <sup>2</sup>Eine Neuberechnung im Einzelfall ist nicht notwendig (siehe auch [DA E.2.1](#)).

#### (7) Entwicklung der Höchstbeträge:

Geltungszeitraum	Höchstbetrag in EUR
bis 31.06.2019	170
01.07.2019 – 31.12.2020	185
01.01.2021 – 31.12.2021	205
01.01.2022 – <b>30.06.2022</b>	209
<b>01.07.2022 – 31.12.2022</b>	<b>229</b>
<b>01.01.2023 – 31.12.2023</b>	<b>250</b>
<b>Seit 01.01.2024</b>	<b>292</b>

### C.2.2 Minderung des Kinderzuschlags durch das Einkommen und Vermögen des Kindes

(1) Der Kinderzuschlag wird um anrechenbares Einkommen und erhebliches Vermögen des Kindes gemindert.

**Anzurechnendes Einkommen und Vermögen**

(2) <sup>1</sup>Einkommen und Vermögen des Kindes sind grundsätzlich von der Familienkasse festzustellen. <sup>2</sup>Die Antragstellenden **geben im Rahmen der Antragstellung an, ob sie oder ihre Kinder über erhebliches Vermögen verfügen.** <sup>3</sup>Wenn dies der Fall ist, haben sie die entsprechenden Nachweise vorzulegen.

#### C.2.2.1 Einkommen des Kindes

(1) <sup>1</sup>Nach § 6a Absatz 3 BKGG ist der Kinderzuschlag für jedes Kind getrennt um das Einkommen des jeweiligen Kindes zu mindern. <sup>2</sup>Damit soll gewährleistet werden, dass sich zusätzliches Einkommen eines Kindes nicht auf das gesamte Familieneinkommen auswirkt und zur Deckung des Bedarfes anderer Familienmitglieder herangezogen wird. <sup>3</sup>Das gilt, unabhängig davon, ob es sich um Erwerbseinkommen, Unterhalt oder Unterhaltsvorschuss handelt.

**Einkommen**

(2) <sup>1</sup>Für die Ermittlung und Berechnung des Einkommens gelten grundsätzlich die Vorschriften der §§ 11 – 11b SGB II (vergleiche auch [FW §§ 11-11b SGB II](#)). <sup>2</sup>Abweichend von § 11 SGB II werden

das Kindergeld, der Kinderzuschlag und das Wohngeld nach § 6a Absatz 3 Satz 2 BKGG nicht als Einkommen berücksichtigt. <sup>3</sup>Auch Leistungen nach dem SGB II und Bildungs- und Teilhabeleistungen sind kein Einkommen. <sup>4</sup>Das Kindergeld wirkt sich jedoch bedarfsmindernd aus.

(3) <sup>1</sup>Kinder haben zumeist bestimmte Arten von Einkünften. <sup>2</sup>Typische, zu berücksichtigende Einkünfte von Kindern sind z. B. Unterhaltszahlungen, Unterhaltsvorschuss- oder Unterhaltsausfallleistungen nach dem UVG, Waisenrenten sowie Stipendien<sup>7</sup>. <sup>3</sup>Diese Einkünfte der Kinder sind in der Regel ohne Abzüge oder Absetzbeträge zu berücksichtigen (Ausnahme: Pauschale nach § 6 **Bürgergeld-V**, soweit eine entsprechende Versicherung abgeschlossen wurde).

<sup>4</sup>Als Einkünfte von erwerbsfähigen Kindern (über 15 Jahren) kommen neben der Ausbildungsvergütung auch Einkünfte aus nichtselbstständiger Arbeit bei Praktika usw. in Betracht. <sup>5</sup>Für die Ermittlung und Berechnung des Einkommens gelten die Vorschriften zur Berechnung des Einkommens der Eltern analog (vergleiche [FW §§ 11 - 11b SGB II](#)).

<sup>6</sup>Zu beachten ist **ab dem 1. Juli 2023** insbesondere, **dass Einkommen aus Schülerjobs in den Ferien unberücksichtigt bleibt** (siehe [FW §§ 11 – 11b SGB II, Rz.11.102 ff.](#)).

**<sup>7</sup>Besonderheiten gelten für erwerbsfähige Leistungsberechtigte, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben und die**

1. eine nach dem BAföG dem Grunde nach förderungsfähige Ausbildung durchführen,
2. eine nach § 57 Absatz 1 des SGB III dem Grunde nach förderungsfähige Ausbildung, eine nach § 51 des SGB III dem Grunde nach förderungsfähige berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme oder eine nach § 54a des SGB III geförderte Einstiegsqualifizierung durchführen,
3. einem Jugend- oder Bundesfreiwilligendienst nachgehen oder
4. als Schülerinnen und Schüler allgemein- oder berufsbildender Schulen außerhalb der in § 11a Absatz 7 genannten Zeiten erwerbstätig sind; dies gilt nach dem Besuch allgemeinbildender Schulen auch bis zum Ablauf des dritten auf das Ende der Schulausbildung folgenden Monats.

<sup>8</sup>Das Taschengeld aus einem Jugend- oder Bundesfreiwilligendienst wird in diesem Zusammenhang wie Einkommen aus Erwerbstätigkeit behandelt (vgl. § 11b Absatz 2b Satz 1 und 2 SGB II).

<sup>9</sup>Von dem erzielten Einkommen aus Erwerbstätigkeit dieser Kinder ist anstelle der Beträge nach § 11b Absatz 1 Satz 1 Nr. 3 bis 5 SGB II der Betrag nach § 8 Absatz 1a SGB IV (Minijob-Grenze)

<sup>7</sup> Beachte bitte § 5 Absatz 3 Stipendienprogramm-Gesetz (StipG)

## Erwerbseinkommen

## Ferienjobs

**Erhöhter Grundabsetzbetrag bei Studierenden, Auszubildenden, Schülerinnen und Schülern sowie im Freiwilligendienst**

abzusetzen (01.07. – 31.12.2023 = 520,00 EUR, seit 01.01.2024 538,00 EUR). <sup>10</sup>Ein nicht verbrauchter Teil dieses Absetzbetrages ist nicht auf anderes Einkommen übertragbar. <sup>11</sup>Des Weiteren ist der Erwerbstätigenfreibetrag gemäß § 11b Absatz 3 SGB II ohne die Stufe nach Satz 2 Nr.1 anzuwenden. <sup>12</sup>Die Berechnungshilfe unterstützt diese Regelungen (nichtselbständiges Einkommen: „Ausbildungsvergütung“ oder „Schüler Einkommen“ = Erwerbseinkommen von Studierenden, Schülerinnen und Schülern unter 25 Jahre; sonstiges Einkommen „Einnahmen aus Freiwilligendiensten“ – Höhe des Absetzbetrages abhängig vom Alter der betreffenden Person).

<sup>13</sup>Leistungen der Ausbildungsförderung sind Einkommen (§ 11a Absatz 3 Satz 2 Nr. 3 und 4 SGB II), das nach § 11b SGB II zu bereinigen ist. <sup>14</sup>Von der BAB und von BAföG-Leistungen (**gilt auch für Ausbildungsgeld und Unterhaltsbeitrag nach dem AFBG**) ist der Grundabsetzbetrag in Höhe von 100 EUR und ggf. darüber hinaus auch höhere ausbildungsbedingte Kosten abzusetzen - auch bei einem Einkommen unter 400 EUR (siehe [FW §§ 11 – 11b SGB II, Rz. 11.153a](#)). <sup>15</sup>**Wird bei Studierenden, Auszubildenden, Schülerinnen und Schülern von dem erzielten Erwerbseinkommen ein Betrag von mindestens 100 EUR abgesetzt, können gegebenenfalls bezogenes BAB/BAföG usw. nicht um weitere 100 EUR Grundabsetzbetrag bereinigt werden (§ 11b Absatz 2b Satz 4 SGB II).**

**Ausbildungsförderung**

<sup>16</sup>Das Einkommen des Kindes ist anhand des in § 6a Absatz 8 Satz 1 BKGG vorgesehenen BMZ zu ermitteln. <sup>17</sup>Der BMZ umfasst die sechs Monate vor Beginn des BWZ. <sup>18</sup>Laufende oder einmalige Einnahmen nach § 11 Absatz 2 SGB II sind somit nur zu berücksichtigen, wenn sie im jeweils maßgeblichen BMZ zufließen. <sup>19</sup>Das in den Monaten des BMZ erzielte Einkommen wird monatlich bereinigt. <sup>20</sup>Anschließend wird das Einkommen addiert und das Gesamteinkommen durch sechs geteilt, um einen Durchschnittsbetrag zu ermitteln.

**BMZ**

(4) Ausländische Währungen sind zum Kurswert zum Zeitpunkt des Zuflusses der Einnahmen in EUR umzurechnen.

(5) Auf den Kinderzuschlag sind 45 Prozent des nach § 11 SGB II zu berücksichtigenden Einkommens des Kindes anzurechnen.

**Minderung KiZ**

Beispiel

Frau S. beantragt Kinderzuschlag. Ihr Sohn Felix ist 16 Jahre und bezieht eine Ausbildungsvergütung. Nach entsprechender Einkommensbereinigung nach § 11 SGB II errechnet sich bei Felix zu berücksichtigendes Einkommen in Höhe von 280 EUR. Dieser Betrag mindert den Kinderzuschlag um 126 EUR (280 EUR x 45 % = anzurechnendes Einkommen). Ein Anspruch auf Kinderzuschlag besteht in Höhe von 166 EUR (292 EUR - 126 EUR).

(6) <sup>1</sup>Der Kinderzuschlag ist im Verhältnis zu anderen möglichen Einkünften des Kindes nachrangig, auch wenn er ggf. – z. B. wegen der Annexleistungen - günstiger wäre (keine Günstigerprüfung). <sup>2</sup>Deshalb besteht nach § 6a Absatz 3 Satz 4 BKGG die Verpflichtung der Antragstellenden bzw. des Kindes und ggf. seines gesetzlichen Ver-

**Nachrangigkeit**

treter, zumutbare Anstrengungen zur Verwirklichung solcher Ansprüche zu unternehmen, bevor der Kinderzuschlag in Anspruch genommen wird. <sup>3</sup>Hierzu gehören insbesondere **die zivilrechtliche Geltendmachung und/oder Durchsetzung von Unterhaltsansprüchen gegen Dritte und die Beantragung vorrangiger Leistungen wie** Unterhaltsvorschuss, Halbwaisenrente, BAföG und BAB. <sup>4</sup>Auf diese möglichen anderen Ansprüche ist durch die Familienkasse hinzuweisen (§ 14 SGB I). <sup>5</sup>Die zumutbaren Anstrengungen, Ansprüche geltend zu machen, sowie deren eventuelle Erfolglosigkeit sind entsprechend nachzuweisen. <sup>6</sup>**Dies ist in der Regel auch durch einen Ablehnungsbescheid möglich; ausnahmsweise jedoch nicht, wenn die Ablehnung aufgrund einer vollständigen Mitwirkungsverweigerung erfolgt.** <sup>7</sup>Maßgeblicher Zeitpunkt hierfür ist der Antragsmonat. <sup>8</sup>In diesem muss nachgewiesen werden, dass innerhalb des BMZ, also in den vorangegangenen sechs Monaten, spätestens aber im Antragsmonat zumutbare Anstrengungen unternommen wurden. <sup>9</sup>Der Kinderzuschlag ist nicht abzulehnen, wenn die zumutbaren Anstrengungen bis zum Zeitpunkt der Entscheidung nachgeholt wurden und dies rechtzeitig nachgewiesen wurde. <sup>10</sup>**Es gibt Fallkonstellationen, in denen die Inanspruchnahme vorrangiger Leistungen nicht (mehr) möglich ist und sich dieser Zustand absehbar nicht ändern wird (z. B. Leistungsausschluss vom Unterhaltsvorschuss bei Wiederheirat, Erreichen des 18. Lebensjahres des Kindes).** <sup>11</sup>Dann ist es ausreichend, die entsprechenden ablehnenden Nachweise einmalig (sofern der Anspruch auf die vorrangige Leistung endgültig ausgeschlossen ist) bzw. alle drei Jahre aktuell beizubringen.

(7) <sup>1</sup>Wenn für ein Kind aus der BG eine vorrangige Leistung nicht beantragt wurde, führt dies dazu, dass für dieses Kind (nicht für alle Kinder in der BG) der Kinderzuschlag abzulehnen ist. <sup>2</sup>Bei der Berechnung ist das Kind nur als Haushaltsmitglied zu berücksichtigen. <sup>3</sup>Wird aufgrund der nachgeholt Beantragung einer vorrangigen Leistung ein erneuter Antrag für dieses Kind gestellt, führt dies nicht zu einer Neuberechnung des laufenden Kinderzuschlagsfalles, da kein Aufhebungstatbestand im Sinne von § 6a Absatz 7 Satz 3 BKGG vorliegt (keine Änderung der BG).

### Folgen für BG bei Nachrangigkeit

(8) <sup>1</sup>Als vorrangige Leistung kommen insbesondere Unterhalt und Unterhaltsvorschuss in Betracht. <sup>2</sup>Erhält die antragstellende Person keinen Unterhalt oder so wenig Unterhalt, dass ergänzend Unterhaltsvorschuss in Betracht kommt<sup>8</sup>, ist sie darauf hinzuweisen, dass vorrangig Unterhalt geltend zu machen bzw. Unterhaltsvorschuss zu beantragen ist, sofern nicht bereits Unterhaltsvorschuss bezogen wird oder jedenfalls beantragt wurde. <sup>3</sup>Unterhaltszahlungen des anderen Elternteils sind auch dann als Einkünfte des Kindes zu berücksichtigen, wenn die Zahlungen an die Antragstellerin/den Antragsteller erfolgen. <sup>4</sup>Zahlungen an Dritte, auch soweit sie unmittelbar zum

### Unterhalt und Unterhaltsvorschuss

---

<sup>8</sup> Weniger als **230** EUR bei einem Kind im Alter von 0 bis 5 Jahren  
Weniger als **301** EUR bei einem Kind im Alter von 6 bis 11 Jahren  
Weniger als **395** EUR bei einem Kind im Alter von 12 bis 17 Jahren

alltäglichen Nutzen des Kindes erfolgen, sind nicht als Unterhaltszahlungen an das Kind zu werten und daher nicht anzurechnen.

<sup>5</sup>Zu den Unterhaltszahlungen zählen daher nicht Zahlungen an Dritte, z. B. Beiträge für Betreuung in Kindertageseinrichtungen und der Kindertagespflege oder für Musikunterricht. <sup>6</sup>Dagegen sind Zahlungen an das Kind als Unterhaltszahlungen anzurechnen, auch wenn diese zweckgebunden, z. B. für Betreuung in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege, geleistet werden. <sup>7</sup>Sachleistungen an das Kind, die sich betragsmäßig nicht quantifizieren lassen, wie z. B. Windeln oder Essensgeld, werden nicht als Unterhalt berücksichtigt.

**<sup>8</sup>Für Kinder mit möglichen Unterhaltsansprüchen ist der Vor-  
druck KiZ-5c oder die entsprechenden Passagen in der Online-  
Antragsstrecke auszufüllen und die jeweiligen Nachweise sind  
beizufügen.** <sup>9</sup>Dies gilt auch bei Antragstellenden, die in einer (neuen)  
Partnerschaft leben und für ihr Kind/ihre Kinder Anspruch auf Unter-  
halt vom anderen Elternteil bzw. auf Unterhaltsvorschuss haben  
(„Patchworkfamilien“). **<sup>10</sup>Bemühungen, mögliche Unterhaltsan-  
sprüche zu realisieren, müssen erkennbar sein.** <sup>11</sup>Ausreichend ist,  
wenn Unterhaltsvorschuss beantragt wurde **oder abgelehnt wurde  
und dies nicht aufgrund einer vollständigen Mitwirkungsverwei-  
gerung erfolgte.** <sup>12</sup>Es reicht nicht aus, wenn im Antrag angegeben  
wird, dass kein Unterhalt oder Unterhaltsvorschuss bezogen wird, o-  
der wenn in der Vergangenheit kein Unterhalt oder Unterhaltvor-  
schuss bezogen wurde. <sup>13</sup>Vielmehr sind die Antragstellenden darauf  
hinzuweisen, dass vorrangig Unterhalt geltend gemacht bzw. Unter-  
haltsvorschuss beantragt werden muss. <sup>14</sup>Werden die notwendigen  
Angaben nicht oder nicht vollständig gemacht bzw. werden die erfor-  
derlichen Nachweise nicht eingereicht, sind diese nachzufordern.  
<sup>15</sup>Dabei ist mit der BK-Vorlage kiz-02 auf die Rechtsfolgen hinzuwei-  
sen. **<sup>16</sup>Verweigert die antragstellende Person die Bemühungen  
um die Inanspruchnahme vorrangiger Leistungen, bspw. durch  
eine entsprechende Erklärung, so ist der Kinderzuschlag für das  
betreffende Kind abzulehnen.**

<sup>17</sup>Bei Vorliegen einer privaten Vereinbarung, dass kein oder nur ge-  
ringer Unterhalt gezahlt wird – zum Beispiel, weil der andere Elternteil  
nicht in der Lage ist, mehr zu zahlen –, sind die Antragstellenden da-  
rauf hinzuweisen, dass vorrangig Unterhaltsvorschuss zu beantragen  
ist. <sup>18</sup>Etwas anderes gilt, wenn bei einem Wechselmodell mit gleichen  
bzw. annähernd gleichen Betreuungsanteilen (13 - 17 Tage pro Mo-  
nat) eine Vereinbarung vorliegt, dass kein Barunterhalt gezahlt wird.  
<sup>19</sup>In diesem Fall genügt die Vorlage der Vereinbarung bzw. eine Be-  
stätigung (z.B. durch das Jugendamt) darüber, dass kein Unterhalt  
zu zahlen ist. <sup>20</sup>Ein Verweis auf den Unterhaltsvorschuss ist dann  
nicht erforderlich.

<sup>21</sup>Bei Vorliegen eines vollstreckbaren Titels ist zu prüfen, aus welchen  
Gründen eine Unterhaltszahlung nicht erfolgt. <sup>22</sup>Für das Vorliegen  
von zumutbaren Anstrengungen reicht es allein nicht aus, dass ein  
Titel vorliegt. <sup>23</sup>Es ist in der Regel erforderlich, weitere Hilfe in An-  
spruch zu nehmen, wie z. B. eine Beistandschaft beim Jugendamt,

## Zahlungen an Dritte

## Nachweis zumut- barer Anstrengungen

## Geringerer Unterhalt

## Kein Barunterhalt bei Wechselmodell

## Vollstreckbarer Titel

Beantragung von Unterhaltsvorschuss, Betreuung der Zwangsvollstreckung.<sup>24</sup>Der Kinderzuschlag ist nachrangig zu Unterhalt und Unterhaltsvorschuss.<sup>25</sup>Das heißt auch, dass Kinderzuschlagszahlungen keinen Einfluss auf etwaige Unterhaltspflichten haben.<sup>26</sup>§ 6c BKGG stellt daher klar, dass der Kinderzuschlag Unterhaltspflichten unberührt lässt, insbesondere nicht mindert.

### C.2.2.2 Vermögen des Kindes

Nach § 6a Absatz 3 BKGG ist Vermögen des Kindes auf den Kinderzuschlag anzurechnen.

#### C.2.2.2.1 Vermögensbegriff

Es gelten die Erläuterungen unter C.3.2.2.1.

#### C.2.2.2.2 Maßgeblicher Bemessungszeitraum für das Vermögen

Es gelten die Erläuterungen unter C.3.2.2.2.

#### C.2.2.2.3 Minderung des Kinderzuschlags durch Vermögen des Kindes

(1) <sup>1</sup>Vom Vermögen des Kindes ist zunächst der Betrag für nicht erhebliches Vermögen, 15.000 EUR für jedes Kind in der Bedarfsgemeinschaft, als Freibetrag abzusetzen. <sup>2</sup>Übersteigt das Vermögen des Kindes den Betrag nach Satz 1, sind nicht ausgeschöpfte Freibeträge der antragstellenden Person und ggf. des Partners sowie des anderen Kindes / der anderen Kinder in der Bedarfsgemeinschaft auf das vermögende Kind zu übertragen (vgl. § 12 Absatz 4 Satz 1 HS 2 SGB II).

(2) <sup>1</sup>Übersteigt das anzurechnende Vermögen des Kindes den nach § 6a Absatz 3 Satz 1 bis 5 BKGG ermittelten monatlichen Anspruch auf Kinderzuschlag, entfällt der Anspruch auf Kinderzuschlag. <sup>2</sup>Der Antrag ist für das Kind wegen zu hohen Vermögens abzulehnen. <sup>3</sup>Handelt es sich um das einzige Kind in der BG, ist die Ablehnung mit dem Hinweis zu versehen, dass jederzeit, ab dem Folgemonat (d. h. dem Monat, der auf den Monat der Antragstellung folgt) ein neuer Antrag gestellt werden kann, sobald das übersteigende Vermögen verbraucht wurde (siehe auch [DA E.3 Absatz 3](#)). <sup>4</sup>Bei der nächsten Antragstellung ist das vorhandene Vermögen des Kindes erneut nach allen Voraussetzungen des § 12 SGB II zu prüfen.

**Anzurechnendes Vermögen des Kindes höher als monatlicher KiZ-Anspruch**

#### Beispiel

Herr B. beantragt Kinderzuschlag ab Januar 2024 für seine 17-jährige Tochter Mia. Der Antragsteller Herr B. hat am 01. Januar ein Geldvermögen von 39.000 EUR und Mia hat ein Vermögen in Höhe von 17.500 EUR auf ihrem Sparbuch. Sie erhält monatlich Unterhalt vom anderen Elternteil in Höhe von 400 EUR.

Zunächst ist die Höhe des Kinderzuschlags (ohne Minderung wegen Einkommens der Eltern) zu berechnen.

Einkommen des Kindes	Unterhalt: 400 EUR
----------------------	--------------------



Berechnung Anrechnungsbetrag	400 EUR x 45 % = 180 EUR
Höhe Kinderzuschlag	292 EUR - 180 EUR = <b>112 EUR</b>

Im zweiten Schritt ist das anzurechnende Vermögen zu ermitteln.

<b>Vermögen von Mia</b>	17.500 EUR
<b>Freibetrag § 12 Absatz 4 Satz 1 HS 1 SGB II (nicht erhebliches Vermögen)</b>	15.000 EUR
<b>Freibetrag § 12 Absatz 4 Satz 1 HS 2 SGB II (nicht verbrauchter Freibetrag von Herrn B.: 40.000 EUR Freibetrag der antragstellenden Person (siehe C.3.2.2.3) abzgl. 39.000 EUR Vermögen)</b>	1.000 EUR
<b>Anzurechnendes Vermögen bei Mia</b>	<b>1.500 EUR</b>

**Das anzurechnende Vermögen von 1.500 EUR übersteigt den errechneten Kinderzuschlag von 112 EUR. Der Antrag auf Kinderzuschlag ist kindbezogen abzulehnen.**

(3) <sup>1</sup>Ist das anzurechnende Vermögen niedriger als der monatliche Anspruch auf Kinderzuschlag, wird es im ersten Monat des BWZ auf den Kinderzuschlag angerechnet. <sup>2</sup>Der Kinderzuschlag wird um das anzurechnende Vermögen gemindert. <sup>3</sup>Ab dem folgenden Monat ist Kinderzuschlag ohne Minderung wegen des Vermögens zu zahlen.<sup>4</sup>Dieser Regelung liegt die typisierende Annahme zu Grunde, dass das den Freibetrag übersteigende Vermögen im ersten Monat verbraucht wird.

**Anzurechnendes Vermögen des Kindes niedriger als monatlicher KiZ-Anspruch**

Beispiel: wie zuvor

Kinderzuschlag wird im März 2024 erneut beantragt. Das Sparvermögen von Mia beträgt am 1. März 16.100 EUR.

<b>Vermögen von Mia</b>	16.100 EUR
<b>Freibetrag § 12 Absatz 4 Satz 1 HS 1 SGB II (nicht erhebliches Vermögen)</b>	15.000 EUR
<b>Freibetrag § 12 Absatz 4 Satz 1 HS 2 SGB II (nicht verbrauchter Freibetrag von Herrn B.: 40.000 EUR Freibetrag der antragstellenden Person (siehe C.3.2.2.3) abzgl. 39.000 EUR Vermögen)</b>	1.000 EUR
<b>Anzurechnendes Vermögen bei Mia</b>	<b>100 EUR</b>

Das anzurechnende Vermögen von 100 EUR liegt unter dem errechneten Kinderzuschlag in Höhe von 112 EUR.

Bei Vorliegen der weiteren Voraussetzungen ist Kinderzuschlag für den BWZ von März bis August 2024 zu bewilligen. Das anzurechnende Vermögen von 100 EUR führt zur Minderung des Kinderzuschlags im Antragsmonat. Für März 2024 werden daher 12 EUR (112 EUR – 100 EUR) gezahlt.

Ab April ist das Vermögen nicht mehr zu berücksichtigen und Kinderzuschlag in Höhe von 112 EUR zu zahlen.



<sup>5</sup>Sofern im Anschluss an den BWZ wieder ein Antrag auf Kinderzuschlag gestellt wird, ist erneut zu prüfen, ob (noch) **erhebliches** Vermögen vorhanden ist.

### C.3 Minderung des Gesamtkinderzuschlags durch Einkommen und Vermögen der Eltern

(1) Die Summe der ggf. nach § 6a Absatz 3 BKGG um das Kindes-einkommen oder -vermögen geminderten Kinderzuschläge bildet den Gesamtkinderzuschlag, § 6a Absatz 5 BKGG.

(2) <sup>1</sup>Liegt das Einkommen der Eltern in dem Einkommensbereich zwischen Mindesteinkommensgrenze (siehe [DA C.1](#)) und Gesamtbedarf der Eltern (siehe [DA C.3.1](#)), wird der Gesamtkinderzuschlag gemindert ausgezahlt.

<sup>2</sup>Darüber hinausgehendes Einkommen sowie das Vermögen der Eltern mindern den Gesamtkinderzuschlag (siehe [DA C.3.2.D](#)).

#### C.3.1 Gesamtbedarf der Eltern

(1) <sup>1</sup>Der Gesamtbedarf der Eltern nach § 6a Absatz 5 Satz 1 und 2 BKGG errechnet sich aus der Summe der Bedarfe der Eltern/des Elternteils und setzt sich zusammen aus:

- den pauschalierten Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes (Regelbedarfe nach § 20 SGB II bzw. § 23 Nr. 1 SGB II und ggf. Leistungen für Mehrbedarfe gemäß § 21 SGB II bzw. § 23 Nr. 2 – 4 SGB II) sowie
- dem prozentualen Anteil der Bedarfe für Unterkunft und Heizung nach dem 12. Existenzminimumbericht der Bundesregierung.

<sup>2</sup>Einmalige Bedarfe gemäß § 24 Absatz 3 SGB II sind nicht anzusetzen.

<sup>3</sup>Der Gesamtbedarf der Eltern ist erreicht, wenn das Einkommen der Eltern dem obigen Betrag entspricht. <sup>4</sup>Bei Studierenden und Personen, die vom Leistungsbezug nach dem SGB II ausgeschlossen sind, sind Besonderheiten zu beachten. <sup>5</sup>Siehe Kapitel [D.1](#) für Studierende und [D.2](#) für Rentenbezieher/innen und sonstige ausgeschlossene Personen.

##### C.3.1.1 Regel- und Mehrbedarfe

(1) Die pauschalierten Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes sind seit 1. Januar **2024** folgendermaßen bemessen:

## Allgemeines

## Regelbedarfe

Berechtigte	Regelbedarf in EUR
Alleinstehende Elternteile	<b>563</b>
Elternpaare (2 x <b>506</b> EUR)	<b>1.012</b>
Kinder unter 6 Jahre	<b>357</b>
Kinder von 6 bis unter 14 Jahre	<b>390</b>
Kinder von 14 bis unter 18 Jahre	<b>471</b>
Kinder von 18 bis unter 25 Jahre, die im Haushalt ihrer Eltern leben	<b>451</b>

(2) <sup>1</sup>Gemäß §§ 21, 23 Nr. 2 - 4 SGB II werden typisierte Mehrbedarfe anerkannt, die nicht von den Regelbedarfen gedeckt sind. <sup>2</sup>Hierzu gehören Mehrbedarfe für

### Mehrbedarfe

- werdende Mütter ab der 13. Schwangerschaftswoche,
- alleinerziehende Elternteile, die mit einem oder mehreren minderjährigen Kindern im gemeinsamen Haushalt leben ([FW § 21 SGB II, Rz. 21.9](#) - ggf. nur anteilig, wenn sich das Kind etwa die Hälfte der Zeit beim anderen Elternteil aufhält; temporäre BG – siehe [DA C. 4.1 Absatz 3](#)),
- erwerbsfähige, behinderte Leistungsberechtigte, die Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben nach § 49 SGB IX (Ausnahme: § 49 Absatz 3 Nr. 2 und 4 SGB IX) sowie sonstige Hilfen zur Erlangung eines geeigneten Platzes im Arbeitsleben oder Eingliederungshilfen erhalten,
- Leistungsberechtigte, die aus medizinischen Gründen einer aufwändigen Ernährung bedürfen,
- Leistungsberechtigte, soweit im Einzelfall ein unabweisbarer, laufender, nicht nur einmaliger besonderer Bedarf besteht (siehe [FW § 21 SGB II](#), Kapitel 6),
- die Erzeugung von Warmwasser durch in der Unterkunft installierte Vorrichtungen (dezentrale Warmwassererzeugung), wenn im Einzelfall kein abweichender Bedarf durch eine separate Messeinrichtung nachgewiesen wird. Der pauschalierte Mehrbedarf beträgt für jede im Haushalt lebende leistungsberechtigte Person sowie
- nichterwerbsfähige Hilfebedürftige, die voll erwerbsgemindert nach dem SGB VI sind und einen Ausweis nach § 152 Absatz 5 SGB IX mit dem Merkzeichen „G“ besitzen, soweit kein Anspruch nach § 21 Absatz 4 SGB II oder § 23 Nr. 2 oder 3 SGB II besteht.

<sup>3</sup>Einmalige Mehrbedarfe nach § 21 Absatz 6 und 6a SGB II sind nicht zu berücksichtigen, da sie nicht laufend im BWZ anfallen. Diese

Mehrbedarfe sind analog der einmaligen Bedarfe nach § 24 SGB II beim SGB II-Träger geltend zu machen.

<sup>4</sup>Die Summe der insgesamt zu zahlenden Mehrbedarfe darf gemäß § 21 Absatz 8 SGB II die Höhe der jeweils zustehenden Regelbedarfe nicht übersteigen. <sup>5</sup>Zur Ermittlung der Mehrbedarfe und deren Höhe siehe im Übrigen die [FW § 21 SGB II](#). <sup>6</sup>Der Kinderbetreuungszuschlag nach § 14b BAföG bzw. § 64 Absatz 3 SGB III und der Mehrbedarf wegen Alleinerziehung sind beide unabhängig voneinander zu gewähren und schließen sich nicht gegenseitig aus.

(3) Für die Mehrbedarfe nach § 23 Nr. 2 - 4 SGB II gelten die [FW 23 SGB II](#) entsprechend.

(4) <sup>1</sup>Für die Ermittlung der Regel- und Mehrbedarfe sind grundsätzlich die zu Beginn des Monats der Antragstellung vorliegenden Verhältnisse maßgeblich (§ 6a Absatz 8 Satz 5 BKGG; Ausnahme: bei Geburt des Kindes im laufenden Monat; siehe [DA C.4.1 Absatz 2](#)). <sup>2</sup>Eine taggenaue Ermittlung der Bedarfe ist nicht vorzunehmen. <sup>3</sup>Die ermittelten Regel- und Mehrbedarfe sind dem gesamten BWZ zugrunde zu legen.

### C.3.1.2 Bedarfe für Unterkunft und Heizung

(1) <sup>1</sup>Zur Feststellung des Gesamtbedarfs der Eltern sind die Bedarfe für Unterkunft und Heizung in dem Verhältnis aufzuteilen, das sich aus dem 12. Bericht der Bundesregierung über die Höhe des Existenzminimums von Erwachsenen und Kindern festgestellten entsprechenden Bedarfen für Alleinstehende, Ehepaare, Lebenspartner-schaften und Kinder ergibt.

Alleinstehende Elternteile mit	Wohnanteil des Elternteils in Prozent	Elternpaare mit	Wohnanteil der Eltern in Prozent
1 Kind	77	1 Kind	83
2 Kindern	63	2 Kindern	71
3 Kindern	53	3 Kindern	62
4 Kindern	46	4 Kindern	55
5 Kindern	40	5 Kindern	50
6 Kindern	36	6 Kindern	45
7 Kindern	33	7 Kindern	41
8 Kindern	30	8 Kindern	38
9 Kindern	27	9 Kindern	35
10 Kindern	25	10 Kindern	33

### Ermittlung der Mehrbedarfe

### Anteilige Wohnkosten

Beispiel

Ein Elternpaar mit zwei minderjährigen Kindern ohne eigenes Einkommen zahlt für seine Wohnung monatlich 800 EUR Warmmiete. Als Wohnbedarf der Eltern sind 71 % von 800 EUR zugrunde zu legen (= 568 EUR).

<sup>2</sup>Der Bedarf für Warmwassererzeugung ist in den Bedarfen für Unterkunft und Heizung enthalten, wenn die Warmwasseraufbereitung zentral erfolgt.

**Warmwasser-  
erzeugung**

(2) <sup>1</sup>Leben Angehörige mit in der Wohnung, die nicht zur BG gehören, z. B. die Großmutter oder ein minderjähriges Kind, das sich aufgrund eigenen Einkommens **und Vermögens** selbst unterhalten kann (sofern es nicht mehr zur BG im Sinne des Kinderzuschlags gehört; siehe [DA B. 3 Absatz 2 Satz 8](#)), wird ein Kopfteil der Miete errechnet und von der Gesamtmiete abgezogen. <sup>2</sup>Anschließend ist der auf die Eltern entfallende Anteil aus der Tabelle gemäß [Absatz 1](#) zu entnehmen

Beispiel

Im Haushalt der Familie R. aus Brandenburg leben das Ehepaar R., zwei Töchter und die Großmutter. Die monatliche Belastung durch die Warmmiete beträgt 605 EUR.

Die Großmutter gehört nicht zur BG. Ihr Wohnanteil muss zunächst abgezogen werden.

605 EUR / 5 = 121 EUR

Es verbleiben Wohnkosten in Höhe von 484 EUR (605,00 EUR – 121,00 EUR). Anschließend ist der Wohnanteil der Eltern zu ermitteln. Dieser beträgt bei einem Elternpaar mit zwei Kindern 71 % und liegt somit bei 343,64 EUR.

(3) <sup>1</sup>Auszubildende oder Studierende unter 25 Jahren, die ausbildungsbedingt eine eigene Wohnung am Ausbildungs- bzw. Studienort haben, gehören nicht mehr zur BG der Eltern. <sup>2</sup>Gehört ein weiteres Kind der BG an, für das ein Anspruch auf Kinderzuschlag besteht, ist zu prüfen, ob das auswärtig untergebrachte Kind zur Haushaltsgemeinschaft der Eltern gehört. <sup>3</sup>Gehört das auswärtig untergebrachte Kind der Haushaltsgemeinschaft der Eltern an, ist bei der Ermittlung des Wohnanteils der Eltern vorab sein Kopfanteil abzuziehen. <sup>4</sup>Ergibt die Prüfung, dass es nicht mehr der Haushaltsgemeinschaft angehört, ist der Wohnanteil der Eltern von den gesamten Bedarfen für Unterkunft und Heizung – ohne Berücksichtigung des auswärtig lebenden Kindes – zu ermitteln.

(4) <sup>1</sup>Soweit ein über 18 Jahre altes Kind ohne Kindergeldanspruch in der BG lebt und das eigene Einkommen dessen Bedarf nicht deckt, wird für dieses Kind zwar kein Kopfteil der Miete errechnet und von der Gesamtmiete abgezogen, der prozentuale Wohnbedarf der Eltern/des Elternteils ist jedoch ohne dieses Kind zu berechnen.

Beispiel

Eine alleinerziehende Mutter lebt mit zwei Kindern im Alter von 16 und 19 Jahren in einer BG. Für den 19-Jährigen besteht kein Kindergeldanspruch.

Der maßgebliche Wohnanteil der Mutter beträgt 77 % (nur Berücksichtigung des Kindes, für welches der Kindergeldanspruch besteht).

<sup>2</sup>Gleiches gilt, wenn in der BG zeitweise ein weiteres Kind lebt (temporäre BG), für das eine andere Person Kindergeld bezieht und für das deshalb in der vorliegenden BG kein Kinderzuschlag beantragt werden kann.

### C.3.1.2.1 Maßgeblicher Bemessungszeitraum für Bedarfe der Unterkunft bei Miete

(1) <sup>1</sup>Bewohnen die Berechtigten den selbst genutzten Wohnraum zur Miete, sind die laufenden monatlichen Bedarfe für den ersten Monat des BWZ maßgeblich (= BMZ für Bedarfe einer Mietunterkunft). <sup>2</sup>Die laufenden Bedarfe setzen sich zusammen aus der Miete und den üblichen Nebenkosten (z. B. Wasser, Abwasser, Müllabfuhr, Straßenreinigung, Schornsteinfeger, Gebäudereinigung, Grundsteuer usw.). <sup>3</sup>Sind in der Miete Aufwendungen für eine Garage oder einen Stellplatz enthalten, sind diese nur dann als Bedarf zu berücksichtigen, wenn die Wohnung ohne die Garage oder den Stellplatz nicht anmietbar ist („fehlende Abtrennbarkeit“; vgl. BSG-Urteil vom 19.05.2021; B 14 AS 39/20 R). <sup>4</sup>Abzustellen ist immer auf die tatsächlichen Bedarfe. <sup>5</sup>Eine Angemessenheitsprüfung wie im SGB II erfolgt nicht. <sup>6</sup>**In Fällen von doppelten Mietzahlungen, z.B. wegen eines Umzuges, kann nur die Miete bzw. die Wohnkosten der aktuellen Wohnanschrift berücksichtigt werden.** <sup>7</sup>Rückzahlungen und Guthaben, die dem Bedarf für Unterkunft und Heizung zuzuordnen sind, z. B. aus einer Neben- oder Betriebskostenabrechnung, mindern die Aufwendungen für Unterkunft und Heizung nicht.

#### Beispiel 1:

Am 5. August 2023 wird ein Antrag auf Kinderzuschlag gestellt. Der BMZ für das Einkommen ist von Februar bis Juli 2023 und der BWZ von August 2023 bis Januar 2024. Die Warmmiete beträgt bis Juli 2023 651,23 EUR und erhöht sich ab August 2023 auf 689,25 EUR. Nach einer Nebenkostenabrechnung ergab sich ein Guthaben von 256,54 EUR, das im März 2023 ausgezahlt wurde.

Für die Prüfung des Anspruchs ist die Warmmiete im Antragsmonat (erster Monat des BWZ) maßgeblich, also hier 689,25 EUR. Die Rückzahlung im März wird nicht berücksichtigt.

#### Beispiel 2:

Wie Beispiel 1, aber nun ergibt die Nebenkostenabrechnung ein Guthaben von 256,54 EUR, das im Antragsmonat August 2023 ausgezahlt werden soll.

Für die Prüfung des Anspruchs ist die Warmmiete im Antragsmonat (erster Monat des BWZ) maßgeblich, also auch hier 689,25 EUR. Die Rückzahlung wird nicht berücksichtigt. Wenn das Guthaben mit der für den Monat August 2023 zu zahlenden Miete vom Vermieter verrechnet und somit nur eine geringere Miete gezahlt wurde, ist auf die eigentliche Miethöhe ohne Verrechnung abzustellen.

(2) <sup>1</sup>Sind in der monatlichen Miete keine Abschläge für Nebenkosten enthalten, weil der Mieter direkt Verträge mit Versorgungsträgern geschlossen hat, z. B. bei einem gemieteten Haus, werden Abschlagszahlungen nur berücksichtigt, sofern sie monatlich gezahlt werden. <sup>2</sup>Werden im ersten Monat des BWZ keine Abschlagszahlungen geleistet, weil z. B. die Abschlagszahlungen in größeren Abständen geleistet werden, sind keine Abschlagszahlungen zu berücksichtigen.

<sup>3</sup>Werden im ersten Monat des BWZ Abschlagszahlungen für mehr als einen Monat gezahlt, werden diese für die Berechnung nicht, auch nicht anteilig, berücksichtigt.

(3) <sup>1</sup>Als Nachweis über die Bedarfe der Unterkunft genügt grundsätzlich der Mietvertrag oder ggf. eine aktuellere Mietbescheinigung oder sonstiger Mietnachweis, sofern sich die Mietzahlungen seit Abschluss des Mietvertrages erhöht haben. <sup>2</sup>Sind der Mietvertrag oder die Mietbescheinigung älter als 1 Jahr, kann zusätzlich ein aktueller Nachweis über die Mietzahlungen im ersten Monat des BWZ verlangt werden. <sup>3</sup>Hierzu genügt in der Regel ein Kontoauszug. <sup>4</sup>Eine jeweils aktuelle Mietbescheinigung konkret für den ersten Monat des BWZ ist dagegen in der Regel nicht erforderlich.

(4) Änderungen der laufenden Miete im BWZ führen nicht zu einer Neuberechnung.

(5) <sup>1</sup>Soweit im laufenden BWZ der Bedarf für die einmalige Beschaffung von Brennstoffen nicht gedeckt werden kann, besteht die Möglichkeit, die Übernahme der einmalig anfallenden Kosten beim Träger der Grundsicherung zu beantragen. <sup>2</sup>Im Bewilligungsbescheid kiz-30 ist der zusätzliche Hinweis auf die Übernahme dieser Kosten durch den Träger der Grundsicherung auszuwählen.

#### **C.3.1.2.2 Maßgeblicher Bemessungszeitraum für Bedarfe der Unterkunft bei Wohneigentum**

(1) <sup>1</sup>Bei Wohneigentum sind die monatlichen Bedarfe für Unterkunft und Heizung aus den durchschnittlichen Monatswerten des letzten Kalenderjahres vor dem BWZ maßgeblich (BMZ für die Bedarfe von Wohneigentum). <sup>2</sup>Dabei kommt es auf die Fälligkeit der einzelnen Zahlungen an. <sup>3</sup>Rückzahlungen oder Nachforderungen im BMZ sind zu berücksichtigen. <sup>4</sup>Die Bedarfe setzen sich in der Regel aus der Grundsteuer, Schuldzinsen, Versicherungen und den üblichen Nebenkosten (z. B. Wasser, Abwasser, Müllabfuhr, Schornsteinfeger usw.) zusammen. <sup>5</sup>Mit Kalenderjahr ist die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember eines Jahres gemeint. <sup>6</sup>Unabweisbare Instandhaltungs- und Reparaturkosten bei selbst genutztem Wohneigentum werden als Unterkunftskosten in tatsächlicher Höhe anerkannt. <sup>7</sup>Einmalig anfallende Aufwendungen für die Beschaffung von Brennstoffen sind bei der Ermittlung der durchschnittlichen monatlichen Unterkunftskosten mit einzubeziehen. <sup>8</sup>Dies gilt auch dann, wenn die Kosten vom SGB II-Träger bezuschusst wurden. <sup>9</sup>Soweit im laufenden BWZ der Bedarf für die einmalige Beschaffung von Brennstoffen nicht gedeckt werden kann, besteht die Möglichkeit, die Übernahme der einmalig anfallenden Kosten beim Träger der Grundsicherung zu beantragen. <sup>10</sup>Im Bewilligungsbescheid kiz- 30 ist der zusätzliche Hinweis auf die Übernahme dieser Kosten durch den Träger der Grundsicherung enthalten.

##### Beispiel:

Herr B. stellt am 11. Juni 2023 einen Antrag auf Kinderzuschlag. Er bewohnt mit seiner Familie ein Einfamilienhaus und es fielen dafür im Kalenderjahr 2022 (01.01. bis 31.12.) folgende Kosten an:

Monatliche Zahlungen	Monatsbetrag	Jahresbetrag
Schuldzinsen (ohne Tilgung)	369 EUR	4.428 EUR
Wasser	45 EUR	540 EUR
Gas	77 EUR	924 EUR

Quartalsweise Zahlungen	Quartalsbetrag	Jahresbetrag
Grundsteuer	350 EUR	1.400 EUR
Gebäudeversicherung	45 EUR	180 EUR
Müllabfuhr	49 EUR	196 EUR

Jährliche Zahlungen		Jahresbetrag
Schornsteinfeger		87 EUR
<b>Summe jährlich</b>		<b>7.755 EUR</b>
Durchschnitt monatlich		646,25 EUR/Monat

Für die Anspruchsprüfung werden im für Wohnkosten maßgeblichen BMZ von Januar bis Dezember 2022 monatlich 646,25 EUR Wohnkosten berücksichtigt.

(2) Liegen für den Wohnraum keine Werte aus dem letzten Kalenderjahr vor, weil z. B. das Eigenheim erst neu bezogen wurde, wird aus den letzten vorliegenden Werten der Monate vor Beginn des BWZ (maximal zwölf Monatswerten) ein Monatswert ermittelt.

Beispiel:

Familie D. hat ihr neu erworbenes Haus im März 2022 bezogen und stellt am 15. Mai 2023 einen Antrag auf Kinderzuschlag. Unterlagen über die maßgeblichen Kosten liegen für die Monate ab März 2022 vor. Da das Haus aber erst im Laufe des Jahres 2022 bezogen wurde und deshalb nicht für das gesamte Kalenderjahr 2022 Kosten angefallen sind, sind nur die durchschnittlichen Kosten aus höchstens zwölf Monaten vor Antragstellung zu berücksichtigen. Das sind in diesem Fall die Kosten aus den Monaten Mai 2022 bis April 2023.

### C.3.2 Berücksichtigung von Einkommen und Vermögen der Eltern

(1) Einkommen der Eltern, das deren eigenen Bedarf übersteigt, und Vermögen der Eltern wirken sich mindernd auf den Gesamtkinderzuschlag aus, § 6a Absatz 6 BKGG.

(2) <sup>1</sup>Kommt eine Minderung des für mehrere Kinder zu zahlenden Kinderzuschlags in Betracht, wird der Gesamtkinderzuschlag gemin-



dert, ohne dass eine Zuordnung des verbleibenden Betrags zu einzelnen Kindern erfolgt. <sup>2</sup>Eine Ausnahme dazu bilden Patchworkfamilien ([siehe DA C.3.2.1.3 Absatz 6](#)).

### C.3.2.1 Einkommen der Eltern

#### C.3.2.1.1 Einkommensbegriff

(1) <sup>1</sup>Für die Minderung des Gesamtkinderzuschlags ist das Einkommen der Eltern nach § 11 SGB II maßgebend. <sup>2</sup>Als Einkommen zu berücksichtigen sind somit Einnahmen in Geld abzüglich der nach § 11b SGB II abzusetzenden Beträge. <sup>3</sup>Die [FW §§ 11-11b SGB II](#) und [FW § 9 SGB II](#) sind zu beachten.

(2) <sup>1</sup>Als Einkommen der Eltern gilt nach § 6a Absatz 5 Satz 2 BKGG das Einkommen, das die dort genannten Personen, die mit dem Kind im gemeinsamen Haushalt leben, erzielen. <sup>2</sup>Dabei kann es sich um alleinerziehende Elternteile, Ehepaare oder eingetragene Lebenspartner sowie in eheähnlichen Gemeinschaften zusammenlebende Paare handeln. <sup>3</sup>Es wird also auch das Einkommen und Vermögen einer Person berücksichtigt, die kein Elternteil des Kindes ist, für das Kinderzuschlag beantragt wird, und zwar auch dann, wenn diese Person kein Kindergeld für dieses Kind beanspruchen kann. <sup>4</sup>Das vom Kind selbst erzielte Einkommen wird nicht als Einkommen der Eltern berücksichtigt.

(3) <sup>1</sup>Soweit es für die Sicherung des Lebensunterhaltes benötigt wird, ist Kindergeld (sowohl Kindergeld nach dem BKGG als auch solches nach dem EStG) für zur BG gehörende Kinder kein Einkommen der Eltern, sondern nach § 11 Absatz 1 SGB II dem Kind als Einkommen zuzuordnen. <sup>9</sup>**Das Kindergeld ist in der nach § 66 Absatz 1 EStG bzw. § 6 Absatz 1 BKGG festgelegten Höhe dem jeweiligen Kind zuzuordnen.** <sup>3</sup>Soweit das Kindergeld nicht für die Sicherung des Lebensunterhaltes benötigt wird, weil das Kind über eigenes Einkommen **und/oder Vermögen** verfügt, mit dem es seinen Bedarf decken kann, wird das Kindergeld als Einkommen der Eltern berücksichtigt. <sup>4</sup>Bei der Frage, ob das Kind seinen Bedarf mit seinem eigenen Einkommen decken kann, ist auf die 45 Prozent-Regelung des § 6a Absatz 3 Satz 3 BKGG abzustellen. <sup>5</sup>Das heißt, das Kindergeld wird nur als Einkommen der Eltern berücksichtigt, soweit es nicht benötigt wird, den Bedarf des Kindes zu decken, weil das Kind seinen Bedarf mit 45 Prozent seines Einkommens selbst decken kann.

#### Kindergeld als Einkommen der Eltern

##### Beispiel 1:

Ein Kind, 5 Jahre, erhält **Unterhalt in Höhe von 600 EUR**.

SGB II-Bedarf (357 EUR RB + 150 EUR BdU) **507 EUR**

Auf den Bedarf anzurechnendes Einkommen

<sup>9</sup> Beim Kinderzuschlag bleibt das Kindergeld bei der Berücksichtigung des Kindeseinkommens gemäß § 6a Absatz 3 Satz 2 BKGG außer Betracht, es wird jedoch bedarfsmindernd berücksichtigt (siehe [DA C.2.2.1. Absatz 2 Satz 2](#))

(45 % von 600 EUR)	270 EUR
Ungedeckter Restbedarf	237 EUR
Kindergeld	250 EUR
Den Bedarf übersteigendes Kindergeld	13 EUR

Ergebnis: **Der Anspruch auf Kinderzuschlag ist für das 5jährige Kind abzulehnen, da es seinen Bedarf deckt. Bei der Berechnung des Kinderzuschlags für mindestens ein weiteres Kind in der BG sind die 13 EUR Kindergeld bei dem antragstellenden Elternteil in der BG als sonstiges Einkommen zu berücksichtigen.**

Beispiel 2 (wie Beispiel 1, aber höhere BdU):

SGB II-Bedarf (357 EUR RB + 300 EUR BdU)	657 EUR
Auf den Bedarf anzurechnendes Einkommen	270 EUR
Ungedeckter Restbedarf	387 EUR
Kindergeld	250 EUR
Den Bedarf übersteigendes Kindergeld	0 EUR

Ergebnis: Das Kindergeld wird vollständig zur Deckung des Bedarfes des Kindes benötigt. Es erfolgt kein Übertrag von Kindergeld auf **den antragstellenden Elternteil**.

(4) <sup>1</sup>Das Kindergeld für außerhalb des Haushaltes lebende Kinder ist grundsätzlich Einkommen der Eltern. <sup>2</sup>Das Kindergeld ist nur dann nicht als Einkommen der Eltern zu berücksichtigen, wenn die Weiterleitung an das jeweilige Kind oder einen Dritten (Abzweigung) explizit nachgewiesen wird. <sup>3</sup>Eine Prüfung von Amts wegen ist nicht vorzunehmen. <sup>4</sup>Stellt das Kind einen Abzweigungsantrag, ist nicht automatisch davon auszugehen, dass bislang eine Weiterleitung erfolgt ist.

(5) <sup>1</sup>Gehören vom SGB II-Leistungsbezug ausgeschlossene Rentnerinnen und Rentner mit einer Altersrente zur BG, wird deren bereinigtes Einkommen auf ihren Bedarf (bestehend aus Regelbedarf, Wohnanteil und etwaigen Mehrbedarfen) angerechnet. <sup>2</sup>Ggf. übersteigendes Einkommen ist auf den Restbedarf der BG zu übertragen (siehe auch [DA D.2](#)).

### Einkommen aus Altersrente

(6) <sup>1</sup>Als Einkommen kann auch die Erfüllung eines Erstattungsanspruchs in Betracht kommen, selbst wenn der Zufluss nicht direkt bei der Antragstellerin oder dem Antragsteller erfolgt. <sup>2</sup>Dies ist der Fall bei der Erfüllung von Erstattungsansprüchen aus vorrangigen Leistungen nach § 12a SGB II gegenüber dem SGB II-Träger. <sup>3</sup>Dabei kommt es nicht darauf an, um welche vorrangige Leistung es sich handelt (Rente, Arbeitslosengeld, Krankengeld, Elterngeld oder Unterhaltsvorschuss etc.).

<sup>4</sup>Entscheidend ist nur, dass der Erstattungsbetrag im BMZ gezahlt wurde, also dem erstattungsberechtigten SGB II-Träger zugeflossen ist. <sup>5</sup>Würde die Erfüllung des Erstattungsanspruchs gegenüber dem SGB II-Träger nicht als Einkommen berücksichtigt werden, hätte dies zur Folge, dass längere Bearbeitungszeiten oder Unsicherheiten, ob ein Anspruch auf eine vorrangige Leistung besteht, ggf. zu Lasten eines möglichen Anspruchs auf Kinderzuschlag gehen könnten.

### Rückwirkende Bewilligung einer Sozialleistung mit Erstattungsanspruch des SGB II-Trägers

Beispiel 1:

Die Antragstellerin hat am 10. Januar 2023 eine Rente wegen Alters beantragt. Bis über die Rente entschieden wird, erbringt der SGB II-Träger Leistungen und hat bereits einen Erstattungsanspruch gegenüber dem Rententräger geltend gemacht. Nachdem die Rente am 5. März 2023 bewilligt wurde, überweist der Rententräger die gesamte Nachzahlung zur Erfüllung des Erstattungsanspruchs an den SGB II-Träger.

Zusammen mit dem Einkommen ihres Ehemannes würde die Rente der Antragstellerin für einen Anspruch auf Kinderzuschlag reichen. Sie stellt daher am 13. April 2023 einen Antrag.

Bei der Ermittlung des durchschnittlichen Einkommens ist die im März an den SGB II-Träger zur Erfüllung des Erstattungsanspruchs überwiesene Rente zu berücksichtigen.

Beispiel 2:

Wie Beispiel 1, nur dass, nachdem die Rente am 5. März 2023 bewilligt wurde, der Rententräger einen Teil der Rente zur Erfüllung des Erstattungsanspruchs an den SGB II-Träger überweist und den restlichen Betrag an die Antragstellerin.

Bei der Ermittlung des durchschnittlichen Einkommens ist die im März an den SGB II-Träger zur Erfüllung des Erstattungsanspruchs überwiesene Rente sowie die an die Antragstellerin überwiesene Rente zu berücksichtigen.

<sup>6</sup>Handelt es sich dagegen um die Erfüllung von Erstattungsansprüchen zwischen Trägern von Leistungen, die jeweils für sich als Einkommen im Kinderzuschlag berücksichtigt werden können (z. B. Arbeitslosengeld und Rente), ist der Erstattungsbetrag nicht als Einkommen für den Kinderzuschlag zu berücksichtigen, um eine Doppelberücksichtigung zu vermeiden.

Beispiel 3:

Ein Elternpaar beantragt Kinderzuschlag im Januar 2023. Im BMZ Juli 2022 bis Dezember 2022 wurde Arbeitslosengeld nach dem SGB III durch die Agentur für Arbeit gezahlt. Der Antragsteller hatte zu Beginn des Leistungsbezugs nach dem SGB III (im Juli 2022) einen Rentenantrag gestellt, der im Dezember 2022 bewilligt wird. Die Nachzahlung geht im Dezember 2022 in voller Höhe an die Agentur für Arbeit, da die Rente geringer ist als der Anspruch auf Arbeitslosengeld.

Die an den SGB III-Träger erstattete Rentennachzahlung ist nicht als Einkommen zu berücksichtigen. Als Einkommen ist nur das tatsächlich zugeflossene Arbeitslosengeld anzuerkennen.

<sup>7</sup>Ergeht über die Erstattung hinaus eine Nachzahlung an den Berechtigten, ist diese entsprechend den §§ 11 ff. SGB II als Einkommen beim Kinderzuschlag zu beachten.

Beispiel 4:

Wie oben, nur dass die Nachzahlung höher ist als der Erstattungsanspruch.

Die Nachzahlung wird im Dezember in Höhe des Erstattungsanspruchs an die Agentur für Arbeit und der darüber hinaus gehende Betrag an den Antragsteller ausgezahlt.

Die im BMZ erfolgte Erstattung an den SGB III-Träger ist nicht als Einkommen zu berücksichtigen. Bei dem an den Antragsteller im BMZ über-

wiesenen Teil der Rentennachzahlung handelt es sich um neben dem tatsächlich gezahlten Arbeitslosengeld zu berücksichtigendes Einkommen. Die Rentennachzahlung ist als Einmalzahlung **zu berücksichtigen**.

(7) <sup>1</sup>Einnahmen sind nur dann nicht als Einkommen zu berücksichtigen, wenn dies in § 6a Absatz 5 BKGG sowie § 11 Absatz 1, § 11a SGB II und § 1 Bürgergeld-V ausdrücklich bestimmt ist. <sup>2</sup>§ 6a Absatz 5 BKGG bestimmt ausdrücklich, dass Wohngeld und Kinderzuschlag nicht als Einkommen zu berücksichtigen sind. <sup>3</sup>**Mutterschaftsgeld stellt seit dem 1. Juli 2023 kein Einkommen mehr dar (§ 11a Absatz 1 Nr. 6 SGB II)**. <sup>4</sup>Baukindergeld und das Bayerische Familiengeld werden ebenfalls nicht als Einkommen berücksichtigt.

## Kein Einkommen

(8) <sup>1</sup>Für Auszubildende/Studierende, die mit mindestens einem eigenen Kind, das das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, in einem Haushalt leben, wird zusätzlich zur Ausbildungsförderung ein Kinderbetreuungszuschlag nach § 14b BAföG bzw. § 64 Absatz 3 SGB III gewährt. <sup>2</sup>Der Kinderbetreuungszuschlag beträgt aktuell **160 EUR** für jedes Kind. <sup>3</sup>Der Kinderbetreuungszuschlag nach § 14b BAföG, § 64 Absatz 3 SGB III wird als zweckbestimmter Teil der Ausbildungsförderung nicht als Einkommen angerechnet.

## Kinderbetreuungszuschlag

(9) <sup>1</sup>Die Berechtigten können während des laufenden Bezuges von Kinderzuschlag ggf. ergänzend Leistungen nach dem SGB II beziehen. <sup>2</sup>Diese Leistungen sind kein Einkommen und werden nicht berücksichtigt. <sup>3</sup>Unter Umständen entstehende Nachzahlungen im Kinderzuschlag bei Folgebewilligungen sind für einen eventuellen Erstattungsanspruch des Grundsicherungsträgers einzubehalten.

### Beispiel:

Familie M. bezieht von April 2023 bis September 2023 Kinderzuschlag. Im August 2023 endet der Minijob von Frau M. und sie beziehen ab August 2023 noch zusätzlich Bürgergeld. Im Oktober 2023 stellt Familie M. erneut einen Antrag auf Kinderzuschlag. Aufgrund des zu berücksichtigenden Einkommens entsteht ein neuer Anspruch auf Kinderzuschlag für Oktober 2023 bis März 2024. Das bezogene Bürgergeld ab August 2023 ist nicht als Einkommen zu berücksichtigen. Der SGB II-Träger ist über die weitere Bewilligung zu informieren. Bei einer verzögerten Bearbeitung des Kinderzuschlags ist die Nachzahlung des Kinderzuschlags für einen eventuellen Erstattungsanspruch des SGB II-Trägers einzubehalten.

(10) Ausländische Währungen sind zum Kurswert zum Zeitpunkt des Zuflusses der Einnahmen in EUR umzurechnen.

(11) <sup>1</sup>Die Aufzählung der Absetzbeträge in § 11b SGB II ist abschließend. <sup>2</sup>Dort nicht als Absetzbeträge aufgeführte Belastungen können nicht berücksichtigt werden. <sup>3</sup>Zur Berücksichtigung titulierter Unterhaltsansprüche vergleiche [FW zu §§ 11 - 11b SGB II, Rz. 11.161 ff.](#)

## Absetzbeträge

(12) <sup>1</sup>Kinderbetreuungskosten können grundsätzlich als notwendige Ausgaben im Sinne des § 11b Absatz 1 Nr. 5 SGB II berücksichtigt werden. <sup>2</sup>Das gilt auch, wenn ein Elternteil keiner Erwerbstätigkeit nachgeht und daher die Kinderbetreuung sichern könnte. <sup>3</sup>Erforderlich für die Berücksichtigung als notwendige Ausgaben ist, dass die Ausgaben mit der Erzielung des Einkommens verbunden sind. <sup>4</sup>Dem Wortlaut von § 11b Absatz 1 Satz 1 Nummer 5 SGB II zufolge muss es sich dabei nicht zwingend um Erwerbseinkommen handeln, so

## Kinderbetreuungskosten

dass ein Abzug auch von sonstigem Einkommen vorgenommen werden kann, sofern eine Verbundenheit der Aufwendungen mit der Erzielung des Einkommens vorliegt (vgl. BSG-Urteil vom 27.09.2011, B 4 AS 180/10 R). <sup>5</sup>Eine solche Verbundenheit kann bezüglich Kinderbetreuungskosten im Zusammenhang mit Erwerbseinkommen immer angenommen werden. <sup>6</sup>Gleiches gilt im Zusammenhang mit Entgeltersatzleistungen (vgl. BSG aaO). <sup>7</sup>Übersteigen die Kinderbetreuungskosten das Nettoeinkommen der Person, die die Kosten geltend gemacht hat, können sie auch vom Einkommen der Partnerin oder des Partners abgesetzt werden, sofern auch hier eine Verbundenheit der Aufwendungen mit der Erzielung des Einkommens angenommen werden kann. <sup>8</sup>Ein Abzug vom Vermögen ist nicht möglich. <sup>9</sup>Besteht allein aufgrund des Abzugs von Kinderbetreuungskosten kein Anspruch auf Kinderzuschlag, weil das Einkommen nach Abzug der Kinderbetreuungskosten zu gering ist, um Hilfebedürftigkeit nach dem SGB II auch über den erweiterten Zugang zu überwinden, so wird den Berechtigten (mit der BK-Vorlage kiz-09) folgendes Wahlrecht hinsichtlich der Berücksichtigung der Kinderbetreuungskosten eröffnet:

1. Die Berechtigten verzichten schriftlich auf die Berücksichtigung der Kinderbetreuungskosten als Abzugsposten, so dass der Kinderzuschlag gewährt werden kann.
2. Die Berechtigten möchten, dass die Kinderbetreuungskosten als Abzugsposten berücksichtigt werden. Wenn sich kein Kinderzuschlagsanspruch errechnet, erfolgt die Ablehnung des Antrages und der Verweis an den Träger für Leistungen nach dem SGB II, da die Hilfebedürftigkeit nicht vermieden werden kann.

<sup>10</sup>Bei der Aufklärung über das Wahlrecht ist insbesondere darauf hinzuweisen, dass sich Bezieher/innen von Kinderzuschlag von den KiTa-Gebühren befreien lassen können.

### **C.3.2.1.2 Maßgeblicher Bemessungszeitraum für das Einkommen**

(1) <sup>1</sup>Für die Anspruchsprüfung ist ein fester BMZ für das Einkommen maßgeblich. <sup>2</sup>Der BMZ umfasst die sechs Monaten vor Beginn des BWZ.

#### Beispiel 1:

Am 25. Juni 2023 wird ein Antrag auf Kinderzuschlag gestellt. Der BWZ umfasst die Monate Juni 2023 bis November 2023. Der BMZ umfasst die Monate Dezember 2022 bis Mai 2023.

#### Beispiel 2:

Wegen Änderung der Zusammensetzung der BG wird eine Kinderzuschlagsbewilligung ab August 2023 aufgehoben. Der Aufhebungsbescheid geht der Kinderzuschlagsberechtigten erst am 2. Oktober zu, sie beantragt am 30. Oktober den Kinderzuschlag neu. BWZ ist der Zeitraum von August 2023 bis Januar 2024 (vgl. [DA E.2.2.3](#)). BMZ ist der Zeitraum von Februar 2023 bis Juli 2023.

(2) <sup>1</sup>Für die Anspruchsprüfung ist das in dem festen BMZ zugeflossene Einkommen maßgeblich. <sup>2</sup>Das in den Monaten des BMZ erzielte Einkommen wird monatlich bereinigt. <sup>3</sup>Anschließend wird das Einkommen addiert und das Gesamteinkommen durch sechs geteilt, um

den Durchschnittsbetrag zu ermitteln. <sup>4</sup>Im BMZ zugeflossene einmalige Einnahmen sind ebenfalls zu berücksichtigen. <sup>5</sup>Leistungen nach dem SGB II sind dagegen nach § 6a Absatz 5 Satz 1 BKGG in Verbindung mit § 11a SGB II nicht als Einkommen zu berücksichtigen.

Beispiel:

Der Antrag auf Kinderzuschlag wird am 5. Februar 2023 gestellt. BMZ ist der Zeitraum von August 2022 bis Januar 2023. Im August 2022 hat die Antragstellerin nur Leistungen nach dem SGB II bezogen. Von September 2022 bis Januar 2023 hat die Antragstellerin Einkommen aus nichtselbstständiger Tätigkeit erzielt und ergänzend Leistungen nach dem SGB II erhalten. Als Einkommen im BMZ ist nur das Einkommen aus nichtselbstständiger Tätigkeit von September 2022 bis Januar 2023 zu berücksichtigen. Diese Beträge sind zu addieren und durch sechs zu teilen.

(3) <sup>1</sup>Die Einkommensermittlung erfolgt nach §§ 11 bis 11b SGB II. <sup>2</sup>Die Ermittlung des anzurechnenden Einkommens ist getrennt für jede Person vorzunehmen. <sup>3</sup>Das Einkommen der Eltern ist nach der monatlichen Einkommensbereinigung für die Ermittlung des Durchschnittseinkommens zu addieren.

(4) Werden in dem BMZ nicht nur Einnahmen aus nichtselbstständiger Erwerbstätigkeit bezogen, werden sämtliche Einnahmen (z. B. auch Einkommen aus selbstständiger Tätigkeit, Alg, Krankengeld, Elterngeld) nach der monatlich getrennten Bereinigung addiert und durch die Anzahl der Monate des BMZ (immer sechs) geteilt.

Beispiel 1:

In dem BMZ von Dezember 2022 bis Mai 2023 wird für die Monate Dezember bis März bereinigtes Einkommen aus nichtselbstständiger Tätigkeit von monatlich 1.550 EUR erzielt und für April und Mai 2023 Krankengeld von monatlich 860 EUR. Darüber hinaus fließt im Januar 2023 bereinigtes Weihnachtsgeld von 800 EUR zu.

Das monatlich anzurechnende Einkommen ermittelt sich aus

Berechnung	in EUR
4 x 1.550 EUR für Dezember 2022 bis März 2023	6.200 EUR
zzgl. 2 x 860 EUR für April und Mai 2023	1.720 EUR
zzgl. Weihnachtsgeld	800 EUR
Summe gesamt	8.720 EUR
Durchschnitt monatlich (geteilt durch 6)	1.453,33 EUR

Für die Berechnung wird das durchschnittliche Einkommen von 1.453,33 EUR berücksichtigt. Die einmalige Einnahme Weihnachtsgeld wird mit in die Berechnung einbezogen.

Beispiel 2:

In dem BMZ von Dezember 2022 bis Mai 2023 wird für die Monate Dezember bis Januar kein Einkommen und für die Monate Februar bis Mai bereinigtes Einkommen aus nichtselbstständiger Tätigkeit von monatlich 1.550 EUR erzielt.

Das monatlich zu berücksichtigende Einkommen ermittelt sich aus



Berechnung	in EUR
4 x 1.550 EUR für Februar bis Mai 2023	6.200 EUR
Durchschnitt monatlich (geteilt durch 6)	1.033,33 EUR

Für die Berechnung wird das durchschnittliche Einkommen von 1.033,33 EUR berücksichtigt.

(5) <sup>1</sup>Es ist auch dann auf den BMZ von sechs Monaten abzustellen, wenn in diesem Zeitraum kein Einkommen erzielt wurde. <sup>2</sup>Das betrifft u. a. Fälle, in denen lediglich SGB II-Leistungen bezogen wurden und keine Erwerbstätigkeit ausgeübt wurde. <sup>3</sup>In Fällen, in denen der SGB II-Bezug durch Aufnahme einer Beschäftigung überwunden wird, ist daher weder der BMZ auf die Monate der Erwerbstätigkeit zu beschränken noch auf das zu erwartende Einkommen abzustellen. <sup>4</sup>Maßgeblich sind auch hier die sechs Monate vor Antragstellung, so dass ein Anspruch auf Kinderzuschlag ggf. erst nach einigen Monaten der Erwerbstätigkeit in Betracht kommt. <sup>5</sup>Zur Vermeidung monatlicher Anträge besteht die Möglichkeit, im Rahmen einer individuellen Beratung über die Rechtslage zu informieren. <sup>6</sup>Hierbei ist zwingend darauf hinzuweisen, dass die Beratung für die Zukunft auf einer fiktiven Berechnung beruht.

#### C.3.2.1.3 Minderung des Gesamtkinderzuschlags durch Elterneinkommen

(1) <sup>1</sup>Der Gesamtkinderzuschlag wird um das den Gesamtbedarf der Eltern übersteigende Einkommen gemindert. <sup>2</sup>Dabei mindert Erwerbseinkommen den Gesamtkinderzuschlag um 45 Prozent des Betrags, den die monatlichen Erwerbseinkünfte den Gesamtbedarf der Eltern übersteigen. <sup>3</sup>Anderes Einkommen der Eltern mindert den Gesamtkinderzuschlag in voller Höhe, also zu 100 Prozent. <sup>4</sup>Zu den anderen Einnahmen gehören z. B. Krankengeld, Alg, und Renten.

(2) <sup>1</sup>Der Begriff der Erwerbseinkünfte in § 6a Absatz 6 Satz 2 BKGG stimmt mit dem Begriff des Einkommens aus Erwerbstätigkeit in § 11b Absatz 3 SGB II überein. <sup>2</sup>Erwerbseinkünfte im Sinne von § 6a Absatz 6 Satz 2 BKGG sind Einkünfte aus einer nichtselbstständigen oder selbstständigen Tätigkeit. <sup>3</sup>Die Tätigkeit muss darauf gerichtet sein, unter Einsatz der Arbeitskraft Erträge zur Bestreitung des Lebensunterhaltes zu erzielen (BVerwG, Urteil vom 21. Juli 1994, [5 C 32/91](#), [BVerwGE 96, 246](#)). <sup>4</sup>Der zeitliche Umfang der Arbeitszeit oder das Bestehen von Sozialversicherungspflicht sind unerheblich.

<sup>5</sup>Erwerbseinkünfte sind auch:

- das Arbeitsentgelt aus einer geringfügigen oder kurzfristigen Tätigkeit,
- die Ausbildungsvergütung von Personen in betrieblicher Berufsausbildung,
- das Arbeitsentgelt von Personen, die gemeinnützige Arbeit leisten,

#### Erwerbseinkommen



- das Arbeitsentgelt von Personen, die im Arbeitsbereich einer Werkstatt für behinderte Menschen beschäftigt sind, sowie
- das Insolvenzgeld, die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall und das Kurzarbeitergeld als Lohnersatz bei einem weiterhin bestehenden Beschäftigungsverhältnis.

(3) Keine Erwerbseinkünfte sind

- Entgeltersatzleistungen wie z. B. Alg, Krankengeld oder
- Sonstige Einkünfte z. B. aus Vermietung/Verpachtung, Unterhaltsansprüchen.

(4) Wenn das zu berücksichtigende Einkommen der Eltern nicht nur aus Erwerbseinkünften besteht, ist nach § 6a Absatz 6 Satz 2 BKGG davon auszugehen, dass die Überschreitung des Gesamtbedarfs der Eltern vorrangig durch die Erwerbseinkünfte verursacht wird, wenn nicht die Summe der anderen Einkommensteile für sich genommen den Gesamtbedarf übersteigt.

## Anrechnungsreihenfolge

### Beispiel

Die alleinerziehende Mutter T. hat zwei Kinder (8 und 11 Jahre) und erhält

Berechnung	in EUR
Unterhalt	450 EUR
Zu berücksichtigende Erwerbseinkünfte	600 EUR
Zu berücksichtigende Gesamteinkünfte	1050 EUR

Mit einem Gesamteinkommen von **1050 EUR** liegt Frau T. mit **32,32 EUR** über ihrem Bedarf von **1017,68 EUR** (Regelbedarf von **563 EUR** + Mehrbedarf von **202,68 EUR** (36 % von **563 EUR**) + Wohnkosten in diesem Fall von **252 EUR** (**63 % von 400 Miete**)). Kinderzuschlag wird nach § 6a Absatz 6 Satz 3 BKGG um **14,54 EUR** (**32,32 EUR x 45%**) gemindert.

(5) <sup>1</sup>Wenn die Summe der anderen Einkommensteile für sich genommen den Gesamtbedarf übersteigt, aber außerdem noch Erwerbseinkünfte zu berücksichtigen sind, ist der Gesamtkinderzuschlag zuerst um die den Gesamtbedarf der Eltern übersteigenden anderen Einkommensteile voll zu mindern. <sup>2</sup>Anschließend sind die Erwerbseinkünfte anzurechnen.

### Beispiel

Das Rentnerehepaar X., drei Kinder (12, 14, 16 Jahre alt), hat ein monatliches Einkommen von

Berechnung	in EUR
Rente	1.450 EUR
Zu berücksichtigende Erwerbseinkünfte	300 EUR
Zu berücksichtigendes Gesamteinkommen	1.750 EUR

Bereits die Rente übersteigt den Gesamtbedarf des Rentnerehepaares von **1412 EUR** (Regelbedarf von **1012 EUR** + Wohnkosten in Höhe von **400 EUR**) um **38 EUR**. Um diesen Betrag wird der Gesamtkinderzuschlag ( $3 \times 292 \text{ EUR} = 876 \text{ EUR}$ ) gemindert. Der verbleibende Gesamtkinderzuschlag von **838 EUR** ( $876 \text{ EUR} - 38 \text{ EUR}$ ) wird wegen der Erwerbseinkünfte nochmals um **135 EUR** ( $300 \text{ EUR} \times 45 \%$ ) gemindert. Der zustehende Kinderzuschlag beträgt **703 EUR** ( $838 \text{ EUR} - 135 \text{ EUR}$ ).

(6) <sup>1</sup>Eine Aufteilung des Kinderzuschlags für ein Kind auf mehrere Personen ist nicht möglich. <sup>2</sup>Jedoch kann sich in einer BG mit Stiefkindern ergeben, dass jeweils die leiblichen Elternteile kindergeldberechtigt für ihr Kind sind und somit der Gesamtkinderzuschlag aufzuteilen ist. <sup>3</sup>In diesem Fall ist die Minderung des verbleibenden Gesamtkinderzuschlags entsprechend dem Verhältnis vorzunehmen, das dem Anteil der jeweiligen Kinderzuschläge am Gesamtkinderzuschlag entspricht.

### Sonderfall: Minderung des Gesamtkinderzuschlags in Patchworkfamilien

#### Beispiel

Eine „Patchworkfamilie“ bestehend aus zwei unverheirateten Elternteilen, die je ein eigenes Kind (5 und 8 Jahre) haben, beantragt Kinderzuschlag. Das zu berücksichtigende Elterneinkommen beträgt **1538 EUR**. Das 8-jährige Kind hat eigenes zu berücksichtigendes Einkommen in Höhe von **100 EUR**. Die Miete beträgt 600 EUR.

Die Mindesteinkommensgrenze von 900 EUR wird mit dem Einkommen der Eltern erreicht.

Ermittlung des Bedarfs der Familie:

Berechnung	in EUR
Elternpaar Regelbedarf je <b>506 EUR</b>	<b>1.012 EUR</b>
Kind 1 Regelbedarf	<b>390 EUR</b>
Kind 2 Regelbedarf	<b>357 EUR</b>
BdU	600 EUR
Gesamtbedarf	<b>2.359 EUR</b>

Ermittlung des Gesamtbedarfs der Eltern:

Berechnung	in EUR
2 x Regelbedarf 506 EUR	<b>1.012 EUR</b>
Miete x 71%	426 EUR
Gesamtbedarf der Eltern	<b>1.438 EUR</b>

Ermittlung des Gesamtkinderzuschlags:

Berechnung	in EUR
Kind 1: Minderung Kindseinkommen 45 % von 100 EUR 45 EUR anzurechnen <b>292 EUR – 45 EUR = 247 EUR</b>	<b>247 EUR</b>
Kind 2: Ungeminderter KiZ	<b>292 EUR</b>
Gesamtkinderzuschlag	<b>539 EUR</b>

Das zu berücksichtigende Einkommen übersteigt den Gesamtbedarf der Eltern um **100 EUR**.

Der Gesamtkinderzuschlag ist daher wie folgt zu mindern:

Berechnung	in EUR
Gesamtkinderzuschlag	<b>539 EUR</b>
Abzüglich anzurechnendes Elterneinkommen (100 EUR x 45 %)	<b>45 EUR</b>
Verbleibender Gesamtkinderzuschlag (gerundet nach § 11 Absatz 2 BKGG)	<b>494 EUR</b>

Da vorliegend jeder Elternteil nur für sein Kind kindergeldberechtigt ist, ist den jeweiligen Berechtigten nur der auf ihr Kind entfallende Teil am Kinderzuschlag auszuzahlen. Die Minderung des Gesamtkinderzuschlags ist dabei entsprechend der Anteile am Gesamtkinderzuschlag vorzunehmen.

Anteile	in %
Anteil Kind 1 am Gesamtkinderzuschlag (247 EUR von 539 EUR)	45,83 %
Anteil Kind 2 am Gesamtkinderzuschlag (292 EUR von 539 EUR)	54,17 %

Damit ist die Minderung des Elterneinkommens von 45,00 EUR wie folgt zu verteilen:

Berechnung	in EUR
Kind 1 Minderung 45,83 % von 45 EUR = 20,62 EUR	247 EUR – 20,62 EUR = 226,38 EUR; rund <b>226 EUR</b>
Kind 2 Minderung 54,17 % von 45 EUR = 24,38 EUR	292 EUR – 24,38 EUR = 267,62 EUR; rund <b>268 EUR</b>

Mit dem zu berücksichtigenden Elterneinkommen von 1.538 EUR, dem ermittelten Kinderzuschlag von 494 EUR, dem Einkommen des Kindes 1 von 100 EUR und dem zustehenden Kindergeld von 500 EUR (insgesamt 2.632 EUR) wird der Bedarf der Familie von 2.359 EUR gedeckt. Somit ist Kinderzuschlag zu gewähren. Für Kind 1 ergibt sich ein Auszahlungsbetrag von 226 EUR, für Kind 2 sind 268 EUR auszuzahlen.

### C.3.2.2 Vermögen der Eltern

**Nach § 6a Absatz 5 und 6 BKGG ist Vermögen der Eltern auf den Kinderzuschlag anzurechnen.**

#### C.3.2.2.1 Vermögensbegriff

(1) <sup>1</sup>Der Umfang des zu berücksichtigenden Vermögens richtet sich nach § 12 SGB II. <sup>2</sup>Zu berücksichtigen ist Vermögen nur, soweit es erheblich ist. <sup>3</sup>Gemäß § 12 Absatz 4 Satz 1 HS 1 SGB II ist Vermögen erheblich, wenn es in der Summe 40.000 EUR für die antragstellende Person sowie 15.000 EUR für jede weitere mit dieser in Bedarfsgemeinschaft lebende Person übersteigt. <sup>4</sup>Eine selbstbewohnte Immobilie wie z. B. ein Eigenheim (inklusive Grundstück) oder eine Eigentumswohnung unabhängig von der Größe ist nicht als erhebliches Vermögen zu berücksichtigen (vgl. § 12 Absatz 4 Satz 2 SGB II).

## Ermittlung des Vermögens

(2) <sup>1</sup>Wenn bei der Antragstellung angegeben wird, dass der Antragstellende, sein(e) Partner(in) und die im Haushalt lebenden Kinder gemeinsam über ein erhebliches Vermögen verfügen, sind die Vermögenswerte der einzelnen Personen in der BG nachzuweisen. <sup>2</sup>Zunächst ist zu bestimmen, ob diese Vermögensgegenstände nach § 12 SGB II dem Grunde nach als **verwertbares Vermögen** anzusehen sind. <sup>3</sup>**Nicht zu berücksichtigen sind u.a. für die Altersvorsorge bestimmte Versicherungsverträge sowie andere Formen der Altersvorsorge, wenn sie ausdrücklich als Altersvorsorge nach dem AltZertG anerkannt sind** (vgl. § 12 Absatz 1 Satz 2 SGB II). <sup>4</sup>Soweit die Vermögensgegenstände zu berücksichtigen sind, ist ihr Verkehrswert zu bestimmen. <sup>5</sup>Der Betrag ist das für die Minderung des Gesamtkinderzuschlags maßgebende Vermögen.

(3) <sup>1</sup>Der Kinderzuschlag kann bei nicht sofortiger Vermögensverwertung nicht in Form eines Darlehens gewährt werden. <sup>2</sup>Liegt berücksichtigungsfähiges Vermögen vor, bei dem ein sofortiger Zugriff bzw. eine sofortige Verwertung nachweislich nicht möglich ist, ist der Kinderzuschlag bei Vorliegen der sonstigen Anspruchsvoraussetzungen für einen BWZ zu gewähren. <sup>3</sup>Der Antragsteller ist zur Verwertung aufzufordern. <sup>4</sup>Danach ist jeweils erneut die Verwertbarkeit des Vermögens zu prüfen.

### C.3.2.2.2 Maßgeblicher Bemessungszeitraum für das Vermögen

<sup>1</sup>Maßgeblicher Zeitpunkt (BMZ) für die Beurteilung des Vermögens ist nach § 6a Absatz 8 Satz 5 BKGG der Beginn des BWZ (erster Tag). <sup>2</sup>**Während Einkommen alles das ist, was jemand im BMZ wertmäßig dazu erhält, ist Vermögen grundsätzlich alles das, was an Geld, Geldwertem, Sachen und Rechten bereits vorhanden ist** (vergleiche BSG-Urteile vom 30.7.2008, B14/7b AS 12/07 R und B14/11 AS 17/07 R). <sup>3</sup>Im Rahmen des Kinderzuschlags ist dabei zu berücksichtigen, dass es zu keiner doppelten Berücksichtigung kommen darf, da der BMZ für Einkommen und der BMZ für Vermögen unterschiedlich sind. <sup>4</sup>Einkommen, das im BMZ zugeflossen ist, darf somit nicht im Antragsmonat als Vermögen berücksichtigt werden.

### C.3.2.2.3 Minderung des Gesamtkinderzuschlags durch Vermögen der Eltern

(1) <sup>1</sup>**Vom Vermögen der Eltern ist zunächst der Betrag für nicht erhebliches Vermögen, 40.000 EUR für den antragstellenden Elternteil und 15.000 EUR für den/die Partner/in als Freibetrag abzusetzen.** <sup>2</sup>Übersteigt das Vermögen der antragstellenden Person und ggf. des Partners den Betrag nach Satz 1, sind nicht ausgeschöpfte Freibeträge des Kindes / der Kinder in der Bedarfsgemeinschaft auf die antragstellende Person und ggf. den Partner zu übertragen. (vgl. § 12 Absatz 4 Satz 1 HS 2 SGB II).

(2) <sup>1</sup>Übersteigt das anzurechnende Vermögen der Eltern den ermittelten monatlichen Anspruch auf Kinderzuschlag, entfällt der An-

spruch auf Kinderzuschlag. <sup>2</sup>Der Antrag ist abzulehnen. <sup>3</sup>Die Ablehnung gilt grundsätzlich nur für den Antragsmonat und ist mit dem Hinweis zu versehen, dass, sobald das übersteigende Vermögen verbraucht wurde, jederzeit ein neuer Antrag gestellt werden kann, frühestens aber ab dem Folgemonat der Ablehnung.

(3) <sup>1</sup>Ist das anzurechnende Vermögen niedriger als der monatliche Anspruch auf Kinderzuschlag, wird es im ersten Monat des BWZ entsprechend angerechnet. <sup>2</sup>Der Kinderzuschlag wird um das anzurechnende Vermögen gemindert. <sup>3</sup>Ab dem folgenden Monat ist Kinderzuschlag ohne Minderung wegen des Vermögens zu zahlen.

#### C.4 Keine Hilfebedürftigkeit nach dem SGB II

(1) <sup>1</sup>Durch die Zahlung des Kinderzuschlags muss ein ggf. vorhandener ungedeckter Bedarf nach dem SGB II gedeckt sein. <sup>2</sup>Das heißt, es darf mit dem Kinderzuschlag keine Hilfebedürftigkeit nach dem SGB II bestehen (§ 6a Absatz 1 Nr. 3 BKGG). <sup>3</sup>Eine Ausnahme besteht lediglich im Rahmen des erweiterten Zugangs (siehe [DA C.4.2](#)). <sup>4</sup>Ob Hilfebedürftigkeit besteht, richtet sich nach den Regelungen des SGB II.

#### Ziel des KiZ

##### C.4.1 Hilfebedürftigkeitsbegriff

(1) <sup>1</sup>Hilfebedürftigkeit nach § 9 SGB II liegt bei Personen vor, die ihren Lebensunterhalt und den Lebensunterhalt der mit ihnen in einer BG lebenden Personen nicht oder nicht ausreichend aus eigenen Kräften und Mitteln, vor allem aus dem zu berücksichtigenden Einkommen oder Vermögen, sichern können und die erforderliche Hilfe nicht von anderen erhalten. <sup>2</sup>Hilfebedürftigkeit im Sinne § 9 SGB II kann nur bei Personen bestehen, die zu einer BG nach § 7 Absatz 3 SGB II gehören. <sup>3</sup>Auch die nach § 7 Absatz 1, 4, 4a, SGB II ausgeschlossenen Personen können daher als Berechtigte einen Kinderzuschlag erhalten, wenn sie mit einer/einem erwerbsfähigen Leistungsberechtigten eine BG bilden (siehe [DA B. 3 Absatz 2 Satz 4 ff.](#)).

#### Hilfebedürftigkeit

(2) <sup>1</sup>Die Feststellung der Bedürftigkeit nach § 9 SGB II ergibt sich aus der Gegenüberstellung des Bedarfs der BG (Regelbedarfe, Bedarfe für Unterkunft und Heizung und laufende Mehrbedarfe) und dem nach §§ 11 – 12 SGB II zu berücksichtigenden Einkommen und Vermögen. <sup>2</sup>Die Bedarfe für Bildung und Teilhabe nach § 28 SGB II bleiben unberücksichtigt. <sup>3</sup>Einmalige Bedarfe nach § 24 Absatz 3 SGB II und § 21 Absatz 6 und 6a SGB II werden ebenfalls nicht berücksichtigt. <sup>4</sup>Abweichend vom SGB II sind für die Berechnung der Bedarfe die Verhältnisse maßgebend, die am ersten Tag des BWZ vorliegen (§ 6a Absatz 8 Satz 5 BKGG). <sup>5</sup>Eine taggenaue Berechnung der Bedarfe ist nicht vorzunehmen.

##### Beispiel:

Das Kind wird im Antragsmonat 14 Jahre alt.

Heranzuziehen ist der Regelbedarf für ein Kind unter 14 Jahren.

<sup>6</sup>Bei Geburt eines Kindes im Laufe des Antragsmonats, ist der volle Regelbedarf für ein Kind unter sechs Jahren zu berücksichtigen.

<sup>7</sup>Das den Bedarfen der BG gegenüberzustellende Einkommen ermittelt sich nach § 6a Absatz 8 Satz 1 BKGG in Verbindung mit §§ 7, 11-11b SGB II. <sup>8</sup>Bei der Berechnung des Bedarfs nach SGB II ist der Mietanteil nach den Regelungen des SGB II, das heißt nach Kopfan- teil, zu ermitteln.

Berücksichtigung der Wohnkosten zur	Rechtsgrundlage und Auswirkungen
Ermittlung des SGB II-Bedarfs	<ul style="list-style-type: none"> <li>• §§ 20 ff. SGB II</li> <li>• BdU: Kopfan- teil</li> </ul>
Ermittlung des Gesamtbe- darfs der Eltern	<ul style="list-style-type: none"> <li>• § 6a BKGG</li> <li>• BdU: Anteilige Wohnkosten nach 12. Exis- tenzminimumbericht</li> </ul>

<sup>9</sup>Ein Kind, das über eigenes Einkommen verfügt und damit seinen eigenen Bedarf decken kann, gehört bei der Prüfung, ob Hilfebedürftigkeit nach dem SGB II besteht, nicht zur BG. Es wird aber bei der Prüfung, ob das Kind zur BG im Sinne des Kinderzuschlags gehört (vgl. [DA B.3 Absatz 2 Satz 11](#) und [DA C.2.2.1 Absatz 5](#)) zu 100 Prozent berücksichtigt. <sup>10</sup>Gehört das Kind zwar zur BG im Sinne des Kinderzuschlags, nicht jedoch zur BG nach dem SGB II, hat dies ggf. weitere Auswirkungen auf die Berechnung, z. B. bei der Höhe der Erwerbstätigenfreibeträge. <sup>11</sup>Bei der Berechnung des SGB II-Bedarfs sind stets die tatsächlichen Bedarfe der Unterkunft und Heizung des entsprechenden BMZ für Miete und Eigentum anzusetzen (vgl. [DA C.3.1.2.1/ C.3.1.2.2](#)).

(3) <sup>1</sup>Hält sich ein Kind nur zeitweise – im Sinne einer temporären BG - im Haushalt auf, kommt es für die Berücksichtigung der Bedarfe da- rauf an, um welchen Haushalt es sich handelt: um den Haushalt, in dem sich das Kind überwiegend oder jedenfalls zur Hälfte aufhält und in dem das Kindergeld für dieses Kind bezogen wird, oder um den Haushalt, in dem sich das Kind höchstens zur Hälfte aufhält und in dem kein Kindergeld für diese Kind bezogen wird. <sup>2</sup>Den Kinderzu- schlag erhält grundsätzlich nur der kindergeldberechtigten Elternteil. <sup>3</sup>Hält sich das Kind regelmäßig überwiegend (18 Tage und mehr) beim kindergeldberechtigten Elternteil auf, werden in dessen Haus- halt alle Bedarfe – Regel- und Mehrbedarfe des Kindes, BdU des Kindes und der Mehrbedarf für Alleinerziehende – voll berücksichtigt. <sup>4</sup>Hält sich das Kind regelmäßig etwa zur Hälfte (13-17 Tage) beim kindergeldberechtigten Elternteil und zur Hälfte beim anderen Eltern- teil auf (sogenanntes Wechselmodell), wird beim kindergeldberechtig- ten Elternteil bei der Bedarfsermittlung nur der halbe Regelbedarf und die Hälfte der ggf. zu berücksichtigenden Mehrbedarfe des ers- ten Monats im BWZ für das Kind angesetzt, die BdU und Heizung werden in voller Höhe berücksichtigt. <sup>5</sup>Das Kindergeld wird bei der Prüfung, ob Hilfebedürftigkeit nach dem SGB II besteht, in voller Höhe berücksichtigt, es sei denn, es wird nachgewiesen, dass das hälftige Kindergeld an den anderen Elternteil gezahlt wird. <sup>6</sup>Ist der kindergeldberechtigten Elternteil alleinerziehend, ist im Wechselmo- dell nur der halbe Mehrbedarf für Alleinerziehende zu berücksichti- gen.

## Temporäre BG

### Temporäre BG beim kindergeldberechtig- ten Elternteil



**Übersicht - temporäre BG beim kindergeldberechtigten Elternteil:**

	Regelbedarfe und Mehrbedarfe des Kindes	BdU des Kindes	Mehrbedarf Alleinerziehende
<b>Überwiegender Aufenthalt beim Kindergeldberechtigten (18 und mehr Tage)</b>	Voller Betrag	Volle Berücksichtigung in der BG	Voller Mehrbedarf
<b>Etwa gleicher Aufenthalt beim Kindergeldberechtigten und beim anderen Elternteil (13 – 17 Tage)</b>	Halber Betrag	Volle Berücksichtigung in der BG	Halber Mehrbedarf

<sup>7</sup>Leben außer dem Kind im Wechselmodell weitere Kinder im Haushalt des alleinerziehenden Elternteils, die sich dauerhaft dort aufhalten, ist der durchschnittliche Mehrbedarf für Alleinerziehende zu berücksichtigenden, der sich wie folgt ermittelt:

**Mehrbedarf für Alleinerziehende im Mischfall temporäre BG – normale BG**

<sup>8</sup>Es ist der Mehrbedarf für Alleinerziehende unter Berücksichtigung aller Kinder zu ermitteln sowie der Mehrbedarf für Alleinerziehende unter Berücksichtigung nur der Kinder, die sich dauerhaft im Haushalt aufhalten – also ohne das Kind im Wechselmodell. <sup>9</sup>Die beiden Werte sind zu addieren und dann durch 2 zu teilen.

Beispiel:

Frau B ist alleinerziehend mit 4 Kindern (3, 6, 14 und 17 Jahre). Das 3-jährige Kind und das 14-jährige Kind leben dauerhaft bei Frau B, das 6-jährige Kind und das 17-jährige Kind leben die Hälfte der Zeit beim Vater.

Unter Berücksichtigung aller 4 Kinder beträgt der Mehrbedarf für Alleinerziehende 48 % des Regelbedarfs der Alleinerziehenden. Unter Berücksichtigung nur der beiden Kinder, die sich dauerhaft im Haushalt der Mutter aufhalten, beträgt der Mehrbedarf für Alleinerziehende 36 % des Regelbedarfs der Alleinerziehenden. Die beiden Werte werden addiert (48 % plus 36 % = 84 %) und dann durch 2 geteilt (84% / 2 = 42%). Es ist also ein Mehrbedarf für Alleinerziehende in Höhe von 42 % des Regelbedarfs der Alleinerziehenden zu berücksichtigen.

<sup>10</sup>Dadurch wird einerseits berücksichtigt, dass sich ein Kind im Wechselmodell und damit etwa die Hälfte des Monats im Haushalt und die andere Hälfte nicht im Haushalt aufhält, andererseits wird angemessen berücksichtigt, dass sich weitere Kinder dauerhaft im Haushalt des alleinerziehenden Elternteils aufhalten.

<sup>11</sup>Hält sich das Kind regelmäßig im Haushalt des Elternteils auf, der nichtkindergeldberechtigt ist, kann dieser zwar keinen Kinderzuschlag für das Kind beziehen. <sup>12</sup>Halten sich aber weitere Kinder in dessen Haushalt auf, für die Kinderzuschlag beantragt wird, ist bei der Ermittlung des Gesamtbedarfs der Familie zu berücksichtigen, dass sich ein weiteres Kind zeitweise im Haushalt aufhält. <sup>13</sup>Hält sich

**Temporäre BG beim nichtkindergeldberechtigten Elternteil**



dieses Kind im Wechselmodell, also etwa zur Hälfte, beim nichtkindergeldberechtigten Elternteil auf, ist in dessen Haushalt bei der Bedarfsermittlung der halbe Regelbedarf des ersten Monats im BWZ für das Kind anzusetzen, die Bedarfe für Unterkunft und Heizung werden in voller Höhe berücksichtigt. <sup>14</sup>Ist der Elternteil alleinerziehend, ist der Mehrbedarf für Alleinerziehende wie oben beschrieben zu berücksichtigen.

Beispiel:

Herr B ist alleinerziehend mit einem 5-jährigen Sohn. Die Hälfte des Monats lebt auch seine 17-jährige Tochter bei ihm, für die die Kindsmutter das Kindergeld bezieht.

Unter Berücksichtigung beider Kinder beträgt der Mehrbedarf für Alleinerziehende 36 % des Regelbedarfs des Alleinerziehenden. Unter Berücksichtigung nur des Kindes, das sich dauerhaft im Haushalt des Vaters aufhält, beträgt der Mehrbedarf für Alleinerziehende ebenfalls 36 % des Regelbedarfs des Alleinerziehenden. Im Durchschnitt bleibt es damit bei einem Mehrbedarf in Höhe von 36 % des Regelbedarfs des Alleinerziehenden.

<sup>15</sup>Hält sich das Kind 1 – 12 Tage beim nichtkindergeldberechtigten Elternteil auf, sind die BdU des Kindes ebenfalls voll zu berücksichtigen, die Regel- und Mehrbedarfe des Kindes werden anteilig entsprechend der Anzahl der Anwesenheitstage berücksichtigt.

**Übersicht** - temporäre BG beim nichtkindergeldberechtigten Elternteil:

	Regelbedarfe und Mehrbedarfe des Kindes	BdU des Kindes	Mehrbedarf Alleinerziehende
<b>Nicht überwiegender Aufenthalt beim nichtkindergeldberechtigten Elternteil (1 – 12 Tage)</b>	Anteilig entsprechend der Zahl der Anwesenheitstage	Volle Berücksichtigung in der BG	Kein Mehrbedarf
<b>Etwa gleicher Aufenthalt beim Kindergeldberechtigten und beim nichtkindergeldberechtigten Elternteil (13 – 17 Tage)</b>	Halber Betrag	Volle Berücksichtigung in der BG	Halber Mehrbedarf bzw. durchschnittlicher Mehrbedarf, wenn sich weitere Kinder dauerhaft im HH aufhalten

<sup>16</sup>Als anzusetzender Tag wird der Tag immer bei dem Elternteil berücksichtigt, bei dem sich das Kind im Verlauf des Kalendertages zuerst aufhält. <sup>17</sup>In der Regel genügt die Angabe der antragstellenden Person, ob sich das Kind regelmäßig 13 – 17 Tage oder 18 und mehr Tage im Haushalt aufhält. <sup>18</sup>Lediglich bei regelmäßigen Anwesenheiten von 1 – 12 Tagen ist die genaue Anzahl der Tage relevant.

Beispiel 1:

Frau B hat zwei Kinder (9 und 12 Jahre) mit unterschiedlichen Vätern. Das 12-jährige Kind lebt im Wechselmodell etwa hälftig bei ihr und beim Kindesvater und das 9-jährige Kind lebt nur beim Kindesvater. Ist bei Frau B der Alleinerziehenden-Mehrbedarf zu berücksichtigen, und wenn ja, in welcher Höhe?

Da das 9-jährige Kind beim Vater lebt, kann die Mutter für dieses Kind keinen Mehrbedarf erhalten. Der Alleinerziehenden-Mehrbedarf richtet sich lediglich nach den Werten für ein Kind und beträgt nach § 21 Absatz 3 SGB II im Grunde 12 %. Allerdings ist der Mehrbedarf aufgrund des Wechselmodells zu halbieren.

Beispiel 2:

Die Kinder Ida und Franz (9 und 12 Jahre) leben im echten Wechselmodell (50/50) und wechseln immer wöchentlich gemeinsam den Haushalt. Für Ida bezieht die Mutter das Kindergeld, für Franz der Vater. Die Mutter beantragt für beide Kinder Kinderzuschlag. Die Kinder sind wie folgt in der Berechnung bei der Mutter zu berücksichtigen:

Kind	Regelbedarf des Kindes	Mehrbedarf des Elternteils wg. Alleinerziehung	BdU des Kindes	Berücksichtigung des Kindergeldes bei der Prüfung der Hilfebedürftigkeit	KiZ-Anspruch
<b>Kind mit Kindergeldanspruch (Ida)</b>	halber Betrag	36 % von <b>563</b> EUR für 2 Kinder unter 16 Jahren = <b>202,68</b> EUR; davon der halbe Betrag= <b>101,34</b> EUR	Voll	Ja	möglich
<b>Kind ohne Kindergeldanspruch (Franz)</b>	halber Betrag	36 % von <b>563</b> EUR für 2 Kinder unter 16 Jahren = <b>202,68</b> EUR; davon der halbe Betrag= <b>101,34</b> EUR	Voll	Nein	abzulehnen

Beispiel 3:

Frau B ist Mutter zweier Kinder, Tina und Max (3 und 12 Jahre) mit unterschiedlichen Vätern. Tina, für die Frau B das Kindergeld bezieht, lebt im echten Wechselmodell und Max lebt überwiegend beim Kindesvater, der für ihn das Kindergeld bezieht. Er besucht seine Mutter an den Wochenenden. Die Mutter beantragt für beide Kinder Kinderzuschlag.

Kind	Regelbedarf des Kindes	Mehrbedarf des Elternteils wg. Alleinerziehung	BdU des Kindes	Berücksichtigung des Kindergeldes bei der Prüfung der Hilfebedürftigkeit	KiZ-Anspruch
Kind mit Kindergeldanspruch (Tina)	halber Betrag	36 % von <b>563</b> EUR für ein Kind unter 7 Jahre = <b>202,68</b> EUR; davon der halbe Betrag = <b>101,34</b> EUR	Voll	Ja	möglich
Kind ohne Kindergeldanspruch (Max)	<b>390</b> EUR / 30 Tage x Anwesenheitstage (z. B. 4 Wochenende à 2 Tage = 8 Tage) = <b>104,00</b> EUR	Keine Berücksichtigung beim Mehrbedarf.	Voll	Nein	abzulehnen

(4) Im Falle einer Internatsunterbringung des Kindes mit regelmäßiger Rückkehr in den Haushalt der Eltern (siehe [DA B.2 Absatz 2](#)) ist zu unterscheiden:

#### Internatsunterbringung

- Wenn die Internatsunterbringung des Kindes vollständig drittfinanziert ist und die Eltern nur für den Bedarf aufkommen, der im Rahmen der regelmäßigen Rückkehr in den Haushalt entsteht, ist für jeden Anwesenheitstag von mehr als zwölf Stunden ein Dreißigstel des Regelbedarfs anzusetzen; der auf das Kind entfallende Anteil an den Kosten der Unterkunft ist vollständig zu berücksichtigen. Gleiches gilt, wenn das Kind im Rahmen einer Maßnahme der Jugendhilfe untergebracht ist und sich nur besuchsweise bei den Eltern aufhält.
- Wenn die Kosten für die Internatsunterbringung des Kindes von den Eltern getragen werden, ist der Bedarf des Kindes in voller Höhe sowie der auf das Kind entfallende Anteil an den Kosten der Unterkunft zu berücksichtigen.

(5) <sup>1</sup>Bei der Prüfung, ob die Hilfebedürftigkeit durch Kinderzuschlag beseitigt werden kann, müssen auch Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung beachtet werden. <sup>2</sup>Ein Anspruch auf Kinderzuschlag besteht nicht, sofern ergänzend ein Zuschuss nach § 26 SGB II notwendig wäre, weil die gesetzliche Voraussetzung der (vollständigen) Vermeidung von Hilfebedürftigkeit nicht erfüllt ist (§ 6a Absatz 1 Nr. 3 BKGG).

(6) <sup>1</sup>Wird für den ersten Monat des BWZ ein um Vermögen geminderter Kinderzuschlag gezahlt, ist für die Berechnung, ob Hilfebedürftigkeit nach dem SGB II überwunden werden kann, das Einkommen, das Vermögen und der um Vermögen geminderte Kinderzuschlag zu Grunde zu legen.

(7) <sup>1</sup>Reichen das Einkommen und Vermögen im Sinne von §§ 11 bis 12 SGB II und der Kinderzuschlag nicht aus, dass keine Hilfebedürftigkeit besteht, ist zu prüfen, ob dies unter Einbeziehung des Wohngeldes der Fall wäre. <sup>2</sup>Wird kein Wohngeld gezahlt, ist eine fiktive Wohngeldberechnung durchzuführen (§ 6a Absatz 1 Nr. 3 BKGG). <sup>3</sup>Als Berechnungshilfe kann ein für die Region erprobter Wohngeldrechner verwendet werden. <sup>4</sup>Auch wenn kein Wohngeld beantragt und demzufolge tatsächlich auch kein Wohngeld bezogen wurde, kann der Kinderzuschlag bewilligt werden, wenn mit dem fiktiven Wohngeld keine Hilfebedürftigkeit besteht. <sup>5</sup>Ein tatsächlicher Wohngeldbezug ist nicht erforderlich. <sup>6</sup>Soweit es sich bei Antragstellerinnen und Antragstellern um Personen handelt, die bislang im Bürgergeldbezug stehen und für die der Träger der Grundsicherung einen vorrangigen Anspruch auf Kinderzuschlag unter Berücksichtigung von Wohngeld festgestellt hat, gilt Folgendes:

- Wird der Familienkasse die vom Träger der Grundsicherung mit der Berechnungshilfe der Familienkasse erstellte Kinderzuschlagsberechnung übersandt und leistet der Träger der Grundsicherung unter Anmeldung eines Erstattungsanspruchs bis zur Kinderzuschlags-/Wohngeldbewilligung vor, ist vor der Bewilligung des Kinderzuschlags die tatsächliche Höhe des Wohngelds (Wohngeldbescheid/Proberechnung der Wohngeldstelle) abzuwarten.
- Wird die Kinderzuschlagsberechnung trotz Rückfrage seitens der Familienkasse nicht durch den Träger der Grundsicherung übersandt und leistet der Träger der Grundsicherung auch nicht vor, so ist der Kinderzuschlag unter Berücksichtigung einer fiktiven Wohngeldberechnung zu bewilligen. Dies gilt entsprechend für Fälle, in denen ein/e Erst-/Neuantragsteller/in auf Bürgergeld vom Träger der Grundsicherung auf die vorrangigen Leistungen Kinderzuschlag und ggf. ergänzend Wohngeld verwiesen wird.

#### C.4.2 Erweiterter Zugang

(1) <sup>1</sup>Ergibt die Prüfung der Hilfebedürftigkeit nach [DA C.4.1](#), dass mit dem zu berücksichtigenden Einkommen und Vermögen, dem Kinderzuschlag und ggf. dem Wohngeld höchstens 100 EUR fehlen, um Hilfebedürftigkeit nach dem SGB II zu vermeiden, kann ggf. Kinderzuschlag bezogen werden. <sup>2</sup>Mit der Einführung eines erweiterten Zugangs wird Familien in diesen Fällen ermöglicht, den Kinderzuschlag zu erhalten, sofern sie keine Leistungen nach dem SGB II beziehen oder beantragt haben und Erwerbstätigenfreibeträge bei der Einkommensermittlung berücksichtigt wurden.

(2) <sup>1</sup>Die Prüfung der Hilfebedürftigkeit erfolgt nach den Regelungen in [DA C.4.1](#). <sup>2</sup>Im Ergebnis dürfen unter Berücksichtigung des Einkommens und Vermögens, dem Kinderzuschlag und dem (ggf. fiktivem) Wohngeld maximal 100 EUR fehlen, damit keine Hilfebedürftigkeit besteht.

#### (Fiktive) Wohngeldberechnung

#### Erweiterter Zugang

(3) <sup>1</sup>Die Ermittlung des Einkommens erfolgt nach den Regelungen in [DA C.3.2.1](#). <sup>2</sup>Ein Teil des Elterneinkommens muss aus Erwerbseinkommen bestehen, damit Erwerbstätigenfreibeträge nach § 11b Absatz 2 und 3 SGB II berücksichtigt werden können. <sup>3</sup>Die Höhe der Erwerbstätigenfreibeträge muss mindestens 100 EUR betragen.

(4) <sup>1</sup>Die Möglichkeit des erweiterten Zugangs besteht nur, wenn die gesamte BG zu Beginn des BWZ keine Leistungen nach dem SGB II oder SGB XII erhält oder beantragt hat. <sup>2</sup>In Einzelfällen kann bei entsprechenden Anhaltspunkten ein Antrag auf Kinderzuschlag, der zum Ende des noch laufenden SGB II-Bezuges gestellt wird, so ausgelegt werden, dass Kinderzuschlag erst für den Zeitpunkt nach Ablauf des SGB II-BWZ beantragt wird.

(5) <sup>1</sup>Ergibt die Berechnung, dass nur ein Anspruch auf Kinderzuschlag besteht, wenn vom erweiterten Zugang Gebrauch gemacht wird, ist der Berechtigte anzuschreiben und darüber zu informieren und umfassend zu beraten. <sup>2</sup>Hierfür steht die BK-Vorlage kiz-14 zur Verfügung. <sup>3</sup>In diesem erklärt der Berechtigte, dass er aufgrund des erweiterten Zugangs den Kinderzuschlag beziehen möchte. <sup>4</sup>Eine Bewilligung des Anspruchs ist erst nach Vorliegen der Erklärung möglich. <sup>5</sup>Ein Verzicht auf Leistungen nach dem SGB II im Sinne des § 46 SGB I ist nicht Voraussetzung.

### Ausübung des erweiterten Zugangs

#### C.4.3 Ergänzender SGB II-Bezug

<sup>1</sup>Neben dem Kinderzuschlag kann ggf. ein Anspruch auf ergänzende SGB II-Leistungen bestehen.

<sup>2</sup>Ergänzende SGB II-Leistungen kommen in Betracht, wenn

- im laufenden BWZ des Kinderzuschlags Änderungen eintreten (z. B. weil die/der Berechtigte die Arbeit verloren hat), aufgrund derer nunmehr trotz Kinderzuschlag und Wohngeld Hilfebedürftigkeit besteht oder
- sich der Berechtigte zwar für den erweiterten Zugang entschieden hat, ihm der Kinderzuschlag dann aber doch nicht ausreicht.

<sup>3</sup>Ein ergänzender Bezug von SGB II-Leistungen ist bereits ab dem ersten Monat des BWZ möglich. <sup>4</sup>Bei der Prüfung des Kinderzuschlags und der Frage, ob Hilfebedürftigkeit besteht, wird auf das Einkommen der letzten sechs Monate abgestellt. <sup>5</sup>Dadurch ist es möglich, dass die Prüfung des Kinderzuschlags ergibt, dass keine Hilfebedürftigkeit besteht, aufgrund kurzfristiger Änderungen, die sich noch nicht oder noch nicht wesentlich auf das Durchschnittseinkommen ausgewirkt haben, dies aber nicht mehr den aktuellen Verhältnissen entspricht.

## D Sonderfälle

(1) <sup>1</sup>Personen, die von SGB II-Leistungen ausgeschlossen sind, können dennoch Kinderzuschlag erhalten, wenn sie eine BG mit einer/einem erwerbsfähigen Leistungsberechtigten bilden (siehe [DA B.3 Absatz 2 Satz 4](#)). <sup>2</sup>Bei diesen Personen sind verschiedene Besonderheiten bei der Berechnung zu berücksichtigen. <sup>3</sup>Betroffen hiervon sind insbesondere Auszubildende/Studierende und Rentenbezieherrinnen und Rentenbezieher.

### D.1 Auszubildende/Studierende

(1) <sup>1</sup>Auszubildende/Studierende, die vom Leistungsbezug nach dem SGB II ausgeschlossen sind, können trotz des Ausschlusses Mitglied einer BG sein und sogar eine BG begründen, da der Leistungsausschluss nur bezüglich der durch die Ausbildung geprägten Bedarfe besteht. <sup>2</sup>Dazu gehören die Regelbedarfe und die Bedarfe für Unterkunft und Heizung. <sup>3</sup>In diesem Fall ist eine gesonderte Ermittlung des fiktiven SGB II-Bedarfs erforderlich.

(2) <sup>1</sup>Als Bedarf der Auszubildenden/Studierenden ist der Bedarf nach dem SGB II zu Grunde zu legen, das heißt ein fiktiver Regelbedarf nach § 20 SGB II und der Kopfanteil an den (tatsächlichen) Bedarfen der Unterkunft und Heizung. <sup>2</sup>Dieser Bedarf ist durch das Einkommen der Auszubildenden/Studierenden zu decken. <sup>3</sup>Einkommen der Auszubildenden/Studierenden bleibt bis zu dieser Höhe unberücksichtigt. <sup>4</sup>Nur den jeweiligen SGB II-Bedarf übersteigendes Einkommen ist auf den Kinderzuschlag anzurechnen. <sup>5</sup>Mehrbedarfe sind jedoch Bedarfe nach dem SGB II und bei der Ermittlung der Bedarfe der BG zu berücksichtigen.

<sup>6</sup>Der SGB II-Bedarf der übrigen Personen in der BG ist gesondert zu berechnen.

#### Beispiel 1

(Ehe-)Paar, ein Kind (5 Jahre alt)

Der Vater (Bruttoverdienst mindestens 900 EUR) arbeitet und die Mutter studiert an der Hochschule (Studium dem Grunde nach förderungsfähig), die monatliche Warmmiete beträgt 300 EUR.

Ermittlung des Bedarfs von Vater und Kind nach dem SGB II (§ 6a Absatz 1 Nr. 3 BKGG):

Berechnung	in EUR
Vater Regelbedarf	<b>506</b> EUR
Kind Regelbedarf	<b>357</b> EUR
2/3 der Miete (Vater und Kind)	200 EUR
Gesamtbedarf (maßgeblich für die Prüfung, ob mit Kinderzuschlag keine Hilfebedürftigkeit besteht)	<b>1.063</b> EUR

Ermittlung des fiktiven SGB II-Bedarfs der Mutter:



Berechnung	in EUR
Mutter Regelbedarf	<b>506 EUR</b>
1/3 der Miete (Mutter)	100 EUR
Gesamtbedarf (maßgeblich für die Frage des übersteigenden Einkommens der Mutter zur Anrechnung auf den Kinderzuschlag)	<b>606 EUR</b>

Das Einkommen der Mutter bleibt bis zur Höhe des Regelbedarfs zuzüglich der anteiligen Bedarfe für Unterkunft und Heizung (hier: 606 EUR) unberücksichtigt. Bei der Berechnung sind Freibeträge gemäß § 11b SGB II vom BAföG in Abzug zu bringen.

Ermittlung des Gesamtbedarfs der Eltern:

Berechnung	in EUR
Vater Regelbedarf	<b>506 EUR</b>
2/3 der Miete (abzüglich Anteiles der Mutter) <sup>10</sup> x 77 % der Miete	154 EUR
Gesamtbedarf der Eltern (hier nur des Vaters) (maßgeblich für die Frage, ab welcher Grenze elterliches Einkommen den Kinderzuschlag mindert)	<b>660 EUR</b>

Der fiktive SGB II-Bedarf der Mutter bleibt aufgrund des § 7 Absatz 5 SGB II unberücksichtigt.

<sup>7</sup>Bezieht der studierende Elternteil BAföG (nach Abzug der Freibeträge) in Höhe seines fiktiven SGB II-Bedarfs, wird das volle Einkommen des anderen Elternteils beim Kinderzuschlag herangezogen. <sup>8</sup>Bezieht der studierende Elternteil weniger BAföG als der eigentliche BAföG-Bedarf, weil eigenes Einkommen, Einkommen des Ehegatten oder Einkommen der Eltern auf den BAföG-Bedarf angerechnet wurde, wird die tatsächliche BAföG-Leistung um das im Rahmen der BAföG-Berechnung angerechnete Einkommen erhöht. <sup>9</sup>Dieser Betrag ist um den Freibetrag nach **§ 11b Absatz 2b Satz 2 SGB II** zu reduzieren, soweit nicht bereits eine Absetzung nach **Absatz 2b Satz 1 (gilt nur für Personen, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben) oder Absatz 2 Satz 1** erfolgt. <sup>10</sup>Übersteigt das danach verbleibende Einkommen den fiktiven SGB II-Bedarf des studierenden Elternteils ist dieses beim Kinderzuschlag zu berücksichtigen. <sup>11</sup>Soweit das Einkommen des anderen Elternteils im Rahmen der BAföG-Berechnung angerechnet wurde, ist es von dessen Einkommen abzuziehen, da es andernfalls doppelt berücksichtigt werden würde. <sup>12</sup>Liegt das Einkommen des studierenden Elternteils nach Abzug der Freibeträge (weiterhin) unterhalb des fiktiven SGB II-Bedarfs, wird der Differenzbetrag vom Einkommen des anderen Elternteils abgezogen. <sup>13</sup>Erhält der studierende Elternteil jedoch wegen persönlicher

<sup>10</sup> Wohnbedarf alleinstehender Elternteil mit entsprechender Anzahl der Kinder nach dem 12. Existenzminimumbericht der Bundesregierung, weil der Kindesvater nur mit dem Kind leistungsberechtigt ist.

Verhältnisse (Staatsangehörigkeit, Alter, Zweitstudium), trotz grundsätzlicher Förderungsfähigkeit des Studiums, keine Leistung nach dem BAföG, ist dessen Bedarfsdeckung durch Einkommen des anderen Elternteils ausgeschlossen. <sup>14</sup>Das heißt, der Bedarf des studierenden Elternteils bleibt völlig unberücksichtigt. <sup>15</sup>Das Einkommen des anderen Elternteils ist in voller Höhe bei der Berechnung des Kinderzuschlags zu berücksichtigen.

## D.2 Rentnerinnen und Rentner

(1) <sup>1</sup>Bezieher/innen einer Regelaltersrente<sup>11</sup> erhalten keine Leistungen nach dem SGB II (§ 7 Absatz 1 Nr. 1 SGB II i. V. m. § 7a SGB II). <sup>2</sup>Auch Bezieher/innen einer Rente wegen voller Erwerbsminderung (**für mehr als sechs Monate**)<sup>12</sup> haben wegen fehlender Erwerbsfähigkeit keinen Anspruch auf Leistungen nach dem SGB II, wenn sie nicht in einer BG mit einer erwerbsfähigen Person leben und hierüber Bürgergeld nach dem SGB II beziehen können (§ 7 Absatz 1 Nr. 2 SGB II i. V. m. §§ 19 Absatz 1 Satz 2, 23 SGB II). <sup>3</sup>Diese Personen können zwar als Angehörige von erwerbsfähigen Leistungsberechtigten zur BG gehören; sie können aber grundsätzlich keine eigene BG begründen.

<sup>4</sup>Für den Kinderzuschlag bedeutet dies, dass Bezieher/innen einer Regelaltersrente oder einer Rente wegen voller Erwerbsminderung, die mit einer erwerbsfähigen leistungsberechtigten Person in einer BG leben, einen Anspruch auf Kinderzuschlag haben können.

<sup>5</sup>Lebt die Bezieherin/der Bezieher einer Regelaltersrente oder einer Rente wegen voller Erwerbsminderung hingegen nicht mit einer erwerbsfähigen leistungsberechtigten Person zusammen (z. B. ein alleinerziehender 66-jähriger Rentner mit seinem 13-jährigen Sohn), kann kein Anspruch auf Kinderzuschlag entstehen. <sup>6</sup>Reicht das Einkommen nicht aus, den Lebensunterhalt der Rentenbezieherin/des Rentenbeziehers zu decken, besteht nach Erreichen der jeweiligen Altersgrenze nach § 7a SGB II dem Grunde nach Anspruch auf Grundsicherung **im Alter** nach dem 4. Kapitel des SGB XII. <sup>7</sup>Gleiches gilt bei Bezug einer unbefristeten Rente wegen voller Erwerbsminderung, wenn keine Einbeziehung in eine BG nach dem SGB II erfolgen kann. <sup>8</sup>**Da für Personen, die Anspruch auf eine befristete Erwerbsminderungsrente haben**, kein Anspruch auf Leistungen der Grundsicherung **bei Erwerbsminderung** besteht, ergibt sich ggf. zur Deckung des Bedarfs ein Anspruch auf Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem 3. Kapitel des SGB XII. <sup>9</sup>Wenn Bezieher/innen einer **Altersrente** weiterhin zur BG gehören, ist das den eigenen Bedarf übersteigende Einkommen der Rentenbezieherin/des Rentenbeziehers bei der Berechnung des Kinderzuschlags zu berücksichtigen. <sup>10</sup>Es

**Rentner/innen in BG  
mit eLb**

**Rentner/in nicht in  
BG mit eLb**

<sup>11</sup> Gemeint sind Personen, die die Grenze für die Regelaltersrente erreicht haben.

<sup>12</sup> Gemeint sind Personen, die nicht erwerbsfähig im Umkehrschluss zu § 8 SGB II sind.

bleibt jedoch in Höhe des eigenen Bedarfs unberücksichtigt (vergleiche [FW § 9 SGB II](#)). <sup>11</sup>Kann die Person ihren Bedarf aus der Rente hingegen selber nicht decken, so bleibt dies ohne Auswirkung.

#### Beispiel 1

Ein Vater mit Bezug einer Altersrente ist der Kindergeldberechtigte für die zwei im Haushalt lebenden Kinder (8 und 10 Jahre alt). Die Mutter ist arbeitslos. Den Antrag auf Kinderzuschlag kann auch der Vater stellen, da er über die erwerbsfähige Mutter der BG im Sinne von § 7 Absatz 3 SGB II angehört. Ein Berechtigtenwechsel ist somit nicht erforderlich.

Die monatliche Altersrente des Vaters beträgt **1.350 EUR**, die monatlichen Bedarfe für Unterkunft und Heizung betragen 380 EUR.

Die Mindesteinkommensgrenze (900 EUR) ist durch die Rente des Vaters von 1.350 EUR erreicht. Bei der Berechnung der Höhe des Kinderzuschlags ist die Rente nur zu berücksichtigen, soweit sie den Bedarf des Vaters übersteigt.

Ermittlung des Bedarfs des Rentenbeziehers (Vater):

Berechnung	in EUR
Regelbedarf	<b>506 EUR</b>
Mietanteil (380 EUR / 4)	95 EUR
Gesamtbedarf	<b>601 EUR</b>

Ermittlung des zu berücksichtigenden Einkommens:

Berechnung	in EUR
Rente des Vaters	<b>1.350 EUR</b>
Leistungen nach dem SGB XII	0 EUR
Abzüglich Gesamtbedarfes des Vaters	<b>601 EUR</b>
Abzüglich Versicherungspauschale	30 EUR
Zu berücksichtigendes Einkommen	<b>719 EUR</b>

Ermittlung des Bedarfs nach SGB II (§ 6a Absatz 1 Nr. 3 BKGG):

Berechnung	in EUR
Mutter Regelbedarf	<b>506 EUR</b>
3/4 der Miete von 380 EUR (abzüglich Anteiles des Vaters) <sup>13</sup> x 63 % der Miete	179,55 EUR
Gesamtbedarf der Eltern (hier nur der Mutter)	<b>685,55 EUR</b>

Das anzurechnende Einkommen, konkret die Rente, die zu 100 % auf den Gesamtkinderzuschlag anzurechnen ist, übersteigt um **33,45 EUR** den mütterlichen Gesamtbedarf (**719 EUR – 685,55 EUR = 33,45 EUR**). Es errechnet sich somit ein Kinderzuschlag in Höhe von **550,55 EUR (584 EUR – 33,45 EUR)**. Der Kinderzuschlag ist auf **551 EUR** aufzurunden.

<sup>13</sup> Wohnbedarf Alleinstehende mit entsprechender Anzahl der Kinder

Beispiel 2

Ein alleinerziehender Vater lebt mit einem 16-jährigen Kind im Haushalt. Der Vater bezieht eine Altersrente in Höhe von **900 EUR**. Die monatlichen Bedarfe der Unterkunft und Heizung für die Mitwohnung betragen 360 EUR.

Die Mindesteinkommensgrenze (600 EUR) ist durch die Rente des Vaters von 900 EUR erreicht. Bei der Berechnung der Höhe des Kinderzuschlags ist die Rente nur zu berücksichtigen, soweit sie den Bedarf des Vaters übersteigt.

Ermittlung des Bedarfs des Rentenbeziehers (Vater):

Berechnung	in EUR
Regelbedarf	<b>563 EUR</b>
Mehrbedarf Alleinerziehend	<b>67,56 EUR</b>
Mietanteil (360 EUR / 2)	180 EUR
Gesamtbedarf	<b>810,56 EUR</b>

Ermittlung des zu berücksichtigenden Einkommens:

Berechnung	in EUR
Rente des Vaters	<b>900 EUR</b>
Leistungen nach dem SGB XII	0 EUR
Abzüglich Gesamtbedarfes des Vaters	<b>810,56 EUR</b>
Abzüglich Versicherungspauschale	30 EUR
Zu berücksichtigendes Einkommen	<b>59,44 EUR</b>

Der Gesamtbedarf des Vaters ist durch die Rente gedeckt. Das übrige anzurechnende Einkommen in Höhe von **59,44 EUR** mindert zu 100 % den Gesamtkinderzuschlag. Es errechnet sich somit ein Kinderzuschlag in Höhe von **232,56 EUR**, der auf **233 EUR** zu runden ist.

<sup>12</sup>Bezieher/innen einer Rente wegen voller Erwerbsminderung, die mit einer erwerbsfähigen Person in einer BG leben, können einen eigenen Anspruch auf **Bürgergeld** haben (vgl. BSG-Urteil vom 28.11.2018, [B 4 AS 46/17 R](#)), sofern keine Grundsicherungsleistungen nach dem SGB XII bezogen werden. <sup>13</sup>Aus diesem Grund sind bei der Berechnung des Kinderzuschlags in diesen Fällen keine Besonderheiten zu beachten. <sup>14</sup>Insbesondere sind die Sätze **9 bis 11** nicht einschlägig.

(2) <sup>1</sup>Bezieher/innen einer vorgezogenen Altersrente (Rentner vor Erreichung der jeweiligen Regelaltersgrenze<sup>14</sup>), die nicht mit einer erwerbsfähigen leistungsberechtigten Person zusammenleben, **haben keinen Anspruch auf Kinderzuschlag. <sup>2</sup>Dieser Personenkreis kann aufgrund des Leistungsausschlusses des § 7 Absatz 4 SGB II keine Leistungen nach dem SGB II beziehen und keine BG gründen (vgl. FW § 7 SGB II, Rz. 7.95).**

**Rentenbezug vor Altersgrenze**

(3) <sup>1</sup>Bezieherinnen/Bezieher sogenannter "Arbeitsmarktrenten" sind erwerbsfähig im Sinne des § 8 Absatz 1 SGB II. <sup>2</sup>Die Betroffenen erhalten diese Leistung vom Rentenversicherungsträger, wenn sie in

**Arbeitsmarktrenten**

<sup>14</sup> Übergangsregelung in § 235 SGB VI

der Lage sind, zwischen drei und sechs Stunden täglich erwerbstätig zu sein und nach Ansicht des Rentenversicherungsträgers der Arbeitsmarkt für sie verschlossen ist. <sup>3</sup>Da die Betroffenen zwischen drei und sechs Stunden täglich arbeiten können, sind sie in der Lage, unter den üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes erwerbstätig zu sein, § 8 Absatz 1 SGB II. <sup>4</sup>Soweit sie die weiteren Anspruchsvoraussetzungen nach § 7 Absatz 1 SGB II erfüllen, besteht ein Anspruch auf **Bürgergeld**. <sup>5</sup>Die "Arbeitsmarktrente" wird dann auf das **Bürgergeld** angerechnet. <sup>6</sup>In diesen Fällen ist eine gewöhnliche KiZ-Berechnung vorzunehmen.

## E Allgemeine Verfahrensregelungen

<sup>1</sup>Zuständige Familienkasse für die Entscheidung über den Antrag ist in der Regel die für den Wohnort der antragstellenden Person zuständige regionale Familienkasse. <sup>2</sup>Abweichende Regelungen sind in § 13 Absatz 1 Satz 2 – 4 BKGG enthalten. <sup>3</sup>§ 13 Absatz 3 BKGG eröffnet die Möglichkeit einer Bestimmung einer vom Wohnortprinzip abweichenden Zuständigkeit einheitlich mit der Bearbeitung des Kindergeldes durch Beschluss des Vorstands der BA. <sup>4</sup>**Mit dem Beschluss 129/2022 vom 03.11.2022 wurde die Zuständigkeit des Zentralen Kindergeldservice (ZKGS) für bestimmte Personengruppen neu festgelegt und umfasst Kindergeldfälle nach dem EStG bzw. BKGG sowie die dazugehörigen Kinderzuschlagsfälle.**

### E.1 Bewilligung

(1) Die Bewilligung des Kinderzuschlags erfolgt endgültig für sechs Monate.

**Endgültige Entscheidung**

(2) <sup>1</sup>Treten während des BWZ Änderungen in den tatsächlichen oder rechtlichen Verhältnissen ein, sind diese unbeachtlich (§ 6a Absatz 7 Satz 3 BKGG). <sup>2</sup>Die Bewilligung ist deswegen nicht aufzuheben oder zu ändern. <sup>3</sup>Etwas anderes gilt nur, wenn sich die Zusammensetzung der BG ändert oder der Höchstbetrag des Kinderzuschlags nach § 6a Absatz 2 BKGG neu festgelegt wird (siehe [DA E.2.1](#)).

#### Beispiel:

Kinderzuschlag wird einer Berechtigten für den BWZ vom 1. März 2023 bis 31. August 2023 bewilligt. Sie lebt zu diesem Zeitpunkt mit ihrem Ehemann und zwei Kindern zusammen. Am 17. Juni 2023 zieht der Ehemann aus der gemeinsamen Wohnung aus. Die Bewilligung des Kinderzuschlags ist ab 01. Juli 2023 aufzuheben (Vergleiche [DA E.2.2.1](#)).

(3) War der Bescheid von Beginn an unrichtig, z. B. weil falsche Angaben gemacht wurden oder die Familienkasse bei der Bewilligung versehentlich Angaben falsch berücksichtigt hat, **ist** die Bewilligung nach §§ 44 und 45 SGB X **zu prüfen** und ggf. **zurückzunehmen**. (siehe auch [DA F.1/ F.2](#)).

### E.1.1 Bewilligungszeitraum

#### E.1.1.1 Sechs-Monatszeitraum

(1) <sup>1</sup>Der Kinderzuschlag ist für einen Zeitraum von sechs Monaten zu bewilligen (BWZ). <sup>2</sup>Änderungen, die voraussichtlich während des BWZ eintreten (werden) und zu einer Aufhebung führen können, führen nicht zu einer Verkürzung des BWZ. <sup>3</sup>Auch eine vorläufige Bewilligung kommt nicht in Betracht.

**BWZ von sechs Monaten**

(2) <sup>1</sup>**Voraussichtliche** Änderungen, die im Zeitpunkt der Bewilligung bereits bekannt, **aber noch nicht eingetreten** sind, führen ebenfalls zu keiner Verkürzung des BWZ. <sup>2</sup>In Fällen, in denen sich die Zusammensetzung der BG voraussichtlich ändern wird, z. B. bei



- voraussichtlicher Geburt eines weiteren Kindes,
- der Absicht, einen gemeinsamen Haushalt mit einem (neuen) Partner/ (einer neuen) Partnerin zu gründen, oder
- der Absicht eines Partners, aus dem gemeinsamen Haushalt auszuziehen,

ist folglich für den BWZ von sechs Monaten zu bewilligen und das Eintreten der Änderung der Verhältnisse abzuwarten. <sup>3</sup>Auf die Anzeigepflicht ist hinzuweisen. <sup>4</sup>Auch andere Sachverhalte, wie z. B. das voraussichtliche Ende des Kindergeldbezuges oder das Befristungsende eines Aufenthaltstitels, führen nicht zu einer Verkürzung des BWZ.

### E.1.1.2 Abweichender Bewilligungszeitraum

(1) Ausnahmen von der Bewilligung für den BWZ von sechs Monaten sind nur dann zulässig, wenn ein Kind während des sechsmonatigen BWZ das 25. Lebensjahr vollendet oder ein kürzerer BWZ beantragt wird.

(2) <sup>1</sup>Vollendet ein Kind während des sechsmonatigen BWZ das 25. Lebensjahr, ist der Kinderzuschlag nur bis zum Ablauf des Monats zu bewilligen, in dem das Kind das 25. Lebensjahr vollendet. <sup>2</sup>Das gilt auch, wenn in der BG mehrere zu berücksichtigende Kinder leben.

#### Vollendung 25. Lebensjahr

##### Beispiel:

Die Antragstellerin stellt am 20. Januar einen Antrag auf Kinderzuschlag für ihre drei Kinder im Alter von 13, 17 und 24 Jahren. Das älteste Kind hat am 17. März seinen 25. Geburtstag.

Der sechsmonatige BWZ würde von Januar bis Juni gehen. Der Kinderzuschlag ist jedoch für alle Kinder nur von Januar bis März zu bewilligen. Für die Zeit ab April ist ein neuer Antrag zu stellen.

**(3) Änderungen in der Zusammensetzung der Bedarfsgemeinschaft, die nach Antragstellung und nach Beginn des BWZ eingetreten sind, die aber vor der Bewilligung bekannt gegeben worden sind, führen zu einer entsprechenden Verkürzung des Bewilligungszeitraums.**

##### Beispiel:

Die Antragstellerin stellt Ende Januar einen Antrag auf Kinderzuschlag für ihre zwei Kinder Tim und Tom. Ende März teilt ihr Partner die Geburt des dritten Kindes am 20. März mit. Eine Entscheidung über den Antrag ist noch nicht erfolgt.

Aufgrund der Geburt ist der Kinderzuschlag für die Kinder Tim und Tom nur von Januar bis Februar zu bewilligen. Für die Zeit ab März ist mit der Mitteilung vom 20. März konkludent ein neuer Antrag gestellt worden.

(4) <sup>1</sup>Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass der Antrag auf Kinderzuschlag für sechs Monate gestellt wurde. <sup>2</sup>Der Antragsteller kann Kinderzuschlag jedoch auch für einen Zeitraum von weniger als sechs Monaten beantragen. <sup>3</sup>In diesen Fällen ist der Kinderzuschlag

#### Kürzerer BWZ auf Antrag

nur für den beantragten Zeitraum zu bewilligen. <sup>4</sup>Warum der Antragsteller den Kinderzuschlag für einen kürzeren Zeitraum beantragt, ist nicht zu prüfen.

Beispiel:

Die Antragstellerin stellt am 5. Januar 2024 einen Antrag auf Kinderzuschlag für den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. März. Für den BMZ von Juli bis Dezember 2023 sind Einkommensnachweise anzufordern.

Im April 2024 möchte sie einen neuen Antrag auf Kinderzuschlag stellen (BMZ Oktober 2023 bis März 2024), da sie seit Oktober 2023 weniger verdient. Sie geht davon aus, dass ihr im Januar 2024 aufgrund ihres höheren Einkommens in den Monaten Juli bis September 2023 Kinderzuschlag nicht in voller Höhe zusteht. Um ab April 2024 aufgrund des geringeren Einkommens im Zeitraum Oktober 2023 bis März 2024 den vollen Kinderzuschlag zu erhalten, möchte sie den aktuellen Antrag nur bis März stellen.

Bei Vorliegen der Voraussetzungen ist Kinderzuschlag von Januar bis März 2024 zu bewilligen.

Abwandlung:

Die Antragstellerin befürchtet, dass das bei ihrem Antrag im April 2024 zu berücksichtigende Einkommen zu gering sein könnte und sie dann keinen Anspruch mehr auf Kinderzuschlag hat, weil sie hilfebedürftig nach § 9 SGB II wird. Sie bittet die Familienkasse daher um Auskunft, ob sie ausgehend von dem Einkommen seit Oktober 2023 im April 2024 einen Anspruch auf Kinderzuschlag haben wird.

Ihr ist mitzuteilen, dass sie den Kinderzuschlag ohne zeitliche Beschränkung beantragen kann und dieser dann für den Zeitraum vom 1. Januar bis 30. Juni 2024 unter Berücksichtigung ihres durchschnittlichen Einkommens im Zeitraum vom 1. Juli bis 31. Dezember 2023 endgültig bewilligt wird. Wenn sie Kinderzuschlag nur bis zum 31. März 2024 beantragt, erhält sie den Kinderzuschlag nur für diesen Zeitraum. Ob und in welcher Höhe sie Kinderzuschlag in einem folgenden BWZ, z. B. ab 1. April 2024, erhalten wird, kann erst beurteilt werden, wenn die Einkommensverhältnisse im BMZ für den folgenden BWZ nachgewiesen sind.

## E.1.2 Beginn des Bewilligungszeitraums

(1) <sup>1</sup>Nach § 5 Absatz 3 BKGG besteht ein Anspruch auf Kinderzuschlag frühestens ab dem Monat der Antragstellung, soweit die Anspruchsvoraussetzungen erfüllt sind. <sup>2</sup>Der Kinderzuschlag wird nicht für Zeiten vor der Antragstellung gewährt.

(2) Mit dem Monat, in dem der Antrag gestellt wird, beginnt der BWZ (§ 6a Absatz 7 Satz 2 BKGG).

(3) <sup>1</sup>Ein Antrag kann grundsätzlich auch während eines laufenden BWZ für einen nahtlos anschließenden weiteren BWZ gestellt werden; er ist dann wie ein Antrag zu behandeln, der im Monat nach Ablauf des laufenden BWZ eingegangen ist.

Beispiel:

Kinderzuschlag wurde für den BWZ vom 1. März 2023 bis 31. August 2023 bewilligt. Am 16. August wird ein neuer Antrag gestellt. Der Antrag ist so zu behandeln wie ein im Laufe des Monats September gestellter Antrag. Neuer BWZ ist also vom 1. September 2023 bis 29. Februar 2024.

<sup>2</sup>Dies gilt jedoch nur, wenn der neue Antrag zum Ende des laufenden BWZ gestellt wird. <sup>3</sup>Abgestellt werden kann dabei auf den Zeitpunkt, zu dem der DVKIZ101 versandt wurde. <sup>4</sup>Danach eingehende Anträge können wie Anträge behandelt werden, die im Monat nach Ablauf des laufenden BWZ eingegangen sind. <sup>5</sup>Anträge, die zu einem früheren Zeitpunkt gestellt werden, sind in der Regel mit Verweis auf den laufenden BWZ abzulehnen (BK-Vorlage kiz-31).

(4) <sup>1</sup>Mit der Bewilligung des Kinderzuschlags ist der Antrag verbraucht. <sup>2</sup>Nach Ablauf des BWZ ist ein neuer Antrag zu stellen.

### E.1.3 Rückwirkende Antragstellung

(1) <sup>1</sup>Wird ein Antrag später als im ersten Monat nach Ablauf des bisherigen BWZ gestellt, z. B. drei Monate später, beginnt der neue BWZ mit dem Monat, in dem der Antrag gestellt wird. <sup>2</sup>Ein nahtloser Bezug des Kinderzuschlags ist dann nicht möglich. <sup>3</sup>Insbesondere kann Kinderzuschlag grundsätzlich nicht rückwirkend beantragt werden.

#### Beispiel:

Kinderzuschlag wurde für den BWZ vom 1. März bis 31. August bewilligt. Am 2. Oktober wird ein neuer Antrag gestellt. Der Berechtigte erklärt, dass er es im September versäumt hat, den Antrag zu stellen, er aber gerne nahtlos Kinderzuschlag weiterbeziehen möchte. Der neue BWZ beginnt mit dem Oktober. Eine rückwirkende Antragstellung ist nicht möglich. Für den Monat September ist der Antrag abzulehnen, da Kinderzuschlag nicht für Zeiten vor Antragstellung gewährt wird.

(2) <sup>1</sup>Wird ein Antrag auf SGB II-Leistungen abgelehnt, weil vorrangig Kinderzuschlag zu beantragen ist, gilt § 28 SGB X nach § 5 Absatz 3 Satz 3 BKG mit der Maßgabe, dass der Antrag auf Kinderzuschlag unverzüglich (d. h. ohne schuldhaftes Zögern) bis Ablauf des Monats, in dem die Ablehnung oder Erstattung der anderen Leistung (hier: **Bürgergeld**) bestandskräftig geworden ist, nachzuholen ist.

#### Beispiel:

**Der Bürgergeld-Ablehnungsbescheid (Antrag vom 1. Juli) wird an Herrn B. am 15. Juli versandt. Zugang ist somit spätestens am 18. Juli erfolgt (3-Tagefrist). Der Bescheid wird am 19. August bindend (Widerspruchsfrist 19. Juli bis 18. August). Herr B. kann bis zum 31. August (Eingangsdatum Familienkasse) einen Antrag auf Kinderzuschlag ab Juli stellen.**

<sup>2</sup>Durch die Vorschrift des § 28 SGB X sollen dann Rechtsnachteile vermieden werden, wenn ein Berechtigter in Erwartung eines positiven Bescheides seinen Antrag auf andere Sozialleistungen nicht gestellt hat. <sup>3</sup>Hierbei handelt es sich um eine besondere Art einer materiell wirkenden Wiedereinsetzung in den vorigen Stand. <sup>4</sup>Bei Einhaltung der Antragsfrist wirkt die nachgeholte Antragstellung für die andere Sozialleistung längstens bis zu einem Jahr („absolute Grenze“) zurück.

**Grundsatz: keine rückwirkende Antragstellung**

**Rückwirkende Antragstellung nach § 28 SGB X bei Versagung anderer Leistung**

(3) <sup>1</sup>§ 28 SGB X findet analog Anwendung, wenn in Erwartung einer positiven Entscheidung über einen Antrag auf Kinderzuschlag kein weiterer Antrag auf Kinderzuschlag gestellt wird. <sup>2</sup>Wird Kinderzuschlag beantragt, wird in der Regel kein weiterer Antrag gestellt, bis über den ersten Antrag entschieden wurde. <sup>3</sup>Die Entscheidung über den Anspruch auf Kinderzuschlag wird jedoch häufig nicht im Antragsmonat erfolgen (können). <sup>4</sup>Im Falle einer Ablehnung entfaltet diese aber nur Wirkung für den Antragsmonat; für den darauffolgenden Monat könnte bereits ein neuer Antrag gestellt werden. <sup>5</sup>Wurde dieser Antrag nicht gestellt, weil die Entscheidung über den ersten Antrag noch ausstand, ist § 5 Absatz 3 Satz 3 BKG i. V. m. § 28 Satz 1 SGB X analog einschlägig, so dass rückwirkend Kinderzuschlag beantragt werden kann. <sup>6</sup>Ein Antrag, der unverzüglich (hier: bis Ablauf des Monats, in dem die Ablehnung bestandskräftig geworden ist) nach Zugang der Ablehnung gestellt wird, ist als Antrag ab dem Monat der dem Monat, für den abgelehnt wurde, folgt, zu werten, sofern der Antragsteller nicht ausdrücklich etwas anderes erklärt. <sup>7</sup>Außer aus dem Umstand, dass der Antragsteller in seinem Antrag einen aktuelleren BMZ angibt, ist noch nicht zu schließen, dass der Antragsteller nicht rückwirkend Kinderzuschlag beantragen möchte.

#### Beispiel 1:

Die Antragstellerin beantragt am 18. Februar Kinderzuschlag. Über den Antrag wird mit Bescheid vom 7. Mai entschieden. Es erfolgt eine Ablehnung.

Die Ablehnung wirkt nur für den Antragsmonat Februar. Die Antragstellerin hat jedoch erst im Mai die Ablehnung erhalten und eine rückwirkende Antragstellung für den Folgemonat März kommt grundsätzlich nicht in Betracht. Die Antragstellerin hat jedoch deswegen im März keinen Antrag gestellt, weil die Entscheidung über ihren Antrag aus Februar noch ausstand.

Nach § 28 SGB X analog kann sie die Antragstellung für März nachholen, wenn sie den Antrag unverzüglich nach Zugang der Ablehnungsentscheidung vom 7. Mai stellt.

<sup>8</sup>Ergibt sich auch für den Folgemonat nach der ursprünglichen Ablehnung wieder eine Ablehnung, so ist der Antrag – ggf. Monat für Monat – für die dann folgenden Monate zu prüfen bis einschließlich des Monats, in dem der Antrag gestellt wurde. <sup>9</sup>Sobald sich bei der Prüfung in einem der Monate ein Anspruch ergibt, beginnt der BWZ dann mit diesem Monat. <sup>10</sup>Für die davorliegenden Monate ist ein Ablehnungsbescheid zu erlassen.

#### Beispiel 2: wie Beispiel 1.

Die Prüfung des Antrags für März ergibt wiederum, dass die Anspruchsvoraussetzungen nicht erfüllt sind. Somit ist ein Anspruch für April zu prüfen. Die Prüfung ergibt, dass für April die Anspruchsvoraussetzungen erfüllt sind. Damit ist Kinderzuschlag für den BWZ April bis September zu bewilligen. Für März hat eine Ablehnung zu erfolgen.

<sup>11</sup>Ebenso ist zu verfahren, wenn unverzüglich nach Zugang einer **vollständig zurückweisenden** Widerspruchsentscheidung ein neuer Antrag gestellt wird. <sup>12</sup>Auch in diesem Fall ist der Antrag gemäß § 5 Absatz 3 Satz 3 BKG i. V. m. § 28 Satz 1 SGB X analog als rückwirkender Antrag für den Folgemonat nach dem Monat, für den abgelehnt oder aufgehoben wurde, anzusehen.

### **§ 28 SGB X analog bei Ablehnung des Antrags auf Kinderzuschlag**

### **§ 28 SGB X analog bei ablehnender Widerspruchsentscheidung**

Beispiel 3: wie Beispiel 1, jedoch legt die Antragstellerin gegen den Ablehnungsbescheid vom 7. Mai Widerspruch ein.

Der Widerspruch wird mit Bescheid vom 3. September als unbegründet zurückgewiesen. Die Antragstellerin stellt unverzüglich am 7. September einen neuen Antrag, der als Antrag ab März auszulegen ist. Ergibt sich für März wiederum kein Anspruch ist wie in Beispiel 2 weiter zu verfahren.

<sup>13</sup>Etwas anderes gilt jeweils nur, wenn explizit Kinderzuschlag ab einem späteren Monat beantragt wird. <sup>14</sup>Dann ist der Anspruch nur ab dem Monat, ab dem beantragt wurde, zu prüfen. <sup>15</sup>Auch ein rückwirkender Antrag kann konkludent gestellt werden. <sup>16</sup>Ein Widerspruch gegen eine ablehnende Widerspruchsentscheidung ist jedoch nicht als konkludenter Antrag auszulegen.

#### **E.1.4 Erneute Antragstellung während der laufenden Bearbeitung**

(1) <sup>1</sup>Wird noch während eines laufenden Verfahrens (z. B. Bearbeitung des ersten Antrags, Rechtsbehelfsverfahren nach Ablehnung des Antrags) ein neuer Antrag gestellt, kann dies zur Folge haben, dass sich der BWZ des ersten Antrags ausnahmsweise verkürzt.

<sup>2</sup>Eine Verkürzung des ersten BWZ erfolgt jedoch nur, wenn

- der Antragsteller eine Erklärung abgibt, dass der erste Antrag für einen kürzeren Zeitraum gelten soll, oder
- der neue Antrag aufgrund einer Änderung der Zusammensetzung der BG gestellt wurde.

<sup>3</sup>Gibt der Antragsteller keine Erklärung ab, dass der erste Antrag für einen kürzeren Zeitraum gelten soll, so ist die Bearbeitung des ersten Antrags bzw. der Ausgang des Rechtsbehelfsverfahrens abzuwarten, bevor über den neuen Antrag entschieden werden kann. <sup>4</sup>Im Falle einer Ablehnung des ersten Antrags ist der neue Antrag als rückwirkender Antrag auszulegen (siehe [DA E.1.3](#) Absatz 3). <sup>5</sup>Im Falle einer Bewilligung des ersten Antrags ist der neue Antrag mit dem Hinweis auf den laufenden BWZ abzulehnen.

Beispiel:

A stellt einen ersten Antrag auf Kinderzuschlag im Januar. Noch während der Bearbeitung des ersten Antrags stellt A im April einen neuen Antrag. Eine Erklärung, dass der erste Antrag für einen kürzeren Zeitraum gelten soll, gibt er nicht ab. Im Mai entscheidet die Familienkasse über den ersten Antrag und bewilligt den Antrag von Januar bis Juni. Der zweite Antrag ist abzulehnen.

Abwandlung: Der erste Antrag vom Januar wird im Mai abgelehnt.

Der zweite Antrag von April ist nun zu prüfen. Dieser ist als Antrag für den Monat Februar (ggf. März, April, wenn im Februar/März auch kein Anspruch besteht) auszulegen (Siehe DA E.1.3 Absatz 3).

(2) <sup>1</sup>Wird während der laufenden Bearbeitung eines Verwaltungs-, Widerspruchs- oder Klageverfahrens ein neuer Antrag gestellt und gleichzeitig eine Begrenzung des BWZ des ersten Antrags erklärt, kann über den zweiten Antrag sofort entschieden werden. <sup>2</sup>Die Entscheidung über den ersten Antrag muss nicht abgewartet werden. <sup>3</sup>Die Erklärung, die gleichzeitig mit dem neuen Antrag abgegeben wurde, begrenzt den BWZ des ersten Antrags auch dann, wenn dem

**Ohne Erklärung eines kürzeren BWZ**

**Mit Erklärung eines kürzeren BWZ**

Widerspruch stattgegeben und Kinderzuschlag auf den ersten Antrag hin bewilligt oder (auch) der zweite Antrag abgelehnt wird. <sup>4</sup>Im Falle eines laufenden Rechtsbehelfsverfahrens ist das Team Rechtsbehelf bzw. das Gericht darüber zu informieren, dass eine Erklärung zur Begrenzung der Antragstellung vorliegt.

Beispiel:

A hat einen ersten Antrag auf Kinderzuschlag im Januar gestellt. Der Antrag wird im Februar abgelehnt. Gegen diese Ablehnung legt A im März Widerspruch ein. Gleichzeitig, also noch während des Widerspruchsverfahrens, stellt A einen neuen Antrag und erklärt, dass der erste Antrag nur noch von Januar bis März gelten soll.

Die Erklärung, die gleichzeitig mit dem neuen Antrag abgegeben wurde, begrenzt den BWZ des ersten Antrags auf Januar bis März. Endet das Widerspruchs-/Klageverfahren mit einer Abhilfe, würde auf den ersten Antrag hin KiZ nur von Januar bis März bewilligt werden.

Der Antrag vom März ist als Antrag ab April auszulegen. Auch wenn sich ab April ein geringerer oder kein Anspruch auf KiZ errechnet, wird auf den ersten Antrag nur entsprechend der vorgenommenen Begrenzung KiZ bewilligt. Im Abhilfebescheid zur Entscheidung über den ersten Antrag muss aufgenommen werden, dass aufgrund der ausdrücklichen Erklärung des Widerspruchsführers der BWZ verkürzt wurde auf den Zeitraum von...bis.

<sup>5</sup>Wird der Widerspruch/die Klage zurückgewiesen, hat die vorgenommene Begrenzung keine Auswirkungen auf die Bearbeitung des zweiten Antrags. <sup>6</sup>Eine Ablehnung gilt immer nur für den Antragsmonat (hier: für Januar), egal ob für sechs oder drei Monate KiZ beantragt wurde. <sup>7</sup>Der zweite Antrag ist dann analog § 5 Absatz 3 Satz 3 BKGG i. V. m § 28 Satz 1 SGB X als rückwirkender Antrag auszulegen. <sup>8</sup>Die Möglichkeit einer ausdrücklichen Verkürzung des BWZ führt dazu, dass Antragstellende nicht auf den Ausgang des Rechtsbehelfsverfahrens warten müssen und somit vermeiden können, längere Zeit keinen Kinderzuschlag zu erhalten.

### **E.1.5 Antragstellung von nicht verheirateten Eltern, mit jeweils eigenen Kindern („Patchworkfamilien“)**

(1) <sup>1</sup>Wohnen in dem Haushalt eines unverheirateten Paares sowohl Kinder nur des einen Partners als auch Kinder nur des anderen Partners, die also keine gemeinsamen Kinder sind („Patchworkfamilie“), müssen beide Partner für ihre jeweils eigenen Kinder Kinderzuschlag beantragen. <sup>2</sup>Voraussetzung ist auch hier, dass in diesem Haushalt für die Kinder Kindergeld bezogen wird.

Beispiel:

Frau A und Herr B sind nicht verheiratet und leben zusammen mit einem Kind von Frau A aus einer vorherigen Beziehung und einem Kind von Herrn B aus einer vorherigen Beziehung in einem Haushalt. Frau A und Herr B beziehen jeweils Kindergeld für ihr eigenes Kind.

Für das Kind von Frau A kann nur sie Kinderzuschlag beantragen, für das Kind von Herrn B nur er.

<sup>3</sup>Da jedoch bei Antragstellung weitgehend dieselben Angaben erforderlich sind, kann der Antrag gemeinsam gestellt werden. <sup>4</sup>In diesem Fall ist der Antrag von beiden antragstellenden Elternteilen zu unter-

### **Gemeinsame Antragstellung**



schreiben. <sup>5</sup>Der Antragsvordruck bezieht sich zwar auch hier auf einen Antragsteller und einen Partner. <sup>6</sup>Der zweite Antragsteller muss seine Angaben als „Partner“ machen und unterschreibt als „zweite antragstellende Person“. <sup>7</sup>Beide Antragstellenden füllen jeweils die „Anlage Kind“ für ihre eigenen Kinder aus. <sup>8</sup>Der von den Antragstellenden gemeinsam unterschriebene Antrag wird zusammen mit den Anlagen zunächst in die Kinderzuschlagsakte des ersten Antragstellers abgelegt. <sup>9</sup>Die Prüfung des Anspruchs erfolgt in einer gemeinsamen Berechnung, die die Umstände der gesamten Familie berücksichtigt (DA C.3.2.1.3 Absatz 6). <sup>10</sup>Sind Kinder beider antragstellenden Personen von der Bewilligungs- oder Ablehnungsentscheidung betroffen, ergeht ein gemeinsamer Bescheid. <sup>11</sup>Sind von der Entscheidung bzw. einem Teil der Entscheidung (z. B. Ablehnung für eines von mehreren Kindern) nur Kinder einer antragstellenden Person betroffen, ergeht für diesen Teil der Entscheidung, ein getrennter Bescheid ausschließlich an den betroffenen Elternteil. <sup>12</sup>Der Kinderzuschlagsakte der zweiten antragstellenden Person sind alle anspruchsbegründenden Unterlagen sowie eine Kopie der Berechnung des (anteiligen) Kinderzuschlags und, sofern ein gemeinsamer Bescheid ergeht, eine Kopie des Bescheides beizufügen.

#### Beispiel 1:

Familie B/C stellt einen gemeinsamen Antrag auf KiZ für vier Kinder. Drei Kinder sind Kinder von Frau B, **für die Frau B das Kindergeld bezieht**. Ein Kind ist Kind von Herrn C, **für welches er das Kindergeld bezieht**. Die Anspruchsprüfung ergibt, dass für alle Kinder ein Anspruch auf Kinderzuschlag besteht.

Es ergeht ein gemeinsamer Bewilligungsbescheid an die Antragstellenden, Frau B und Herrn C (**kiz-36**). Dies gilt auch für die Anlage kiz-08 (Bescheinigung BuT). In der Anlage „Berechnungsgrundlage“ zum Bescheid wird der Gesamtkinderzuschlagsbetrag gemäß DA C.3.2.1.3 Absatz 6 anteilig auf beide Elternteile aufgeteilt.

#### Beispiel 2:

Wie Beispiel 1, jedoch hat das Kind von Herrn C bereits das 25. Lebensjahr vollendet.

Da von der jeweiligen Entscheidung jeweils nur Kinder eines Antragstellenden betroffen sind, ist der Bewilligungsbescheid für ihre Kinder nur an Frau B und der Ablehnungsbescheid für sein Kind nur an Herrn C zu versenden.

#### Beispiel 3:

Familie B/C stellt einen gemeinsamen Antrag auf KiZ für fünf Kinder. Drei Kinder sind Kinder von Frau B, **für die Frau B das Kindergeld bezieht**. Ein Kind ist Kind von Herrn C und ein Kind ist ein gemeinsames Kind von Frau B und Herrn C, **für das Herr C das Kindergeld bezieht**. Das Kind von Herrn C aus einer früheren Beziehung hat bereits das 25. Lebensjahr vollendet. Für das gemeinsame Kind und die Kinder von Frau B aus einer früheren Beziehung ergibt sich ein Anspruch auf Kinderzuschlag.

Der Bewilligungsbescheid betrifft Kinder beider Antragstellenden und ergeht daher gemeinsam. Im Bewilligungsbescheid ist daraufhin hinzuweisen, dass für das Kind ohne KiZ-Anspruch ein gesonderter Bescheid ergeht. Das Kind, für das ein gesonderter Bescheid ergeht, ist im gemeinsamen Bewilligungsbescheid namentlich zu benennen. Da der Ablehnungsbescheid nur ein Kind eines Antragstellenden betrifft, erhält nur Herr C den Ablehnungsbescheid.



(2) <sup>1</sup>Die gemeinsame Antragstellung ist nicht zwingend. <sup>2</sup>Beide Elternteile der Patchworkfamilie können auch weiterhin getrennt Kinderzuschlag für die jeweils eigenen Kinder beantragen. <sup>3</sup>Beide antragstellenden Elternteile erhalten dann jeweils nur für die eigenen Kinder, für welche sie Kinderzuschlag beantragt haben, einen Bescheid. <sup>4</sup>Geht bei getrennter Antragstellung der Elternteile einer der Anträge erst im nächsten Monat ein (z. B. ein Antrag geht am 31.01. ein und der andere Antrag am 02.02.), richtet sich der Beginn des BWZ nach dem zeitlich ersten Antrag. <sup>5</sup>Da Kinderzuschlag in der Regel für die gesamte BG beantragt wird, ist für beide Antragstellende der gleiche BWZ zu bilden.

## Getrennte Antragstellung

### E.1.6 Kurzantrag

(1) <sup>1</sup>Der Kurzantrag zur Beantragung von Kinderzuschlag wurde im Mai 2020 (E-Mail-Info vom 14. Mai 2020) im Rahmen des „Notfall-Kinderzuschlags“ zunächst vorübergehend und seit Oktober 2020 (E-Mail-Info 8. September 2020) dauerhaft eingeführt. <sup>2</sup>Er kann alternierend zu einem vollständigen Antrag von allen Antragstellern genutzt werden, soweit die Voraussetzungen hierfür vorliegen.

(2) <sup>1</sup>In der Regel ist von den Berechtigten ein vollständiger Antrag auf Kinderzuschlag zu stellen. <sup>2</sup>Das heißt, dass neben den Antragsvordrucken mit den erforderlichen Angaben zu den Verhältnissen im jeweils maßgeblichen BMZ (z. B. Wohnkosten im ersten Monat des BWZ; Einkommen der letzten sechs Monate vor BWZ) auch die entsprechenden Nachweise erbracht werden müssen. <sup>3</sup>Nach Ablauf des BWZ ist jeweils ein neuer Antrag zu stellen.

(3) <sup>1</sup>Wenn sich in den Verhältnissen der Berechtigten in den für den neuen Antrag als BMZ maßgeblichen sechs Monaten im Vergleich zum vorherigen Antrag nichts wesentlich geändert hat, kann im Wechsel zu einem vollständigen Antrag ein Kurzantrag gestellt werden. <sup>2</sup>Der Antragsteller erklärt damit, dass die für die Prüfung des aktuellen Anspruchs auf Kinderzuschlag erforderlichen Angaben denen des letzten Antrags entsprechen. <sup>3</sup>Durch den Kurzantrag wird lediglich darauf verzichtet, dass der Antragsteller diese Angaben gewissermaßen wiederholen muss. <sup>4</sup>Ebenso wird auf aktuelle Nachweise zu den Angaben verzichtet. <sup>5</sup>Das betrifft vornehmlich Angaben zu Einkommen, Vermögen und Wohnkosten.

(4) <sup>1</sup>Nicht wesentlich ist eine Änderung, wenn sie sich nach Einschätzung der Berechtigten im Ergebnis nicht oder jedenfalls nicht erheblich auf die Höhe des Kinderzuschlags auswirkt. <sup>2</sup>Es ist eine Gesamtbetrachtung vom Berechtigten vorzunehmen. <sup>3</sup>Bei der Frage, ob sich wesentliche Änderungen beim Einkommen ergeben haben, ist von den Berechtigten das durchschnittliche Einkommen der letzten sechs Monate mit dem Einkommen zu vergleichen, das bei der letzten Bewilligung zugrunde gelegt wurde.

(5) Eine Änderung in der Zusammensetzung der BG stellt immer eine wesentliche Änderung dar.

(6) <sup>1</sup>Von der Richtigkeit der durch den Berechtigten erfolgten Beurteilung, dass keine wesentlichen Änderungen vorliegen, ist grundsätzlich auszugehen, soweit keine Anhaltspunkte für wesentliche Änderungen ersichtlich sind. <sup>2</sup>Nach Ablauf des BWZ erfolgt keine rückwirkende Prüfung durch die Familienkasse. <sup>3</sup>Die Regelungen gem. [DA F. – F.3](#) bleiben davon unberührt und sind, soweit Anhaltspunkte für eine Prüfung vorliegen, weiterhin anzuwenden. <sup>4</sup>Eine Beratung zur Gesamtbetrachtung ist durch die Familienkasse nicht erforderlich. <sup>5</sup>Sind die Antragstellenden unsicher, ob ihre Änderungen in den Verhältnissen als wesentlich zu betrachten sind, sind sie auf den vollständigen Antrag zu verweisen. <sup>6</sup>Als Indiz dafür, dass die Berechtigten unsicher sind oder doch wesentliche Änderungen vorliegen, könnte sprechen, dass der Berechtigte aktuelle Einkommensnachweise oder geänderte Kosten der Unterkunft seinem Kurzantrag beifügt oder im Laufe des BWZ vorgelegt hat. <sup>7</sup>Liegen Indizien für wesentliche Änderungen vor, handelt es sich bei dem Kurzantrag dennoch um eine fristwahrende Antragstellung und die fehlenden Unterlagen für einen vollständigen Antrag sind anzufordern (siehe auch Absatz 8).

(7) <sup>1</sup>Haben sich die Verhältnisse nicht wesentlich geändert, sind der Prüfung und Berechnung des Kinderzuschlags die bereits vorliegenden Angaben zum Einkommen und den Wohnbedarfen zugrunde zu legen. <sup>2</sup>Entsprechende Nachweise und Unterlagen müssen auch zu einem späteren Zeitpunkt nicht vorgelegt werden. <sup>3</sup>Im Übrigen handelt es sich bei dem Kurzantrag um einen gewöhnlichen Antrag, der den üblichen Regelungen unterliegt und die üblichen Folgen mit sich bringt. <sup>4</sup>Insbesondere sind die aktuellen Beträge für Regelbedarfe und das aktuelle Kindergeld der Berechnung zu Grunde zulegen. <sup>5</sup>Außerdem kann der Kurzantrag auch erst zum Ende eines laufenden BWZ gestellt werden (siehe [DA E.1.2](#) Absatz 3). <sup>6</sup>Sollten zur Anspruchsprüfung noch Angaben benötigt werden, die nicht Einkommen, Vermögen oder Wohnkosten betreffen (z. B. aktueller Kindergeldbezug, aktueller Aufenthaltstitel, Mehrbedarfe), sind diese anzufordern.

(8) <sup>1</sup>Sind Änderungen in den Verhältnissen wesentlich, muss statt des Kurzantrags ein vollständiger neuer Antrag gestellt werden. <sup>2</sup>Reichen Berechtigte trotz wesentlicher Änderungen einen Kurzantrag ein, sind sie dazu anzufordern, den vollständigen Antrag auf Kinderzuschlag unterschrieben innerhalb einer Frist von vier Wochen nachzuholen und die erforderlichen Nachweise beizufügen. <sup>3</sup>Hierzu sind mit der BK-Vorlage kiz-01 die gesamten Antragsunterlagen zuzusenden und auf die Folgen fehlender Mitwirkung hinzuweisen.

(9) <sup>1</sup>Ein Kurzantrag ist nicht zulässig, wenn der Kinderzuschlag für den endenden BWZ bereits auf der Grundlage eines Kurzantrags bewilligt wurde.

<sup>2</sup>Geht dennoch in diesen Fällen ein Kurzantrag ein, sind die Antragstellenden darauf hinzuweisen, dass ein vollständiger Antrag gestellt werden muss, und die entsprechenden Nachweise anzufordern (siehe oben Absatz 8).

## E.2 Änderungen während des Bewilligungszeitraums

(1) <sup>1</sup>Änderungen in den tatsächlichen oder rechtlichen Verhältnissen, die während des laufenden BWZ eintreten, werden abweichend von § 48 SGB X grundsätzlich nicht berücksichtigt. <sup>2</sup>Ausnahmen bestehen lediglich, wenn sich

- der Höchstbetrag des Kinderzuschlags oder
- die Zusammensetzung der BG ändert.

<sup>3</sup>Wenn diese Ausnahmen nicht vorliegen, führen Änderungen in den tatsächlichen und rechtlichen Verhältnissen nicht zu einer Änderung oder Aufhebung der Bewilligung für den BWZ. <sup>4</sup>Das gilt insbesondere bei Änderungen beim Bedarf (Regelbedarfe, Mehrbedarf, BdU) oder beim Einkommen. <sup>5</sup>Der Kinderzuschlag ist unverändert in der bewilligten Höhe bis zum Ende des BWZ weiter zu zahlen.

### Beispiel

Am 5. Juli wird ein Antrag auf Kinderzuschlag gestellt. Die Anspruchsvoraussetzungen liegen vor und Kinderzuschlag wird für den BWZ vom 1. Juli bis 31. Dezember bewilligt. Zum 30. September wird das Arbeitsverhältnis der Berechtigten gekündigt und sie erhält ab Oktober Arbeitslosengeld.

Die geänderten Einkommensverhältnisse ab Oktober stellen eine Änderung in den tatsächlichen Verhältnissen im Sinne des § 48 SGB X dar, die jedoch nicht zu berücksichtigen sind. Die Bewilligung ist somit nicht aufzuheben.

(2) <sup>1</sup>Teilt der Berechtigte während eines laufenden BWZ dennoch Änderungen mit, ist er mit der BK-Vorlage kiz-13 darauf hinzuweisen, dass dies nicht erforderlich ist. <sup>2</sup>Stellt der Berechtigte zusammen mit der Mitteilung über die Änderungen einen neuen Antrag mit dem Ziel einer Neuberechnung, ist dieser mit dem Hinweis auf den laufenden BWZ abzulehnen. <sup>3</sup>Die bloße Mitteilung über die geänderten Verhältnisse ist nicht als konkludenter Antrag zu behandeln.

(3) <sup>1</sup>Endet der Kindergeldanspruch für ein Kind in der BG während des laufenden BWZ, liegt kein Aufhebungsgrund vor. <sup>2</sup>Der Kinderzuschlag ist bis Ende des BWZ unverändert weiter zu zahlen. <sup>3</sup>Das gilt auch, wenn während des BMZ die Berechtigtenbestimmung für das Kindergeld geändert wird. <sup>4</sup>Die Änderung der Berechtigtenbestimmung für das Kindergeld im laufenden BWZ wirkt sich erst nach Ablauf des BWZ aus. <sup>5</sup>Der neu Kindergeldberechtigte kann erst dann einen Antrag auf Kinderzuschlag wirksam stellen. <sup>6</sup>Anträge, die im laufenden BWZ gestellt werden, können als Anträge mit Wirkung zum nächstmöglichen Zeitraum ausgelegt werden. <sup>7</sup>Es sind von Amts wegen fehlende Unterlagen für die Berechnung der Bedarfe und des Einkommens im BMZ anzufordern.

### Beispiel:

Frau A und Herr B betreuen das gemeinsame Kind nach der Trennung im Wechselmodell. Beide haben sich darauf geeinigt, dass Frau A Kindergeld beantragen und beziehen soll. Frau A beantragt als Kindergeldberechtigte im Juli Kinderzuschlag, der ihr am 15. Juli für die Monate Juli bis Dezember bewilligt wird.

**Änderungen von Bedarf und Einkommen während des BWZ werden nicht berücksichtigt**

**Sonderfall Kindergeldanspruch**

Am 1. September nimmt Herr B eine neue Beschäftigung auf. Sein Arbeitgeber gewährt allen kindergeldberechtigten Personen einen monatlichen Bonus in Höhe von 50 EUR. Um in den Genuss des Bonus zu kommen, einigen sich Frau A und Herr B darauf, dass das Kindergeld ab Oktober von Herrn B beantragt und bezogen werden soll. An den jeweiligen Anwesenheitszeiten des Kindes bei den beiden Elternteilen ändert sich nichts. Herr B stellt einen entsprechenden Antrag auf Kindergeld bei der Familienkasse und gleichzeitig einen Antrag auf Kinderzuschlag.

Unabhängig davon, dass Kindergeld ab Oktober an Herrn B gezahlt wird, wird die Bewilligung des Kinderzuschlags von Frau A nicht aufgehoben, da keine Änderung der Zusammensetzung der BG vorliegt. Der Antrag auf Kinderzuschlag von Herrn B kann mit seinem Einverständnis als Antrag für den Zeitraum ab Januar ausgelegt werden. Insofern sind Einkommensnachweise für die Monate Juli bis Dezember und die Bedarfe für Unterkunft und Heizung der Mietwohnung für den Monat Januar anzufordern.

<sup>8</sup>Ändert sich die Kindergeldberechtigung dagegen aufgrund einer Änderung in der BG, so dass eine Aufhebung der Bewilligung des Kinderzuschlags nach § 48 SGB X aufgrund der Änderung der Zusammensetzung der BG in Betracht kommt, oder kommt aus anderen Gründen eine Rücknahme nach § 45 SGB X wegen Rechtswidrigkeit der Entscheidung in Betracht, kann über einen Antrag auf Kinderzuschlag der nun kindergeldberechtigten Person bereits ab Antragstellung, jedoch frühestens ab dem Folgemonat nach der Aufhebung, entschieden werden.

#### Beispiel:

Nach der Trennung von Frau A und Herrn B lebt das gemeinsame Kind im Haushalt von Frau A und besuchsweise an jedem zweiten Wochenende bei Herrn B. Frau A beantragt als Kindergeldberechtigte im Juli Kinderzuschlag, der ihr am 15. Juli für die Monate Juli bis Dezember bewilligt wird.

Am 10. September nimmt Herr B das Kind in seinen Haushalt auf, da Frau A eine Vollzeitbeschäftigung im Schichtdienst aufgenommen hat. Herr B stellt im September bei der Familienkasse einen Antrag auf Kindergeld und gleichzeitig einen Antrag auf Kinderzuschlag.

Da sich die Zusammensetzung der BG bei Frau A geändert hat, ist die Bewilligung des Kinderzuschlags ab Oktober aufzuheben. Der Antrag auf Kinderzuschlag von Herrn B kann als Antrag für den Zeitraum ab Oktober ausgelegt werden. Insofern sind Einkommensnachweise für die Monate April bis September und die Bedarfe für Unterkunft und Heizung der Mietwohnung für den Monat Oktober anzufordern.

(4) <sup>1</sup>Reicht der bewilligte Kinderzuschlag nach der Änderung der Verhältnisse nicht mehr aus, den Bedarf der BG zu decken, können ergänzend Leistungen nach dem SGB II beantragt werden. <sup>2</sup>Diese werden unter Anrechnung des bewilligten Kinderzuschlags gewährt. <sup>3</sup>Erstattungsansprüche unter den Sozialleistungsträgern entstehen nicht.

## **Paralleler SGB II-Bezug**

### **E.2.1 Erhöhung des Höchstbetrags des Kinderzuschlags**

(1) <sup>1</sup>Wird ein neuer Höchstbetrag des Kinderzuschlags festgelegt, stellt dies eine Änderung dar, bei der § 48 SGB X Anwendung findet (vgl. § 6a Absatz 7 Satz 3 BKG). <sup>2</sup>Die Änderung ist im laufenden BWZ zu berücksichtigen. <sup>3</sup>Eine Aufhebung der Bewilligung ist in diesen Fällen jedoch nicht erforderlich. <sup>4</sup>Es wird lediglich die Differenz zwischen dem neuen Höchstbetrag und dem alten Höchstbetrag an

den Berechtigten ausgezahlt. <sup>5</sup>Der BWZ bleibt dabei unverändert. <sup>6</sup>So ist z. B. bei Bewilligungen von Kinderzuschlag für einen BWZ über den 31. Dezember **2023** hinaus zu verfahren, da sich ab Januar **2024** ein höherer Höchstbetrag ergibt.

Beispiel:

Herr K. erhält für den BWZ von Oktober **2023** bis März **2024** einen geminderten Kinderzuschlag für drei Kinder in Höhe von 350 EUR. Ab Januar **2024** erhöht sich der Höchstbetrag von **250** EUR auf **292** EUR **je Kind**.

Die Differenz von **42** EUR pro Kind, also **126** EUR, wird Herrn K. im Januar **2024** automatisch zusätzlich ausgezahlt. Der Bewilligungsbescheid ist nicht zu ändern und der BWZ bleibt gleich.

(2) <sup>1</sup>Die Auszahlung des Differenzbetrags erfolgt ohne schriftlichen Bescheid. <sup>2</sup>Ein schriftlicher Bescheid ist in diesen Fällen nicht erforderlich, weil die zusätzliche Auszahlung ausschließlich begünstigenden Charakter hat. <sup>3</sup>Im Falle einer Rückforderung (siehe [DA F](#)) ist dieser ausgezahlte Differenzbetrag daher ebenfalls zu berücksichtigen und zurückzufordern.

## E.2.2 Änderungen der Zusammensetzung der BG

### E.2.2.1 Aufhebung der Bewilligung

(1) Bei Änderungen der Zusammensetzung der BG ist die Bewilligung mit Ablauf des Monats, in dem sich die Zusammensetzung der BG geändert hat, nach § 6a Absatz 7 Satz 3 BKGG i. V. m. § 48 SGB X (ggf. rückwirkend) aufzuheben.

(2) <sup>1</sup>Eine Änderung der Zusammensetzung der BG kann z. B. erfolgen durch:

- die Geburt eines Kindes,
- das Ausscheiden eines Kindes wegen Auszugs,
- Auflösung der BG durch Wegzug der Familie ins Ausland,
- den Auszug eines Elternteils oder
- die Gründung einer neuen BG des Kinderzuschlagsberechtigten mit einem neuen Partner.

<sup>2</sup>Keine Änderung der BG im Sinne des § 6a Absatz 7 Satz 3 BKGG liegt vor, wenn ein Kind während des BWZ Einkommen erzielt, mit dem es seinen eigenen Bedarf decken kann, so dass es kein Mitglied der BG mehr im Sinne des SGB II wäre. <sup>3</sup>Gleiches gilt, wenn Kinderzuschlag für ein Kind abgelehnt wurde, weil es über Einkommen verfügt, mit dem es seinen eigenen Bedarf decken kann, und dieses Einkommen während des laufenden BWZ wegfällt. <sup>4</sup>Dabei handelt es sich vielmehr um Änderungen in den Einkommensverhältnissen, die gemäß § 6a Absatz 7 Satz 3 BKGG während eines BWZ nicht zu berücksichtigen sind.

(3) <sup>1</sup>Die Aufhebung der Bewilligung ist mit Ablauf des Monats der Änderung vorzunehmen. <sup>2</sup>Die Aufhebung erfolgt nicht Tag genau ab Änderung der Verhältnisse, da Kinderzuschlag gemäß § 5 Absatz 1

**Keine Änderung der BG bei Änderungen in den Einkommensverhältnissen des Kindes**

**Aufhebung mit Ablauf des Monats der Änderung der BG**

2. Halbsatz BKGG bis zum Ende des Monats gezahlt wird, in dem die Anspruchsvoraussetzungen wegfallen. <sup>3</sup>Die Aufhebung erfolgt auch dann mit Ablauf des Monats der Änderung, wenn die Gründe für die Aufhebung erst später bekannt werden oder der Aufhebungsbescheid erst zu einem späteren Zeitpunkt erfolgt. <sup>4</sup>Der Berechtigte ist verpflichtet, die Änderung der Zusammensetzung der BG anzuzeigen. <sup>5</sup>Wird dies unterlassen und die Familienkasse erhält erst nach Ablauf des BWZ davon Kenntnis, ist die Bewilligung mit Ablauf des Monats, in dem sich die Zusammensetzung der BG geändert hat, nach § 48 Absatz 1 Nr. 2 SGB X aufzuheben.

Beispiel:

Die Berechtigte bezieht Kinderzuschlag für drei Kinder für den BWZ vom 1. Juli bis 31. Dezember **2023**. Eines dieser Kinder wird am 15. November von den Großeltern in ihren Haushalt aufgenommen. Die Familienkasse erfährt davon durch den Kindergeldantrag der Großeltern vom 11. Januar **2024** und durch den neuen Antrag der Berechtigten auf Kinderzuschlag vom 12. Januar **2024**. Die Bewilligung für den BWZ vom 1. Juli 1 bis 31. Dezember **2023** ist mit Wirkung ab Dezember aufzuheben. Der Antrag auf Kinderzuschlag vom 12. Januar **2024** ist als Antrag auf Kinderzuschlag für den BWZ vom 1. Dezember **2023** bis 31. Mai **2024** zu behandeln. Er ist rechtzeitig gestellt, weil er sogar noch vor der Aufhebung des vorangegangenen BWZ gestellt wurde.

<sup>6</sup>Die Berechtigten erhalten mit dem Bewilligungsbescheid den Vordruck KiZ-45. <sup>7</sup>Mit diesem Vordruck wird auf die Anzeigepflicht bei Änderungen in der Zusammensetzung der BG hingewiesen sowie erläutert, dass die Bewilligung des Kinderzuschlags bei einer Änderung der BG zwingend aufzuheben ist. <sup>8</sup>Damit kommt für den Fall, dass die Entscheidung über die Aufhebung erst zu einem späteren Zeitpunkt getroffen werden kann, eine rückwirkende Aufhebung nach § 48 Absatz 1 Satz 2 Nr. 4 SGB X in Betracht.

### E.2.2.2 Verfahren bei gleichzeitigem neuem Antrag

(1) <sup>1</sup>Für die erneute Bewilligung nach der Änderung der Zusammensetzung der BG ist ein neuer Antrag erforderlich. <sup>2</sup>Dieser kann auch konkludent gestellt werden, z. B. durch die Anzeige der Änderung der Zusammensetzung der BG oder durch die Einreichung von Unterlagen (auch in einem Kindergeldteam).

### Konkludenter Antrag

Beispiel:

Die Berechtigte bezieht Kinderzuschlag für zwei 16 und 19 Jahre alte Kinder für den BWZ vom 1. November 2022 bis 31. April 2023. Sie zeigt am 18. Februar 2023 an, dass ihr 19 Jahre altes Kind am 10. Februar aus ihrem Haushalt ausgezogen sei. Sie habe keinen Kontakt mehr. Damit ist sie ihrer Anzeigepflicht nachgekommen und hat zugleich konkludent einen Antrag auf Kinderzuschlag für das 16 Jahre alte Kind für den BWZ vom 1. März bis 31. August 2023 gestellt.

<sup>3</sup>Wurde der Antrag konkludent gestellt und der Berechtigte mit der BK-Vorlage kiz-01 zur Vorlage der erforderlichen Unterlagen (Antragsvordruck und Nachweise) aufgefordert, kann von einer Rücknahme des Antrags ausgegangen werden, wenn diese Unterlagen nicht unverzüglich innerhalb eines Monats nachgereicht werden ([DA E.2.2.3 Absatz 3](#)).



<sup>4</sup>Liegt ein neuer Antrag vor, hat die Aufhebung der ursprünglichen Bewilligung erst zusammen mit der Entscheidung über die neue Bewilligung zu erfolgen. <sup>5</sup>Damit wird Kinderzuschlag zunächst – wie bereits bewilligt – weitergezahlt, bis über den weiteren Anspruch auf Kinderzuschlag entschieden wurde. <sup>6</sup>Eine vorläufige Zahlungseinstellung kommt in der Regel nicht in Betracht (siehe auch [DA F.5](#)), es sei denn, die Berechtigte/der Berechtigte hat um eine Zahlungseinstellung gebeten, um eine mögliche Überzahlung zu vermeiden. <sup>7</sup>Besteht weiterhin ein Anspruch auf Kinderzuschlag, erfolgt eine Verrechnung des bereits ausgezahlten Kinderzuschlags mit dem neu errechneten Anspruch.

### Zeitgleiche Entscheidung über Ablehnung und neuen Antrag

#### Beispiel:

Frau W. bezieht Kinderzuschlag für ein Kind für März bis August. Am 15. Mai bekommt sie ihr zweites Kind. Mit dem Antrag auf Kindergeld vom 20. Mai teilt sie dies auch der zuständigen Familienkasse mit. Das Team Kindergeld informiert das Team Kinderzuschlag über die Änderung, welches die Mitteilung auch als neuen Antrag auf Kinderzuschlag wertet. Frau W. wird aufgefordert Antragsunterlagen für die neue Lebens- und Einkommenssituation ab Juni einzureichen. Der bisherige Kinderzuschlag wird weitergezahlt.

Aufgrund der eingehenden Unterlagen wird zeitgleich über den Anspruch auf Kinderzuschlag ab Juni für beide Kinder und die Aufhebung der Bewilligung ab Juni für das erste Kind entschieden.

<sup>8</sup>Besteht kein Anspruch auf Kinderzuschlag mehr, weil das Einkommen der neuen BG zu gering ist (etwa wenn eine Person mit Einkommen auszieht), so dass kein Anspruch auf Kinderzuschlag mehr besteht und SGB II-Leistungen in Anspruch zu nehmen wären, ist der neue Antrag auf Kinderzuschlag abzulehnen und die ursprüngliche Bewilligung mit Ablauf des Monats, in dem sich die Zusammensetzung der BG geändert hat, aufzuheben. <sup>9</sup>Die Familie ist darauf hinzuweisen, einen Antrag auf SGB II-Leistungen zu stellen. <sup>10</sup>Um zu ermöglichen, dass der SGB II-Träger möglichst schnell über den Antrag entscheiden kann, ist der Ablehnung der Berechnungsbogen beizufügen. <sup>11</sup>Auf die Rückforderung des in der Zwischenzeit zu Unrecht ausgezahlten Kinderzuschlags ist nach § 11 Absatz 5 BKGG zu verzichten.

#### Beispiel:

Frau A beantragt im August 2023 Kinderzuschlag für ein Kind. Sie ist schwanger und erwartet im Dezember 2023 ihr zweites Kind. Ihr ist Kinderzuschlag (dennoch) für den BWZ August 2023 bis Januar 2024 zu bewilligen und die tatsächliche Änderung abzuwarten. Im Dezember teilt Frau A mit, dass ihr Kind zwei Wochen zu früh und somit schon im November 2023 geboren wurde. Da unter Berücksichtigung von zwei Kindern mit dem Einkommen von Frau A Hilfebedürftigkeit nicht vermieden werden kann, ist die Bewilligung des Kinderzuschlags ab Dezember 2023 aufzuheben und Frau A an den SGB II-Träger zu verweisen. Auf eine Rückforderung ggf. zu viel gezahlten Kinderzuschlags ist zu verzichten (siehe DA F.4).

### **E.2.2.3 Beginn des neuen Bewilligungszeitraums bei Änderungen der BG**

(1) <sup>1</sup>Ändert sich die BG und besteht auch in der neu zusammengesetzten BG ein Anspruch auf Kinderzuschlag, soll der neue BWZ



möglichst nahtlos anschließen. <sup>2</sup>Wird die Bewilligung aufgrund einer Änderung der BG mit Ablauf des Monats, in dem die Änderung eingetreten ist, aufgehoben, beginnt der neue BWZ somit in der Regel unmittelbar nach diesem Monat.

(2) <sup>1</sup>Sofern nach der Änderung der Zusammensetzung der BG eine BG verbleibt, in der ein Anspruch auf Kinderzuschlag bestehen kann, wird in der Regel bereits mit der Anzeige der Änderung der BG Kinderzuschlag neu beantragt werden.

Beispiel:

Der Berechtigte teilt mit, dass sein ältester Sohn, für den er Kinderzuschlag bezieht, ausgezogen ist.

Die Änderung der BG führt dazu, dass die Bewilligung aufzuheben ist.

Im Haushalt des Berechtigten leben noch zwei weitere Kinder, für die er bislang Kinderzuschlag bezogen hat.

Damit besteht auch nach der Änderung der Zusammensetzung weiterhin eine BG, in der ein Anspruch auf Kinderzuschlag in Betracht kommen kann.

<sup>2</sup>Der Antrag kann ausdrücklich gestellt werden (vgl. Vordruck KiZ-45).

<sup>3</sup>Im Zweifel ist die Anzeige der Änderung der BG als konkludenter Antrag auszulegen. <sup>4</sup>Der neue BWZ beginnt nahtlos in dem Monat, der auf den Monat folgt, in dem sich die Zusammensetzung der BG geändert hat. <sup>5</sup>In Fällen, in denen die Änderung der BG noch in dem Monat angezeigt wird, in der sie erfolgt, oder im Folgemonat der Änderung, folgt das aus § 6a Absatz 7 Satz 2 BKGG. <sup>6</sup>In Fällen, in denen die Änderungsanzeige erst zu einem späteren Zeitpunkt erfolgt, beginnt der neue BWZ dagegen in analoger Anwendung des § 6a Absatz 7 Satz 4 BKGG ebenfalls nahtlos im Folgemonat nach der Änderung der BG. <sup>7</sup>§ 6a Absatz 7 Satz 4 BKGG regelt, dass ein Antrag, der unverzüglich nach einer Aufhebung wegen Änderung der BG gestellt wurde, auf den Folgemonat nach der Änderung der BG zurückwirkt.

<sup>8</sup>Nichts anderes kann gelten, wenn der neue Antrag gestellt wird, noch bevor eine Aufhebung erfolgt ist.

Beispiel:

Herr K. teilt der Familienkasse am 27. Mai mit, dass seine Partnerin zum 30. Juni ausziehen wird. Die Familienkasse hebt die Bewilligung erst am 2. November auf, obwohl Herr K. bereits am 20. Juli einen neuen Antrag gestellt hat.

Der Antrag auf Kinderzuschlag ist unverzüglich gestellt worden, so dass Kinderzuschlag mit einem neuen BWZ von Juli bis Dezember bewilligt werden kann.

<sup>9</sup>Dabei ist auch unerheblich, wenn die Anzeige der Änderung der BG verspätet erfolgt ist. <sup>10</sup>Das heißt, auch in Fällen einer verspäteten Anzeige kann bei Vorliegen der Anspruchsvoraussetzungen Kinderzuschlag nahtlos weitergezahlt werden.

(3) <sup>1</sup>Unverzüglich bedeutet gemäß § 121 BGB ohne schuldhaftes Zögern. <sup>2</sup>Für das Ausfüllen des Antrags und die Beibringung der erforderlichen Unterlagen ist dem Antragsteller ein Zeitraum von einem

Monat zuzugestehen. <sup>3</sup>Bei Eingang des Antrags bei der Familienkasse innerhalb eines Monats nach Zugang des Aufhebungsbescheides ist von unverzüglichem Antragstellung auszugehen.

Beispiel:

Frau W. bezieht Kinderzuschlag für ein Kind für März bis August. Am 15. Mai bekommt sie ihr zweites Kind. Mit dem Antrag auf Kindergeld vom 20. Mai teilt sie dies auch der zuständigen Familienkasse mit. Das Team Kindergeld informiert das Team Kinderzuschlag über die Änderung, welches die Mitteilung auch als neuen Antrag auf Kinderzuschlag wertet. Frau W. wird aufgefordert Antragsunterlagen für die neue Lebens- und Einkommenssituation ab Juni einzureichen. Der bisherige Kinderzuschlag wird weitergezahlt.

Wenn Frau W. bis zum Ablauf der in der Aufforderung genannten Frist keine Antragsunterlagen einreicht, ist über die Aufhebung ab dem Folgemonat der Änderung der Zusammensetzung der Bedarfsgemeinschaft, also ab Juni zu entscheiden. Am 3. Juli hebt die Familienkasse die Bewilligung des Kinderzuschlags für die Zeit ab Juni nach § 48 Absatz 1 SGB X i. V. m. §§ 6a Absatz 7 und 5 Absatz 1 BKGG auf. Am 27. Juli stellt Frau W. den neuen Antrag auf Kinderzuschlag für ihre zwei Kinder.

Der Antrag auf Kinderzuschlag ist unverzüglich gestellt worden, so dass Kinderzuschlag mit einem neuen BWZ von Juni bis November bewilligt werden kann. Bis einschließlich Mai wird Kinderzuschlag für ein Kind gezahlt.

<sup>4</sup>Bei Überschreitung dieser Monatsfrist ist zu prüfen, ob die Antragstellung wegen besonderer Umstände noch als unverzüglich angesehen werden kann.

(4) Wird ein neuer Antrag mehr als einen Monat nach Zugang des Aufhebungsbescheides gestellt und liegt eine unverzügliche Antragstellung damit nicht vor (vgl. Absatz 3), beginnt der neue BWZ regelmäßig erst mit Beginn des Antragsmonats.

(5) <sup>1</sup>Ist der neue Antrag abzulehnen, weil der Bedarf der neuen BG durch ihr Einkommen und den Kinderzuschlag nicht gedeckt werden kann, ist der Antragsteller auf die Möglichkeit der rückwirkenden Antragstellung auf Leistungen nach dem SGB II hinzuweisen. <sup>2</sup>Nach § 28 SGB X kann ein Antrag auf Leistungen nach dem SGB II nachgeholt werden, wenn er wegen des Antrags auf Kinderzuschlag nicht gestellt wurde und der Antrag auf Kinderzuschlag abgelehnt wurde. <sup>3</sup>Der Antrag muss nach § 40 Absatz 7 SGB II unverzüglich nach Ablauf des Monats gestellt werden, in dem die Ablehnung bindend, also bestandskräftig, geworden ist.

**Rückwirkende Antragstellung auf SGB II-Leistungen bei Ablehnung des Kinderzuschlags**

Beispiel:

Kinderzuschlag ist für den BWZ vom 1. Juli 2023 bis 31. Dezember 2023 bewilligt. Am 3. Oktober 2023 zeigt die Berechtigte an, dass sie am 28. September 2023 ein weiteres Kind geboren hat, und beantragt die Zahlung eines entsprechend höheren Kinderzuschlags. Am 20. Januar 2024 reicht die Berechtigte die erforderlichen Unterlagen für den BWZ von Oktober 2023 bis März 2024 ein. Aufgrund der Änderung der Zusammensetzung der BG wird der ursprüngliche Bewilligungsbescheid aufgehoben. Da der Bedarf der BG durch ihr Einkommen und den Kinderzuschlag nun nicht mehr gedeckt werden kann, wird der neue Antrag abgelehnt. Der Ablehnungsbescheid geht der Berechtigten am 4. März 2024 zu und wird am 5. April 2024 bestandskräftig. Um rückwirkend Leistungen nach dem

SGB II erhalten zu können, muss sie den entsprechenden Antrag unverzüglich (vgl. Absätze 3 und 4) nach Ablauf des Monats April 2024 stellen. Sie kann dann Leistungen nach dem SGB II ab dem 1. Oktober 2023 erhalten.

Die Bewilligung über den BWZ von Juli bis Dezember 2023 ist (erst) zusammen mit der Ablehnung des neuen Antrags aufzuheben. Auf eine Rückforderung des in der Zwischenzeit gezahlten Kinderzuschlags ist nach § 11 Absatz 5 BKGG zu verzichten, da der Kinderzuschlag im SGB II als Einkommen angerechnet wird.

<sup>4</sup>Ein rechtzeitig gestellter Antrag wirkt dann nach § 28 SGB X bis zu einem Jahr zurück (vgl. auch [DA E.1.3 Absatz 2](#)).

### E.3 Ablehnung

(1) <sup>1</sup>Wird der Kinderzuschlag abgelehnt, so wirkt die Ablehnung grundsätzlich nur für den Antragsmonat und nicht für den Zeitraum von sechs Monaten. <sup>2</sup>Ein erneuter Antrag ist somit bereits ab dem Folgemonat möglich. <sup>3</sup>Dies gilt insbesondere in Fällen, in denen der Kinderzuschlag vollständig – für alle Kinder – abgelehnt wird. <sup>4</sup>Im Ablehnungsbescheid ist auf die Möglichkeit, der erneuten Antragstellung hinzuweisen.

(2) <sup>1</sup>Eine Ablehnung kann auch für einzelne Kinder (kindbezogen) erfolgen, während im Übrigen Kinderzuschlag bewilligt wird. <sup>2</sup>Dies kommt insbesondere in Betracht, wenn ein Kind, für das Kinderzuschlag beantragt wird, generell nicht berücksichtigt werden kann (z. B. Enkelkind). <sup>3</sup>Aber auch, wenn ein Kind über Einkommen oder Vermögen verfügt, mit dem es seinen eigenen Bedarf decken kann, und deshalb kein Mitglied der BG ist.

(3) <sup>1</sup>Wird Kinderzuschlag bewilligt, für einzelne Kinder erfolgt jedoch eine Ablehnung, ist für die Wirkung der Ablehnung und die Frage, wann im Hinblick auf die Ablehnung ein neuer Antrag gestellt werden kann, zu unterscheiden, aus welchem Grund die Ablehnung erfolgt. <sup>2</sup>Erfolgt die Ablehnung, weil das entsprechende Kind über Einkommen oder Vermögen verfügt, mit dem es seinen eigenen Bedarf decken kann, so wirkt die Ablehnung ggf. für die Dauer des bewilligten BWZ fort. <sup>3</sup>Änderungen in den Einkommens- oder Vermögensverhältnissen, die während des BWZ eintreten, sind nicht zu berücksichtigen und führen insbesondere nicht zu einer Neuberechnung des Kinderzuschlags. <sup>4</sup>Zwar kann grundsätzlich insbesondere in Fällen, in denen Kinderzuschlag wegen zu hohem Vermögen abgelehnt wurde und das Vermögen zwischenzeitlich verbraucht wurde, jederzeit ein neuer Antrag gestellt werden. <sup>5</sup>Wurde jedoch für weitere Kinder in der BG Kinderzuschlag bewilligt, kann ein neuer Antrag erst gestellt werden, wenn der BWZ beendet ist oder sich anderweitige Änderungen in der BG ergeben haben, die zu berücksichtigen sind. <sup>6</sup>Wird Kinderzuschlag für eines von mehreren Kindern abgelehnt, weil es kein Mitglied der BG ist und ändert sich diesbezüglich etwas, kann wiederum ein Antrag bereits ab dem Folgemonat gestellt werden, außer das Kind war deswegen kein Mitglied der BG, weil es über bedarfsdeckendes Einkommen verfügt hat.

Beispiel:

Die Antragstellerin beantragt im Mai 2023 für drei Kinder Kinderzuschlag. Eins der Kinder ist dauerhaft auswärtig untergebracht, die anderen beiden Kinder wohnen im Haushalt der Antragstellerin.

Der Kinderzuschlag wird für die beiden Kinder, die im Haushalt der Antragstellerin wohnen für den BWZ von Mai bis Oktober 2023 bewilligt. Für das Kind, das auswärtig untergebracht ist, erfolgt eine Ablehnung.

Am 1. Juni zieht das Kind aus der auswärtigen Unterbringung in den Haushalt der Berechtigten zurück.

Aufgrund der Änderung der Zusammensetzung der BG kann die Berechtigte bereits im Juni (für den BWZ Juli bis einschließlich Dezember 2023) einen neuen Antrag für alle drei Kinder stellen.

<sup>7</sup>Sofern die kindbezogene Ablehnung aus Gründen erfolgt, bei deren Wegfall jederzeit ein neuer Antrag gestellt werden kann, ist im Ablehnungsbescheid auf die Möglichkeit der erneuten Antragstellung hinzuweisen.

#### **E.4 Auszahlung des Kinderzuschlags**

(1) <sup>1</sup>Der Kinderzuschlag wird nur für volle Monate gezahlt. <sup>2</sup>Der Anspruch beginnt mit dem Monat, in dem die Anspruchsvoraussetzungen erfüllt sind. <sup>3</sup>Der Kinderzuschlag wird bis zum Ende des Monats gewährt, in dem die Anspruchsvoraussetzungen wegfallen.

(2) Der auszuzahlende (Gesamt-)Kinderzuschlag ist nach Minderung durch Einkommen und Vermögen nach § 11 Absatz 2 BKGG auf volle Eurobeträge zu runden.

(3) <sup>1</sup>Beträgt der monatlich auszuzahlende Betrag des Kinderzuschlags weniger als 5 EUR, ist eine Daueranweisung des Kinderzuschlags nicht zulässig. <sup>2</sup>In diesen Fällen ist der auszuzahlende Betrag nach Ablauf des BWZ in einer Summe anzuweisen. <sup>3</sup>Die/der Berechtigte ist hierüber im Bewilligungsbescheid zu informieren.

(4) <sup>1</sup>Bei nicht verheirateten Paaren mit jeweils eigenen Kindern („Patchworkfamilien“) wird der Kinderzuschlag anteilig auf das Konto des jeweiligen Elternteils überwiesen. <sup>2</sup>Das gilt auch bei einer gemeinsamen Antragstellung.

#### **E.5 Verzicht**

(1) <sup>1</sup>Auf Ansprüche auf Sozialleistungen kann durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Leistungsträger verzichtet werden. <sup>2</sup>Der Verzicht kann jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden. <sup>3</sup>Er ist unwirksam, soweit durch ihn andere Personen oder Leistungsträger belastet oder Rechtsvorschriften umgangen werden. <sup>4</sup>Der Verzicht ist kein Aufhebungstatbestand. <sup>5</sup>Er bewirkt lediglich, dass Sozialleistungen, für die alle Anspruchsvoraussetzungen vorliegen, nicht ausgezahlt werden. <sup>6</sup>Der Verzicht ist in § 46 SGB I geregelt ([siehe FW zu § 46 SGB I](#)).

(2) <sup>1</sup>Wird während eines laufenden BWZ der Verzicht erklärt, ist dies grundsätzlich zulässig. <sup>2</sup>Aus welchen Gründen der Verzicht erklärt

wurde, muss nicht ermittelt werden. <sup>3</sup>Infolge des Verzichts ist die Zahlung des Kinderzuschlags einzustellen und der Berechtigte **mit der BK-Vorlage kiz-18** darüber zu informieren, dass der Verzicht jederzeit für die Zukunft widerrufen werden kann. <sup>4</sup>Eine Aufhebung der Bewilligung erfolgt grundsätzlich nicht.

(3) <sup>1</sup>Wird der Verzicht für die Zukunft widerrufen, ist die Zahlung des Kinderzuschlags ab dem Monat, in dem der Widerruf erklärt wird, wieder aufzunehmen **und der Berechtigte mit der BK-Vorlage kiz-35 darüber zu informieren**. <sup>2</sup>Ein Widerruf kann nicht für die Vergangenheit erfolgen.

(4) <sup>1</sup>Erfolgt der Widerruf erst nach Ablauf des BWZ, für den verzichtet wurde, ist der Widerruf als formlose fristwahrende Antragstellung anzuerkennen. <sup>2</sup>**Über die Erfolgslosigkeit des verspäteten Widerrufs ist der Berechtigte mit der BK-Vorlage kiz-35 zu informieren**. <sup>3</sup>Der Antragstellende **ist zusätzlich mit der BK-Vorlage kiz-01** aufzufordern, fehlende Nachweise und die Unterschrift innerhalb einer Frist von vier Wochen nachzuholen. <sup>4</sup>Hierzu sind die vollständigen Antragsunterlagen zuzusenden und auf die Folgen fehlender Mitwirkung hinzuweisen.

(5) <sup>1</sup>Wird zeitgleich mit dem Verzicht ein neuer Antrag gestellt, beinhaltet das den Versuch, die Regelung des § 6a Absatz 7 BKGG, dass Änderungen in den Bedarfen oder dem Einkommen keinen Einfluss auf die laufende Bewilligung haben, zu umgehen. <sup>2</sup>In diesen Fällen ist der Verzicht rechtsmissbräuchlich und deshalb nicht wirksam. <sup>3</sup>**Hierüber ist der Kunde mit der BK-Vorlage kiz-35 zu informieren**. <sup>4</sup>Der neue Antrag ist mit Hinweis auf den laufenden BWZ **mit der BK-Vorlage kiz-31** abzulehnen. <sup>5</sup>Gleichzeitig ist das Verzichtsbegehren abzulehnen.

## F Aufhebungs- und Erstattungsverfahren

(1) <sup>1</sup>Sofern im BKGG nichts Anderes geregelt ist, finden die Verfahrensvorschriften des SGB I und SGB X Anwendung (§ 18 BKGG). <sup>2</sup>Zur Rücknahme und Aufhebung von Verwaltungsakten sowie der Erstattung überzahlten Kinderzuschlags wird grundsätzlich auf die Regelungen in [DA 131 bis 134 SGB X](#) verwiesen.

(2) <sup>1</sup>§ 6a Absatz 7 Satz 3 BKGG schränkt die Anwendung von § 48 SGB X bei Änderung der Verhältnisse im BWZ ein. <sup>2</sup>Die Rücknahme eines rechtswidrigen nicht begünstigenden Verwaltungsaktes nach § 44 SGB X und die Rücknahme eines rechtswidrigen begünstigenden Verwaltungsaktes nach § 45 SGB X sind dagegen möglich.

(3) <sup>1</sup>Liegen die Voraussetzungen für eine Rücknahme oder Aufhebung eines gemeinsam erteilten Bescheides an unverheiratete Elternteile einer „Patchworkfamilie“ vor, ist das Individualprinzip zu berücksichtigen. <sup>2</sup>Die Rücknahme/Aufhebung kann nur mit einem persönlichen Einzelbescheid gegenüber dem jeweiligen Elternteil der Patchworkfamilie in Höhe des auf ihn entfallenden Anteils vorgenommen werden. <sup>3</sup>Dies gilt auch für den Erstattungsbescheid und die Prüfung eines Erstattungsverzichts.

### F.1 Rücknahme von Verwaltungsakten nach § 44 SGB X

(1) Wenn Kinderzuschlag zu Unrecht wegen eines Fehlers bei der Bearbeitung abgelehnt oder zu niedrig bewilligt wurde, kann dies nach § 44 SGB X nachträglich berichtigt werden.

#### Rücknahme/ Aufhebung des VA

##### Beispiel:

Eine Berechtigte hat für einen abgelaufenen BWZ geminderten Kinderzuschlag erhalten. Bei der Bearbeitung des neuen Antrags fällt auf, dass sich ein Anspruch auf ungeminderten Kinderzuschlag ergibt, obwohl sich die tatsächlichen Verhältnisse nicht verändert haben. Nach näherer Prüfung wird erkannt, dass im abgelaufenen BWZ ein Mehrbedarf nicht berücksichtigt wurde. Der Bescheid für den abgelaufenen BWZ ist nach § 44 SGB X von Amts wegen zu berichtigen und Kinderzuschlag nachzuzahlen.

(2) Ein rechtswidriger Verwaltungsakt im Sinne von § 44 Absatz 1 SGB X ist nach § 11 Absatz 4 BKGG für die Zukunft, d. h. für die Zeit nach Bekanntgabe des Rücknahmebescheides, zurückzunehmen, unabhängig davon, wem die unrichtige Rechtsanwendung oder der unrichtige Sachverhalt zuzurechnen ist.

(3) <sup>1</sup>Eine Rücknahme einer bestandskräftigen fehlerhaften Ablehnung, Aufhebung oder zu niedriger Bewilligung für die Vergangenheit kommt nach § 44 SGB X in Betracht, wenn die Antragstellerin/der Antragsteller die fehlerhafte Entscheidung der Familienkasse nicht zu vertreten hat. <sup>2</sup>In Fällen, in denen der Antragsteller Unterlagen nicht bzw. nicht vollständig eingereicht oder falsche Angaben gemacht und dadurch die fehlerhafte Entscheidung selbst verursacht hat, ist die Rücknahme der fehlerhaften Entscheidung unter Ausübung des pflichtgemäßen Ermessens für die Vergangenheit abzulehnen.

#### Fehlerhafter VA



(4) <sup>1</sup>Für über 18 Jahre alte Kinder wird oft erst rückwirkend festgestellt, ob ein Anspruch auf Kindergeld besteht oder nicht – vergleiche hierzu DA B. 1.1 Absatz 3. <sup>2</sup>Eine rückwirkende Festsetzung oder Aufhebung von Kindergeld macht die Entscheidung über den Kinderzuschlag nicht von Beginn an unrichtig. <sup>3</sup>Etwas anderes gilt, wenn gegen die Entscheidung im Kindergeld zum Zeitpunkt der Antragstellung im Kinderzuschlag ein Einspruchsverfahren anhängig war und die Kindergeldentscheidung im Rahmen des Rechtsbehelfsverfahrens geändert wird. <sup>4</sup>Eine Entscheidung im Einspruchsverfahren ist keine nachträgliche Änderung der Verhältnisse. <sup>5</sup>Mit der Abhilfe wird der Zustand hergestellt, der bei ordnungsgemäßer Entscheidung zum Zeitpunkt der Antragstellung vorgelegen hätte.

## F.2 Aufhebung von Verwaltungsakten nach § 45 SGB X

(1) Wenn aufgrund unvollständiger Angaben Kinderzuschlag zu Unrecht oder in falscher Höhe gezahlt wurde, kann der überzahlte Betrag unter den Voraussetzungen des § 45 Absatz 2 Satz 3 SGB X zurückgefordert werden.

### Sonderregelung zu § 45 SGB X

#### Beispiel:

Eine Berechtigte hat im Antrag nur Angaben zum Einkommen ihres Ehemannes gemacht. Sie hat angegeben, selbst kein Einkommen zu haben. Der Familienkasse geht eine Anzeige zu, wonach die Berechtigte seit längerer Zeit erwerbstätig ist. Die Berechtigte wird dazu angehört und räumt ein, auch im BMZ des laufenden BWZ einen 520 EUR-Job ausgeübt zu haben. Der Kinderzuschlag ist unter Berücksichtigung des 520 EUR-Jobs der Berechtigten für den laufenden BWZ neu zu berechnen und überzahlter Kinderzuschlag zurückzufordern.

(2) <sup>1</sup>Voraussetzung für eine Rücknahme der Entscheidung nach § 45 SGB X ist, dass die/der Begünstigte nicht auf den Bestand des VA vertraut hat oder vertrauen durfte und ihr/sein Vertrauen unter Abwägung mit dem öffentlichen Interesse nicht schutzwürdig war. <sup>2</sup>Auf Vertrauen kann sich die/der Betroffene nicht berufen, wenn dieses bereits gesetzlich ausgeschlossen ist, weil die/der Betroffene „bösgläubig“ war. <sup>3</sup>Davon ist auszugehen, wenn

- sie/er den Verwaltungsakt durch arglistige Täuschung, Drohung oder Bestechung erwirkt hat,
- der Verwaltungsakt auf Angaben beruht, die die/der Begünstigte vorsätzlich oder grob fahrlässig in wesentlicher Beziehung unrichtig oder unvollständig gemacht hat, oder
- sie/er die Rechtswidrigkeit des Verwaltungsaktes kannte oder infolge grober Fahrlässigkeit nicht kannte; grobe Fahrlässigkeit liegt vor, wenn die/der Begünstigte die erforderliche Sorgfalt in besonders schwerem Maße verletzt hat.

<sup>4</sup>Bei „Bösgläubigkeit“ des Betroffenen im Sinne des § 45 Absatz 2 Satz 3 SGB X sieht § 330 Absatz 2 SGB III eine Modifizierung hinsichtlich der Rücknahme des VA für die Vergangenheit vor. <sup>5</sup>In den Fällen sieht § 330 Absatz 2 SGB III eine gebundene Entscheidung für die Rücknahme eines rechtswidrigen begünstigenden VA für die Ver-



gangenheit vor. <sup>6</sup>Liegen die Voraussetzungen vor, ist die Entscheidung für die Vergangenheit zurückzunehmen. <sup>7</sup>Eine Ermessensausübung ist nicht erforderlich.

### F.3 Aufhebung von Verwaltungsakten nach § 48 SGB X

(1) <sup>1</sup>Voraussetzung für eine Aufhebung nach § 48 SGB X ist, dass ein VA mit Dauerwirkung vorliegt. <sup>2</sup>Dabei kann es sich lediglich um eine Bewilligung handeln. <sup>3</sup>Eine Ablehnung dagegen stellt keinen VA mit Dauerwirkung dar.

(2) <sup>1</sup>Liegen tatsächliche oder rechtliche Änderungen in den Verhältnissen vor, die zur Rechtswidrigkeit einer Entscheidung führen, ist die Bewilligung für die Zukunft aufzuheben. <sup>2</sup>Dabei kommt es nicht darauf an, ob sich die Aufhebung zu Gunsten oder zu Ungunsten der/des Betroffenen auswirkt. <sup>3</sup>Eine Aufhebung nach § 48 SGB X kann nur unter den Voraussetzungen des § 6a Absatz 7 Satz 3 BKGG erfolgen.

(3) <sup>1</sup>Bezüglich der Aufhebung für die Vergangenheit (ab Änderung der Verhältnisse) modifiziert § 330 Absatz 3 Satz 1 SGB III die allgemeine Aufhebungsvorschrift des § 48 SGB X. <sup>2</sup>Liegt ein Aufhebungsgrund vor, ist der VA in Anwendung des § 5 Absatz 1 2. Halbsatz BKGG ab dem Folgemonat der Änderung der Verhältnisse aufzuheben. <sup>3</sup>Es handelt sich um eine gebundene Entscheidung. <sup>4</sup>Eine Ermessensausübung ist nicht erforderlich.

(3) Eine Aufhebung für die Vergangenheit schließt ggf. die Aufhebung für die Zukunft mit ein und bedarf keiner ausdrücklichen Erwähnung im Aufhebungsbescheid.

### F.4 Erstattungsverzicht

(1) <sup>1</sup>Nach § 50 SGB X sind zu Unrecht erbrachte Leistungen von der Empfängerin/ dem Empfänger der Leistung zu erstatten. <sup>2</sup>Wird jedoch ein Verwaltungsakt über die Bewilligung von Kinderzuschlag aufgehoben, sind bereits erbrachte Leistungen abweichend von § 50 Absatz 1 SGB X nicht zu erstatten, soweit der Bezug von Kinderzuschlag den Anspruch auf Leistungen nach dem SGB II ausschließt oder mindert (§ 11 Absatz 6 Satz 1 BKGG).

(2) <sup>1</sup>Lagen die Voraussetzungen für den Kinderzuschlag von Beginn an nicht vor oder entfällt der Anspruch auf Kinderzuschlag, weil sich die Zusammensetzung der BG geändert hat, ist der Bewilligungsbescheid aufzuheben. <sup>2</sup>Die Überzahlung ist jedoch in folgenden Konstellationen von den Berechtigten nicht zurück zu fordern:

- Die Voraussetzungen für den Kinderzuschlag lagen von Beginn an nicht vor, weil Hilfebedürftigkeit nicht vermieden werden konnte. Die/der Berechtigte hätte folglich auf SGB II-Leistungen verwiesen werden müssen. Diese kann sie/er gemäß § 28 SGB X zwar noch nachträglich beantragen. Der tatsächlich bezogene Kinderzuschlag würde jedoch als Einkommen berücksichtigt werden. Eine Rückforderung würde daher eine

### Sonderregelung zu § 48 SGB X

unbillige Härte darstellen, auch wenn die ursprünglich fehlerhafte Entscheidung der Familienkasse auf falschen Angaben der/des Berechtigten zurückzuführen ist.

- Die Zusammensetzung der BG hat sich geändert und bei der Prüfung des für die neue BG gestellten Antrags auf Kinderzuschlag ergibt sich, dass die neue BG mit dem Kinderzuschlag Hilfebedürftigkeit nicht vermeiden kann. Die ursprüngliche Bewilligung ist erst aufzuheben, wenn die Prüfung des neuen Antrags abgeschlossen ist. In der Zwischenzeit kann es zu Überzahlungen kommen. Besteht für die neu zusammengesetzte BG kein Anspruch mehr auf Kinderzuschlag, weil Hilfebedürftigkeit nicht vermieden werden kann, ist vom Erstattungsverzicht Gebrauch zu machen.

<sup>3</sup>Der Erstattungsverzicht ist für jede Forderung getrennt zu prüfen.

#### Beispiel 1:

Die Antragstellerin hatte von Januar bis Juni 2023 Kinderzuschlag bezogen. Im Juni 2023 hatte die Antragstellerin Kinderzuschlag mit einem Kurzantrag für den Zeitraum Juli bis Dezember 2023 beantragt. Dieser wurde bewilligt.

Im Januar 2024 stellt die Antragstellerin einen neuen Antrag für den Zeitraum Januar bis Juni 2024. Dabei wird bekannt, dass sich bereits im April 2023 die Zusammensetzung der BG geändert hatte, was die Antragstellerin nicht angezeigt hat.

Im Rahmen der Anhörung trägt die Antragstellerin vor, dass ihr Lebenspartner am 20. April 2023 ausgezogen sei.

Aufgrund dessen ist die Bewilligung für den BWZ von Januar bis Juni 2023 ab dem 1. Mai 2023 nach § 48 SGB X aufzuheben und die Bewilligung für den BWZ von Juli bis Dezember 2023 von Beginn an nach § 45 SGB X zurückzunehmen.

Die Prüfung, ob für die neue BG (ohne den bisherigen Lebenspartner) ein Anspruch auf Kinderzuschlag ab Mai 2023 besteht, ergibt, dass ohne das Einkommen des bisherigen Lebenspartners Hilfebedürftigkeit nicht überwunden werden kann. Aus diesem Grund ist für den im Mai und Juni 2023 zu viel gezahlten Kinderzuschlag auch vom Erstattungsverzicht Gebrauch zu machen.

Am 1. April 2023 hat die Antragstellerin eine Vollzeitstelle angenommen, was sie ebenfalls erst im Anhörungsverfahren mitteilt. Zusätzlich zahlt der Vater des Kindes ab dem 01. Mai 2023 Unterhalt in voller Höhe.

Mit dem Einkommen aus dieser Vollzeitstelle und dem Unterhalt kann sie den Bedarf der Familie für den Monat Juli 2023 vollständig decken, so dass sich für den Juli 2023 kein Auszahlungsbetrag für den KiZ errechnet.

Da mit dem Einkommen Hilfebedürftigkeit vermieden werden konnte, kann bezüglich der Forderung für die Monate Juli bis Dezember 2023 auf die Erstattung nicht verzichtet werden.

#### Beispiel 2:

Die Antragstellerin trennt sich im Mai von ihrem Partner und teilt dies im Juni der Familienkasse mit. Kinderzuschlag wurde sowohl für das Kind der Antragstellerin als auch für ein Kind des Partners bis Juni bezogen. Die Antragstellerin beantragt im Juni für sich und ihr Kind Leistungen beim Jobcenter. Der Partner kann sich und sein Kind mit seinem Einkommen versorgen.

Für den Monat Juni ist die Überzahlung entsprechend des Auszahlungsbetrages von beiden Elternteilen zurückzufordern, da kein weiterer Anspruch besteht. Auf die Erstattung ist bei der Antragstellerin zu verzichten, beim ehemaligen Partner kann auf die Erstattung nicht verzichtet werden.

<sup>4</sup>Ein Erstattungsanspruch gegenüber den Trägern der Grundsicherung (JC in Form von gE oder zKT) kommt nicht in Betracht. <sup>5</sup>Der/Die Leistungsbezieher/in ist im Fall des Erstattungsverzichts an den SGB II-Träger zu verweisen.

**Kein Erstattungsanspruch ggü. JC**

## F.5 Vorläufige Zahlungseinstellung

(1) <sup>1</sup>Eine vorläufige Zahlungseinstellung darf nur erfolgen, wenn bei einer Weiterzahlung der Leistung eine Überzahlung eintreten würde, die vom Berechtigten zurückgefordert werden müsste. <sup>2</sup>Es ist daher vor einer vorläufigen Zahlungseinstellung zu prüfen, ob eine Rücknahme der rechtswidrigen Bewilligung für die Vergangenheit nach § 45 Absatz 2 Satz 3 SGB X oder eine Aufhebung der Bewilligung nach § 48 Absatz 1 Satz 2 SGB X in Verbindung mit § 330 Absatz 2 und 3 SGB III grundsätzlich möglich wäre und ob der Kinderzuschlag zurückgefordert werden müsste. <sup>3</sup>§ 48 SGB X ist durch § 6a Absatz 7 BKGG dahingehend eingeschränkt, dass nur eine Änderung in der Zusammensetzung der BG eine Aufhebung der Leistungen rechtfertigt. <sup>4</sup>Eine vorläufige Zahlungseinstellung ist nicht zulässig, wenn ein Erstattungsverzicht nach § 11 Absatz 5 BKGG möglich erscheint. <sup>5</sup>Die Anwendung der vorläufigen Zahlungseinstellung kommt somit nur noch in wenigen Einzelfällen in Betracht.

**Voraussetzung Aufhebungsgrund**

### Beispiel 1:

Die Berechtigte teilt mit, dass ihr 18-jähriger Sohn, für den sie Kinderzuschlag bezieht, bereits vor zwei Monaten ausgezogen ist. Andere Kinder hat sie nicht. Der nächste Zahlungslauf steht kurz bevor.

Da keine anderen Kinder im Haushalt sind, ist aufgrund der Mitteilung der Berechtigten die Bewilligung offenkundig aufzuheben und der überzahlte Kinderzuschlag zurückzufordern. Ein Erstattungsverzicht nach § 11 Absatz 5 BKGG kann nicht in Betracht kommen. Um zu vermeiden, dass für einen weiteren Monat Kinderzuschlag gezahlt wird, der zurückzufordern ist, kann die Zahlung vorläufig eingestellt werden.

### Beispiel 2:

Die Berechtigte teilt mit, dass ihr Ehemann den gemeinsamen Haushalt vor zwei Monaten verlassen hat. Bislang war er der Hauptverdiener in der Familie. Die Berechtigte geht lediglich einer Teilzeitbeschäftigung nach, mit der sie knapp die MEG erreicht. Aufgrund der neu zusammengesetzten BG wird die Bewilligung aufzuheben sein. Allerdings ist nicht klar, ob eine Rückforderung in Betracht kommt. Da es sich um den Hauptverdiener gehandelt hat, der nun den Haushalt verlassen hat, erscheint es vielmehr wahrscheinlich, dass die neue BG ihren Bedarf mit dem Kinderzuschlag nicht decken kann und auf die Erstattung zu verzichten ist. Eine vorläufige Zahlungseinstellung kommt daher nicht in Betracht.

(2) <sup>1</sup>Für die „Kenntnis“ eines Aufhebungstatbestandes reicht eine bloße Vermutung oder ein Verdacht, dass bestimmte Tatsachen vorliegen, die zum Wegfall des Anspruchs führen, nicht aus. <sup>2</sup>Die Tatsache muss hinreichend wahrscheinlich sein. <sup>3</sup>Der Begriff „Tatsache“ ist weit auszulegen; er umfasst alle Lebenssachverhalte, die Grundlage einer Aufhebung für die Vergangenheit sein können. <sup>4</sup>Die Tatsache

kann vom Berechtigten selbst oder von einem Dritten mitgeteilt worden sein.

(3) <sup>1</sup>Vor einer vorläufigen Zahlungseinstellung ist eine Anhörung nicht erforderlich.

<sup>2</sup>Geht die vorläufige Zahlungseinstellung auf Angaben des Berechtigten zurück, braucht dieser von der Maßnahme nicht unterrichtet zu werden, sofern dem Berechtigten bekannt war, dass seine Angaben zu einer Zahlungseinstellung führen. <sup>3</sup>Ansonsten ist er über die Zahlungseinstellung zu unterrichten.

Beispiel:

Der Berechtigte ruft im Service Center an und teilt mit, dass er den gemeinsamen Familienhaushalt verlassen hat und der Kinderzuschlag nicht mehr an ihn zu zahlen ist. Der nächste Zahlungslauf steht kurz bevor.

Um zu vermeiden, dass noch an den nunmehr nicht mehr Berechtigten gezahlt wird, obwohl er ausdrücklich mitgeteilt hat, dass er den Kinderzuschlag nicht mehr erhält, und um dementsprechend eine Rückforderung zu vermeiden, kann die Zahlung vorläufig eingestellt werden, worüber der Berechtigte nicht noch einmal schriftlich unterrichtet werden muss.

<sup>4</sup>Geht die vorläufige Zahlungseinstellung nicht auf Angaben des Berechtigten zurück, ist ihm die vorläufige Zahlungseinstellung unter Nennung der hierfür maßgeblichen Gründe unverzüglich mitzuteilen und ihm gleichzeitig Gelegenheit zu geben, sich zu äußern (das ist gleichzeitig die Anhörung zur Aufhebungsentscheidung).

Beispiel:

Wie oben, nur teilt die Ehefrau mit, dass der bisherige Berechtigte den Haushalt verlassen hat, und bittet, den KiZ nunmehr an sie zu zahlen.

(4) <sup>1</sup>Über die rückwirkende Aufhebung der Bewilligungsentscheidung ist auch zu entscheiden, wenn der BWZ innerhalb der vorläufigen Zahlungseinstellung endet. <sup>2</sup>Entfällt der Anspruch rückwirkend, muss der Aufhebungsbescheid dem Berechtigten innerhalb von zwei Monaten nach der vorläufigen Zahlungseinstellung bekannt gegeben werden. <sup>3</sup>Die Zustellfiktion des § 37 Absatz 2 SGB X ist zu beachten (Postlaufzeiten). <sup>4</sup>Erfolgt keine Aufhebung innerhalb der Frist von zwei Monaten, sind die Leistungen nachzuzahlen.

<sup>5</sup>Die 2-Monats-Frist beginnt an dem Tag, an dem erstmals eine Auszahlung zu einem turnusmäßigen Auszahlungstermin (also zum Regelauszahlungstermin der Endziffer des betroffenen Falles) nicht erfolgt.

<sup>6</sup>Fällt das Ende der Frist auf einen Samstag, Sonntag oder gesetzlichen Feiertag, endet die Frist mit Ablauf des nächstfolgenden Werk-tages.

(5) <sup>1</sup>Es besteht ein Rechtsanspruch auf die unverzügliche Nachzahlung der vorläufig eingestellten Zahlung, wenn der Aufhebungsbescheid nicht rechtzeitig bekannt gegeben wird. <sup>2</sup>Dies gilt auch, wenn die Sachverhaltsermittlungen noch nicht abgeschlossen werden konnten.

## Keine vorherige An-hörung

## Unterrichtung der be-troffenen Person

## Die 2-Monats-Frist

## Fristbeginn

## Fristende

## Wiederaufnahme der Zahlung

<sup>3</sup>Kann eine abschließende Entscheidung noch nicht getroffen werden, ist der Berechtigte bei der Wiederaufnahme der Zahlung durch die Übersendung eines entsprechenden Schreibens darauf hinzuweisen, dass die Nachzahlung und ggf. künftige Zahlungen wegen der Verpflichtung nach § 331 Absatz 2 SGB III in Verbindung mit § 11 Absatz 6 BGG erfolgen und eine Berufung auf das Vertrauen in die Rechtmäßigkeit der Zahlungen nicht möglich ist. <sup>4</sup>Auf eine mögliche Erstattungspflicht ist ebenfalls hinzuweisen.

(6) <sup>1</sup>Die vorläufige Zahlungseinstellung ist kein Verwaltungsakt. <sup>2</sup>Die Mitteilung über die vorläufige Zahlungseinstellung erfolgt daher ohne Rechtsbehelfsbelehrung. <sup>3</sup>Der Berechtigte kann sich deshalb nur mit einer echten (isolierten) Leistungsklage nach § 54 Absatz 5 SGG, nicht aber mit Widerspruch dagegen wehren.

**kein Verwaltungsakt**

(7) Eine vorläufige Zahlungseinstellung kommt auch in Betracht, wenn die Leistungsempfängerin/ der Leistungsempfänger darum bittet, um Überzahlungen während der Prüfung des Anspruchs für eine neu zusammengesetzte BG zu vermeiden (siehe [DA E.2.2.2 Absatz 1](#)).

## **F.6 Erstattungsansprüche**

<sup>1</sup>Die Träger der Grundsicherung haben einen Anspruch auf Erstattung der von ihnen geleisteten Beträge bis zur Höhe des Kinderzuschlags (§§ 102 ff. SGB X), wenn sie trotz Nachrangigkeit entweder der berechtigten Person zusammen mit ihren Kindern oder nur den Kindern allein Leistungen erbringen. <sup>2</sup>Eine Erstattung von Kinderzuschlag kommt nur in Betracht, soweit die Familienkasse nicht bereits selbst geleistet hat, bevor sie von der Leistung des Trägers der Grundsicherung Kenntnis erlangt hat.

**Erstattungsansprüche §§ 102 ff. SGB X**

<sup>3</sup>Die Anmeldung eines Erstattungsanspruches durch einen Träger der Grundsicherung ist gleichzeitig als fristwahrender Antrag auf Kinderzuschlag im berechtigten Interesse zu werten. <sup>4</sup>Der Antrag auf Kinderzuschlag im berechtigten Interesse ersetzt jedoch nicht den Antrag durch den Berechtigten selbst. <sup>5</sup>Der Berechtigte ist von der Familienkasse aufzufordern, die vollständigen Antragsunterlagen unterschrieben innerhalb einer Frist von vier Wochen nachzureichen. <sup>6</sup>Hierzu sind mit der BK-Vorlage kiz-01 die gesamten Antragsunterlagen zuzusenden und auf die Folgen fehlender Mitwirkung hinzuweisen. <sup>7</sup>Im Hinblick auf die weiteren Regelungen zu Erstattungsansprüchen wird auf die [DA 135 SGB X](#) verwiesen.

**Antrag im berechtigten Interesse**

## G Anwendungsvorschrift

<sup>1</sup>Die Regelung zum erweiterten Zugang gilt nun zeitlich uneingeschränkt (§ 6a Absatz 1a BKG). <sup>2</sup>Die Befristung wurde ab 01.01.2023 aufgehoben (§ 20 Absatz 2 BKG). <sup>3</sup>Abweichend von § 6a Absatz 2 BKG beträgt der monatliche Höchstbetrag des Kinderzuschlags im Kalenderjahr 2023 für jedes zu berücksichtigende Kind 250 EUR (§ 20 Absatz 3a BKG).

## H Sonstiges

### H.1 Zusatzleistungen

#### H.1.1 Leistungen für Bildung und Teilhabe

(1) <sup>1</sup>Bezieherinnen/Bezieher von Kinderzuschlag oder Wohngeld haben grundsätzlich einen Rechtsanspruch auf Bildungs- und Teilhabeleistungen für ihre Kinder. <sup>2</sup>Im Einzelnen kommen hierbei folgende Leistungen in Betracht:

- eintägige Ausflüge von Schule oder Kindertagesstätte oder Tagespflege (gesamte Kosten),
- mehrtägige Klassenfahrten von Schule (im Rahmen der schulrechtlichen Bestimmungen), Kindertagesstätte oder Tagespflege (gesamte Kosten),
- Ausstattung mit persönlichem Schulbedarf (Schulbedarfspaket; **65 EUR im zweiten Schulhalbjahr Februar 2024 und 130 EUR im ersten Schulhalbjahr August 2024**),
- Beförderung<sup>15</sup> von Schülerinnen und Schülern zur Schule (gesamte Kosten),
- angemessene Lernförderung (gesamte Kosten),
- kostenfreie gemeinschaftliche Mittagsverpflegung in der Schule (auch in Kooperation mit dem Hort), Kindertagesstätte, Hort oder Tagespflege sowie
- Leistungen für die Teilnahme am sozialen und kulturellen Leben in der Gemeinschaft (pauschal 15 EUR monatlich).

---

<sup>15</sup> Voraussetzung ist zunächst, dass es sich um Aufwendungen für „Schülerbeförderung“ im Sinne landesrechtlicher und/oder kommunaler Regelungen handelt. Nicht jede Fahrt eines Schülers/einer Schülerin fällt somit automatisch unter den Begriff „Schülerbeförderung“. Dies gilt auch für Schülertickets. Soweit ein Schülerticket oder gegebenenfalls auch ein allgemeines ÖPNV-Ticket landesrechtlich oder kommunal als zur „Schülerbeförderung“ gehörend definiert ist, kommt jedoch eine Übernahme der Kosten durch das Bildungspaket in Betracht



(2) <sup>1</sup>Bei den Leistungen nach § 6b BKGG handelt es sich um eine bundesgesetzliche Regelung, deren Ausführung im Rahmen des föderativen Aufbaus der Bundesrepublik Deutschland den Bundesländern zugewiesen ist. <sup>2</sup>Die Länder führen nach § 7 Absatz 3 BKGG die Leistung als eigene Angelegenheit aus. <sup>3</sup>Nach § 13 Absatz 4 BKGG bestimmen die Landesregierungen oder die von ihnen beauftragten Stellen die für die Durchführung zuständigen Behörden. <sup>4</sup>Die Leistungen für Bildung und Teilhabe sind dementsprechend bei der zuständigen kommunalen Stelle zu beantragen.

(3) <sup>1</sup>Welche Stelle zuständig ist, kann unter folgendem Pfad in Erfahrung gebracht werden: [www.bmas.de](http://www.bmas.de)>> Themen Arbeit>> Bürgergeld>> Bildungspaket>> Anlaufstellen – Hier gibt's das Bildungspaket. <sup>2</sup>Die Bezieherinnen/Bezieher können sich auch über das Bürgertelefon unter der Telefonnummer 030 221 911 003 zum Thema „Bildungspaket“ informieren (montags bis donnerstags zwischen 8:00 und 17:00 Uhr sowie freitags von 8.00 bis 12.00 Uhr).

### H.1.2 Befreiung von den KiTa-Gebühren

<sup>1</sup>Bezieherinnen/ Bezieher von Kinderzuschlag können sich auf Antrag von den KiTa-Gebühren befreien lassen. <sup>2</sup>Gleiches gilt für Bezieherinnen/ Bezieher von Wohngeld und SGB II-Leistungen. <sup>3</sup>Auf diese Möglichkeit sind die Bezieherinnen/ Bezieher ggf. hinzuweisen.

### H.2 Keine Anwendung der zweiseitigen Abkommen über soziale Sicherheit

(1) <sup>1</sup>Die Abkommen über soziale Sicherheit mit Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Serbien, Türkei und die Abkommen mit Marokko und Tunesien über Kindergeld, die eine Kindergeldzahlung auch für in diesen Staaten lebende Kinder vorsehen, sind in ihrem Anwendungsbereich auf das Kindergeld beschränkt. <sup>2</sup>Die Zahlung anderer Familienleistungen für diese Kinder ist nicht vorgesehen. <sup>3</sup>Das gilt auch für den Kinderzuschlag.

(2) <sup>1</sup>Für Kinder, die in den Abkommensstaaten leben, kann kein Kinderzuschlag gewährt werden. <sup>2</sup>Für Kinder, die in Deutschland leben, kann ein Anspruch auf Kinderzuschlag bestehen.

### Abkommen über soziale Sicherheit



## Anlage 1: SGB II-Leistungen bei Auszubildenden und Studenten

## BAföG-Leistungen

Rechtsgrundlage	Personenkreis	Auswirkungen
§ 2 Absatz 1 Nr. 1 i. V. m. Absatz 1a BAföG	Schüler an weiterführenden allgemeinbildenden Schulen, einschließlich der Klassen aller Formen der beruflichen Grundbildung, ab Klasse 10 sowie von Fachoberschulklassen, deren Besuch eine abgeschlossene Berufsausbildung nicht voraussetzt im Haushalt der Eltern	SGB II (nicht BAföG-förderfähig)
§ 12 Absatz 1 Nr. 1 BAföG	Schüler von Berufsfachschulen und Fachschulklassen, deren Besuch eine abgeschlossene Berufsausbildung nicht voraussetzt im Haushalt der Eltern	SGB II + BAföG
§ 12 Absatz 1 Nr. 2 BAföG	Schüler von Abendhauptschulen, Berufsaufbauschulen, Abendrealschulen und von Fachoberschulklassen, deren Besuch eine abgeschlossene Berufsausbildung voraussetzt im Haushalt der Eltern	SGB II + BAföG
§ 12 Absatz 2 Nr. 1 BAföG	Schüler an weiterführenden allgemeinbildenden Schulen, einschließlich der Klassen aller Formen der beruflichen Grundbildung, ab Klasse 10 sowie von Fachoberschulklassen, deren Besuch eine abgeschlossene Berufsausbildung nicht voraussetzt mit eigenem Haushalt	SGB II + BAföG
§ 12 Absatz 2 Nr. 1 BAföG	Schüler von Berufsfachschulen und Fachschulklassen, deren Besuch eine abgeschlossene Berufsausbildung nicht voraussetzt mit eigenem Haushalt	SGB II + BAföG

§ 12 Absatz 2 Nr. 2 Bafög	Schüler von Abendhauptschulen, Berufsaufbauschulen, Abendrealschulen und von Fachoberschulklassen, deren Besuch eine abgeschlossene Berufsausbildung voraussetzt mit eigenem Haushalt	SGB II + Bafög
§ 13 Absatz 1 Nr. 1 i. V. m. Absatz 2 Nr. 1 Bafög	Auszubildende in Fachschulklassen, deren Besuch eine abgeschlossene Berufsausbildung voraussetzt, Abendgymnasien und Kollegs im Haushalt der Eltern	SGB II + Bafög
§ 13 Absatz 1 Nr. 1 i. V. m. Absatz 2 Nr. 2 Bafög	Auszubildende in Fachschulklassen, deren Besuch eine abgeschlossene Berufsausbildung voraussetzt, Abendgymnasien und Kollegs mit eigenem Haushalt	SGB II + Bafög
§ 13 Absatz 1 Nr. 2 i. V. m. Absatz 2 Nr. 1 Bafög	Auszubildende in höheren Fachschulen, Akademien und Hochschulen im Haushalt der Eltern	SGB II + Bafög
§ 13 Absatz 1 Nr. 2 i. V. m. Absatz 2 Nr. 2 Bafög	Auszubildende in höheren Fachschulen, Akademien und Hochschulen mit eigenem Haushalt	Ausschluss SGB II

Berufsausbildungsbeihilfe (BAB)

Rechtsgrundlage	Personenkreis	Auswirkungen
§ 60 Absatz 1 Nr. 1 SGB III	Auszubildende in beruflicher Ausbildung (duale Ausbildung) im Haushalt der Eltern	SGB II (keine Förderung nach SGB III)
§ 61 Absatz 1 SGB III i. V. m. § 13 Absatz 1 Nr. 1 Bafög	Auszubildende in beruflicher Ausbildung (duale Ausbildung) mit eigenem Haushalt, auch bei Unterbringung beim Ausbilder	SGB II + BAB
§ 61 Absatz 2 SGB III	Auszubildende in beruflicher Ausbildung (duale Ausbildung) mit Unterbringung in Internat oder Wohnheim und Vollverpflegung	Ausschluss SGB II

§ 62 Absatz 1 SGB III i. V. m. § 12 Absatz 1 Nr. 1 BA- föG	Auszubildende in berufsvorbereitender Maßnahme im Haushalt der Eltern	SGB II + BAB
§ 62 Absatz 1 SGB III i. V. m. § 12 Absatz 1 Nr. 1 BA- föG	Auszubildende in berufsvorbereitender Maßnahme mit eigenem Haushalt	SGB II + BAB
§ 62 Absatz 3 SGB III	Auszubildende in berufsvorbereitender Maßnahme mit Unterbringung in Internat o- der Wohnheim und Vollverpflegung	Ausschluss SGB II

## Ausbildungsgeld (Abg)

Rechtsgrundlage	Personenkreis	Auswirkungen
§ 123 Nr. 1 SGB III	behinderter Auszubildender in beruflicher Ausbildung im Haushalt der Eltern	SGB II + Abg
§ 123 Nr. 2 SGB III	behinderter Auszubildender in beruflicher Ausbildung mit Unterbringung im Internat, Wohnheim oder in einer besonderen Ein- richtung für Menschen mit Behinderung bei Kostenübernahme durch die AA oder einem anderen Leistungsträger	Ausschluss SGB II
§ 123 Nr. 3 SGB III	behinderter Auszubildender in beruflicher Ausbildung mit anderweitiger Unterbringung	SGB II + Abg
§ 124 Nr. 1 SGB III	behinderter Auszubildender in berufsvorbe- reitender Maßnahme im Haushalt der Eltern	SGB II + Abg
§ 124 Nr. 2 SGB III	behinderter Auszubildender in berufsvorbe- reitender Maßnahme bei Unterbringung in einem Wohnheim, Internats oder einer be- sonderen Einrichtung für Menschen mit Be- hinderungen bei Kostenübernahme durch die AA oder einem anderen Leistungsträger	Ausschluss SGB II
§ 124 Nr. 3 SGB III	behinderter Auszubildender in berufsvorbe- reitender Maßnahme bei anderweitiger Un- terbringung	SGB II + Abg

**Anlage 2: Abkürzungsverzeichnis**Abkürzungen der Gesetzesbezeichnungen siehe [Gesamtübersicht](#)

Rechtsbegriffe		Sprachgebrauch	
<b>Alg</b>	Arbeitslosengeld	<b>ABl.</b>	Amtsblatt der Europäischen Union
<b>BAB</b>	Berufsausbildungsbeihilfe	<b>bzw.</b>	beziehungsweise
<b>BAföG</b>	Bundesausbildungsförderungsgesetz	<b>DA</b>	Durchführungsanweisungen
<b>BdU</b>	Bedarfe für Unterkunft und Heizung	<b>d. h.</b>	das heißt
<b>BG</b>	Bedarfsgemeinschaft	<b>EUR</b>	Euro
<b>BSG</b>	Bundessozialgericht	<b>ff.</b>	fortfolgende
<b>BVerwG</b>	Bundesverwaltungsgericht	<b>FW</b>	Fachliche Weisungen des SGB II
<b>BMZ</b>	Bemessungszeitraum	<b>ggb.</b>	gegenüber
<b>BWZ</b>	Bewilligungszeitraum	<b>ggf.</b>	gegebenenfalls
<b>eLb</b>	Erwerbsfähige/r Leistungsberechtigte/r	<b>i. V. m.</b>	in Verbindung mit
<b>EuGH</b>	Europäischer Gerichtshof	<b>KiTa</b>	Kindertagesstätte
<b>gE</b>	Gemeinsame Einrichtung(en)	<b>Nr.</b>	Nummer
<b>JC</b>	Jobcenter	<b>Rz.</b>	Randziffer
<b>KG</b>	Kindergeld	<b>s. o.</b>	siehe oben
<b>KiZ</b>	Kinderzuschlag	<b>u. a.</b>	unter anderem
<b>RB</b>	Regelbedarf	<b>usw.</b>	und so weiter
<b>SGB (I – XII)</b>	Sozialgesetzbuch (Erstes bis Zwölftes Buch)	<b>vgl.</b>	vergleiche
<b>UVG</b>	Unterhaltsvorschussgesetz	<b>zkT</b>	Zugelassene/r kommunale/r Träger
<b>VA</b>	Verwaltungsakt	<b>z. B.</b>	zum Beispiel
<b>WfbM</b>	Werkstatt für behinderte Menschen		